

Macht und Ohnmacht der Hilfe

Eine Dokumentation über die Krise humanitären Handelns



medico Report 25

Macht und Ohnmacht der Hilfe

Eine Dokumentation über die Krise humanitären Handelns

Der *medico Report 25* erscheint als Sammlung der Beiträge zur Konferenz »Macht und Ohnmacht der Hilfe«, die *medico international* gemeinsam mit dem Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt/Main und der Heinrich Böll Stiftung im März 2003 ausgerichtet hat.

Medienpartner der Konferenz: Frankfurter Rundschau

Die Konferenz wurde finanziell unterstützt durch Mittel von BMZ/InWEnt und die Heinrich Böll Stiftung

Impressum

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet abrufbar über <http://dnb.ddb.de>

Herausgegeben von:

medico international
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel: (069) 944 38-0
Fax: (069) 43 60 02
eMail: info@medico.de
<http://www.medico.de>

2003 by Mabuse-Verlag GmbH
Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 97 07 40 71
Fax: (069) 70 41 52
www.mabuse-verlag.de

September 2003

Redaktion Report: Andreas van Baaijen
Gestaltung und Fotos: Ingo Thiel
Titelbild: Sahraischer Flüchtling bei der Verteilung von Nahrungsmittelhilfen
der EU. Foto: Bärbel Högner

ISSN 1430-9696
ISBN 3-923363-31-1 (medico international)
ISBN 3-935964-42-0 (Mabuse-Verlag)

Spendenkonto:
Konto 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)

Inhalt

Geleitwort <i>von Ingrid Spiller</i>	8
Editorial <i>von Katja Maurer</i>	9
I. Humanitarismus in der Krise	
... als müsse die Rettung erst noch erdacht werden <i>von Thomas Gebauer</i>	13
Über Einsamkeit und Radikalismus <i>von Dr. Ruchama Marton</i>	22
Unser Leid – deren Gewinn! <i>von Nuruddin Farah</i>	26
<i>Diskussion</i>	32
II. Die Wirklichkeit der Hilfe	
Die Krise des Humanitarismus <i>von David Rieff</i>	35
Die Überwindung der Bedürftigkeit <i>von Sabine Eckart</i>	44
Im Mittelpunkt steht die unbedingte Menschlichkeit <i>von Ulrike von Pilar</i>	50
Hilfe braucht gesellschaftliche Vision und solide Partnerschaft <i>von Martin Salm</i>	54
Humanitäre Hilfe – eine Geisel der Außen- und Sicherheitspolitik? <i>von Prof. Dr. Lothar Brock</i>	58
Hilfe zwischen humanitärer Dienstleistung und sozialer Intervention <i>von Cornelia Füllkrug-Weitzel</i>	64

Die Wirklichkeit der Hilfe und die Rolle der Medien <i>von Horand Knaup</i>	70
--	----

Humanitäre Hilfe, Außenpolitik und Hilfsorganisationen – eine Herausforderung <i>von Claudia Roth</i>	72
---	----

III. Perspektiven der Hilfe

Gibt es einen Rechtsanspruch auf Hilfe? <i>von Prof. Dirk Fabricius</i>	75
--	----

Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität <i>von Dr. Thomas Seibert</i>	82
--	----

Die Kosten der Hilfe und der Preis der Entwicklung <i>von Walter Schütz</i>	86
--	----

Sind Entwicklungshilfe und Nothilfe finanzierbar? <i>von Albrecht Graf von Hardenberg</i>	92
--	----

Wer gewinnt beim win-win? Zur Kritik an der Public Private Partnership <i>von Dr. Andreas Wulf</i>	96
--	----

<i>Resümee und Ausblick</i>	102
-----------------------------------	-----

IV. Materialien

Programm	109
Programmatische Gedanken zur Konferenz »Macht und Ohnmacht der Hilfe«	112
Über Neutralität können die Helfer trefflich streiten <i>Astrid Hölscher</i>	116
Presse	118
Referentinnen und Referenten	120
Teilnehmer/innenliste	124
Veranstalter	132

Geleitwort

Als wir diesen Kongress Mitte 2002 planten, dachte noch niemand daran, dass zum Zeitpunkt der Durchführung das Thema durch den Irak-Krieg eine traurige Aktualität erlangen würde. Damals lag die militärische Intervention in Afghanistan gerade einige Monate zurück und so standen vor allem Fragen zum Wiederaufbau des Landes am Hindukusch im Vordergrund. Daneben sind allerdings Entwicklungen auch in anderen Regionen der Welt Anlass genug, ein heikles Thema kritisch zu beleuchten: das »Gute an sich« – die humanitäre Hilfe. Dringend benötigt wird sie weltweit, denn diktatorische Regime wie in Nordkorea oder innerstaatliche Konflikte in Afrika wie in Angola, Somalia, Ruanda, Sierra Leone und Liberia verursachen ungeheures Elend unter der Bevölkerung. Gleichzeitig muss sich humanitäre Hilfe kritischen Fragen nach der eigenen Rolle in diesen Konfliktsituationen stellen.

Wo liegen die Grenzen zwischen sinnvoll geleisteter Hilfe und (nicht beabsichtigter) Komplizenschaft zur Gewaltherrschaft? Trägt humanitäre Hilfe letztendlich nicht zur Verlängerung der Gewaltsituation bei, etwa indem sich Warlords »ihren Anteil« an den Hilfslieferungen »sichern« oder Diktatoren durch die Versorgung der Bevölkerung in ihrer Herrschaft gestärkt werden?

Der Irakkrieg schließlich zeigte noch eine weitere Dimension der Problematik auf: Während die Versorgungssituation der Bevölkerung in Basra und anderen irakischen Städten immer katastrophaler wurde, saßen die Hilfsorganisationen auf vollgepackten Lagern und konnten die Hilfsgüter nicht verteilen, da die Sicherheitslage dies unmöglich machte. Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach der Hilfe beim Wiederaufbau: Da es sich um einen völkerrechtswidrigen Krieg ohne UN-Mandat handelte, muß geklärt werden, wer dafür verantwortlich ist und damit auch die Rechnung trägt. Welche Rolle spielen Hilfsorganisationen in diesem Machtpoker?

Es handelt sich buchstäblich um ein Minenfeld, in dem die Hilfsorganisationen häufig agieren. Der Kontext humanitärer Arbeit darf nicht ausgeblendet werden, und als politische Stiftung möchten wir dazu ermutigen, diese längst überfällige Diskussion zu führen. Deshalb haben wir gemeinsam mit *medico international* und dem Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt zu diesem Kongreß eingeladen.

Ingrid Spiller

Referentin für Internationale Politik in der Heinrich Böll Stiftung

Editorial

Am 5. April 2003 – noch während des Irak-Krieges – strahlte der Hessische Rundfunk eine Diskussionssendung zum Thema »Hilfsorganisationen und der Irak-Krieg« aus. Bevor die Diskussion begann, gab ARD-Korrespondent Christoph-Maria Fröder einen sinnfälligen Lagebericht aus einem Bagdader Krankenhaus. Die Ärzte müssten dort Tag und Nacht unter höchst schwierigen Umständen die Verwundeten behandeln, berichtete Fröder. Das Hilfsangebot eines ausländischen Arztes, hätten sie jedoch brüsk abgelehnt. Er solle nach Hause gehen, und dafür sorgen, dass der Krieg beendet würde.

Welche Hilfe ist sinnvoll? Welche Hilfe schadet? Wann ist eine Hilfe Hilfe zur Selbsthilfe und wann nur Hilfe zum Selbstzweck oder gar zur Selbstlegitimation? Das Beispiel von Christoph-Maria Fröder aus Bagdad stellt letztlich diese Fragen. Für eine Hilfsorganisation wie *medico international* sind dies keine theoretischen Fragen. Denn es findet ein Paradigma-Wechsel in der Hilfe statt. Die schnelle Hilfe von außen für Menschen in Not gewinnt immer stärker an Gewicht. Die langfristige, auf Kooperation mit lokalen Kräften setzende Hilfe erleidet dagegen einen Bedeutungsverlust. Partnerorientierte, auf Netzwerkstrukturen setzende Hilfe, wie sie auch *medico* praktiziert, ist in der Öffentlichkeit immer schwieriger vermittelbar. Ihr fehlt die »visibility« des Helfers, der mit dem immer gleichen Logo auf dem Hemd überall zupackt, wo Not am Mann ist. Eine kritische Reflektion dieser Situation schien uns unabdingbar. So entstand die Idee eine Konferenz zum Thema »Macht und Ohnmacht der Hilfe« durchzuführen. Dass *medico* dabei zwei Partner und Mitveranstalter zur Seite standen, war ein Glücksfall. Denn die *Heinrich-Böll-Stiftung* in Berlin und der *Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt am Main* machten mit ihrer inhaltlichen Mitarbeit auch deutlich, dass die Frage nach der Zukunft der Hilfe längst nicht nur eine an die Arbeit von Hilfsorganisationen ist.

Von einem Glücksfall möchte man allerdings nicht sprechen, wenn es um den Zeitpunkt der Konferenz geht. Sie fand während des Irak-Krieges im März 2003 statt. Und ihr Thema – das der diversen Formen von Instrumentalisierung der Hilfe – stand plötzlich im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Unserem Anliegen, dass nur ein kritisches öffentliches Bewusstsein einer weiteren Funktionalisierung der Hilfe entgegenwirken könnte, kam diese öffentliche Debatte allerdings sehr entgegen. Denn bislang sind kritische und selbstkritischen Diskussionen unter den Hilfsorganisationen im Expertenkreis verblieben. Die Hilfsorganisationen haben Codes of Conduct entwickelt, um nicht der Verführung zu erliegen, weinende Kinderaugen billig zu vermarkten. Doch die Merkantilisierung der Hilfe ließ den Willensbekundungen nicht immer Taten folgen. Heute wird die Effizienz der Hilfe oft eher an ihrer Fähigkeit zum Fundraising auf dem Spendenmarkt gemessen, denn an der Wirksamkeit ihrer Problemlösungsstrategien.

Nun aber fand die Diskussion um »Macht und Ohnmacht der Hilfe« mitten im Krieg und inmitten einer öffentlichen Debatte statt, die diese Art von Hilfe in Zweifel zu ziehen begann. Die us-amerikanische und britische Regierungen verkündeten ihre »Einbettungsstrategie«, was sich sowohl auf die internationale Berichterstattung als auch auf die Hilfe bezog. Darin zeigte sich eine Ausgangsüberlegung, die medico veranlasst hatte, die Konferenz zu organisieren. Die Tatsache nämlich, dass die humanitäre Hilfe immer stärker von außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Regierungen statt von den Notwendigkeiten derer bestimmt wird, die der Hilfe bedürfen. Die Krise des humanitären Handelns trat mit dem Irak-Krieg vollends zu Tage. War Hilfe bislang als Allheilmittel zur Bewältigung der Globalisierungsfolgen betrachtet und für »gut« befunden worden, so stellte nun die Öffentlichkeit kritische Fragen nach Sinn und Zweck der Hilfe. Da sich viele Journalisten während des Irak-Krieges selbst benutzt und missbraucht fühlten, stellten auch sie kritische Fragen über die Einbindung der Hilfe in die Kriegsstrategie. Die Debatte der medico-Konferenz fand so unversehens ihren Weg in die Medien.

Doch nicht nur an die politische Bedingungen, unter denen Hilfe stattfindet, stellte die Konferenz kritische Fragen. Die humanitären Hilfsorganisationen müssten ihre eigene Rolle, so die Direktorin von Brot für die Welt / Diakonie Katastrophenhilfe, *Cornelia Füllkrug-Weitzel* in ihrem Beitrag kritisch reflektieren. Es stelle sich die Frage, inwieweit auch die Hilfsorganisationen selbst dazu beitragen »zu effizienten humanitären Dienstleistungen funktionalisiert zu werden, die sich nicht nur der kriegerischen Logik zu beugen haben, sondern in die konkreten militärstrategischen Planungen – neudeutsch eingebettet – werden«. Sie forderte, sich über die ethischen Grundlagen der Arbeit von Hilfsorganisationen Rechenschaft abzulegen und zu einer offenen Auseinandersetzung darüber anzutreten.

Prof. Dr. *Lothar Brock* von der Universität Frankfurt / Main mahnte Lernbereitschaft bei den Hilfsorganisationen an. Hilfe stünde in Gefahr, »zum Trostpflaster einer verwundeten Welt« zu werden. Sie werde dazu benutzt, »eine Politik erträglicher erscheinen zu lassen, die selbst immer neue Wunden aufreißt«.

Auf der Konferenz wurde nicht nur eine notwendige Debatte um die Zwänge begonnen, denen Hilfsorganisationen unterliegen. Es wurde auch die so einleuchtende Mär vom fremden Helfer als Mythos enthüllt, dessen Erscheinen wie ein Deus ex Machina die katastrophalen Dinge zum Guten wendet. Der somalische Schriftsteller *Nuruddin Farah* tat dies in schonungsloser Offenheit: Afrika sei, so sagte er, das Ziel für alle Wohltäter. »Sie kommen nicht, um Gutes zu tun, sondern um sich gut zu fühlen, sie gleichen ihr Schuldgefühlskonten aus.«

Die Diskussion um Sinn und Funktion der Hilfe und der Hilfsorganisationen, die wir auf der Konferenz »Macht und Ohnmacht der Hilfe« begonnen haben, geht in eine neue Runde. Bundesverteidigungsminister Struck trug seinen Teil zur Debatte bei, als er die Ausweitung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan im August 2003 mit dem angeblich notwendigen Schutz der Helfer begründete. Der harsche Protest der meisten Hilfsorgani-

sationen wurde bis auf weiteres übergangen – nach dem Motto: wer kann denn dagegen sein, dass die Bundeswehr Gutes tut. Gegen die komplexe Wirklichkeit, in der Hilfe, die sich mit Militäreinsätzen verbindet, sich selbst gefährdet, setzte Struck auf die Durchsetzungskraft letztlich populistischer Argumente.

Dies ist, das lässt sich als Resümee der Konferenz ziehen, das Dilemma, aber auch der Entscheidungsspielraum der Hilfsorganisationen: Unterwerfen sie sich der systematischen Merkantilisierung und Technisierung der Hilfe, die sich ihrer Vereinnahmung durch andere Interessen nur noch schwer erwehren kann; oder reflektieren sie kritisch und selbstkritisch ihre Rolle als gesellschaftliche Kraft. Dann kann sich ihr Handeln nicht mehr allein von der Maxime des schnellen Zupackens leiten lassen, sondern muss auch den sozialen und politischen Kontext berücksichtigen. Eine solche Hilfe bräuchte nicht nur einen Verhaltenskodex, der die ärgsten Auswüchse verurteilt. Sie wäre auch solchen Prinzipien wie Demokratie, Subsidiarität, rechtliche Absicherung von Hilfe, der Schaffung neuer institutioneller Rahmen im globalen Kontext verpflichtet. Das wäre eine Politisierung der Hilfe, die sich klar von jeder sicherheitspolitischen oder militärischen Funktionalisierung abgrenzen muss.

medico hat mit der Konferenz versucht, die Krise humanitären Handelns zu thematisieren und einen Anfang für eine Neuorientierung zu setzen. Vieles, das lässt sich diesem Band entnehmen, ist offen geblieben. Niemand hatte die Lösung in der Tasche. Die Diskussion wird und muss jedoch weitergehen, will sich humanitäres Handeln nicht langfristig selbst diskreditieren. Und dies sollte in aller Öffentlichkeit geschehen. Dass dies bei der Konferenz gelungen ist, haben wir in hohem Maße der *Frankfurter Rundschau* zu verdanken, die als Medienpartnerin die Konferenz mit vielfältigen Artikeln kritisch begleitete und so die Diskussion auch einem breiteren Publikum zugänglich machte.

Katja Maurer, medico international

I. Humanitarismus in der Krise



Sahraisches Flüchtlingslager in Algerien. Foto: Sebastian Bolesch

Als müsse die Rettung erst noch erdacht werden

Grundlegende Gedanken zu einer Neubestimmung humanitärer Hilfe

Mit großflächigen Plakaten werben Hilfswerke für ihre Arbeit: »Tausend Fragen. Eine Antwort: Helfen«. – Inmitten einer Welt, die in Gewalt und Elend zu versinken droht, ein schönes, ja großartiges Versprechen. Eines, das erfrischend selbstbewußt daherkommt und die Lösung für so viele Ungewissheiten reklamiert. Kein Wunder, dass im englischen Sprachraum auch nicht mehr nur von humanitärer Hilfe die Rede ist, wenn es ums Helfen geht, sondern von »Humanitarismus«.

Schon immer haben Menschen sich gegenseitig Beistand geleistet, wenn es die Not erforderte. Nun allerdings scheint es, dass aus der moralisch begründeten Sorge um den Anderen eine veritable Philosophie geworden ist, die wie kaum eine andere den heutigen öffentlichen Diskurs bestimmt und obendrein eine eigene Praxis entwickelt hat. Denn um Menschenrechte und Hilfe für Notleidende sind heute nahezu alle bemüht: die Politiker, die Schauspieler, die Industrie, die Handwerksverbände, die Medien, – ja selbst die Militärs umgeben sich immer häufiger mit der Aura des Helfers und behaupten, statt Krieg zu führen, nur noch humanitär intervenieren zu wollen. Fraglos genießt die zupackende Hilfe für Menschen in Not ein hohes öffentliches Ansehen! Und ihre Erfolge lassen sich ja nahezu täglich auch ansehen. In der glamourösen Spendengala im Fernsehen, den Prospekten der Helfer, den Bildern von weißen Geländefahrzeugen und Helfern, die oft keine Gefahr scheuen, um unmittelbar am Ort des Schreckens Opfern zu helfen.

Die Welt, ein globaler Ort von Hilfsbedürftigen und Helfern? Der »Humanitarismus« als letzte Rettung? – In die einzigartige Erfolgsstory, die den »Humanitarismus« in den letzten Jahrzehnten begründet hat, mischen sich auch kritische Stimmen. Manche, wie der US-amerikanische Autor David Rieff, sprechen gar von einer Krise des »Humanitarismus«. Hilfe, so sein Fazit, sei eine »rettende Idee«, die nur mildern, aber nichts retten kann.

Der prekäre Zustand der Welt, so viel steht fest, macht Hilfe an allen Ecken und Enden notwendig. Ohne den humanitären Beistand, den Hilfsorganisationen in den zurückliegenden Jahrzehnten geleistet haben, wären fraglos viele Tausende, vielleicht Hunderttausende von Menschen mehr an Kriegen und Hunger gestorben. Tatsache aber ist auch, dass die Zahl der Kriege und die Kluft zwischen arm und reich in all den Jahren eher noch größer geworden ist. Längst hat das Elend der Welt auch die Vorstädte des reichen Nordens erreicht. So wenig es einen Grund gibt, die Erste Hilfe, das individuelle Asyl oder Nahrungsmittelhilfen, also die kleinen Verbesserungen verächtlich zu machen, von denen oftmals das Überleben vieler Einzelner abhängt, so wenig darf übersehen werden,

dass selbst die erfolgreichste humanitäre Hilfe es nicht vermocht hat, die katastrophale Entwicklung aufzuhalten oder gar zu lösen. Gewalt und Elend sind Ausdruck herrschender Machtverhältnisse; in ihnen spiegelt sich nicht ein zu wenig an humanitärem Beistand, sondern das Versagen einer Politik, deren Aufgabe die Gestaltung menschenwürdiger Lebensverhältnisse gewesen wäre.

Katastrophe

Noch vor wenigen Jahrzehnten befand Jean-Paul Sartre, dass es eigentlich keine Naturkatastrophen gebe, weil alle Katastrophen von Menschen gemacht seien. Inzwischen schlagen die Folgen menschlichen Handelns mit blinder Kraft zurück. Umweltschäden, Tierseuchen, Massmigrationen, Vertreibungen oder Kriege ereignen sich unangekündigt, hinterrücks und scheinen taub für alle Bemühungen, Abhilfe zu schaffen.

Dabei mangelt es nicht an Wissen über das, was in der Welt vor sich geht. Niemand würde ernsthaft behaupten, es sei gut und vernünftig, die Umwelt zu zerstören, Menschen zu entwurzeln und Kriege zu entfesseln. Auf sonderbare Weise aber geht das Bewußtsein für die drohenden Gefahren Hand in Hand mit dem Gefühl wachsender Ohnmacht. Kann dem Elend überhaupt vorgebeugt werden? Ist es nicht längst unabwendbar, wie eine Naturkatastrophe? – Zwischen Empörung und Mitgefühl mischen sich Gefühle von Angst und Scham. Vieles deutet auf die Existenz einer neuerlichen historischen Katastrophe hin, die den Menschen widerfährt, ein permanenter Akt übermenschlich empfundener Gewalt, der hilflos macht und mythologisch verklärt werden muss.

Auf scheinbar paradoxe Weise hilft bei der Versöhnung mit der unerträglichen Realität die Verengung der Wahrnehmung auf einzelne besonders krass hervortretende Katastrophen. In der Beschäftigung mit dem spektakulären Erdbeben, der Aufsehen erregenden Überschwemmung, dem Krieg gegen die vermeintlichen Mächte des Bösen, geht das Bewußtsein für die alltäglichen Nöten und Schrecken, denen Menschen in aller Welt unablässig ausgesetzt sind, verloren. Gerade die Dramatisierung einzelner scheinbar unabwendbarer Schrecken befreit von der Scham, dass millionenfache Flucht, Krankheit und Hunger – gemessen am Entwicklungsstand der Welt – durchaus vermeidbar wären.

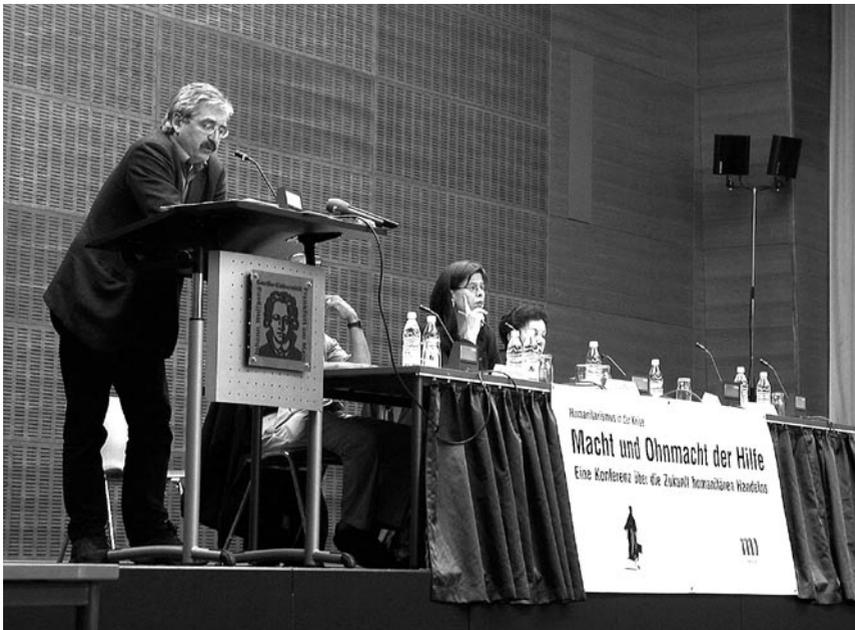
Opfer

Ganze Bibliotheken geben unterdessen Auskunft darüber, wer die Opfer sind. – Was aber bedeuten die Opfer? Haben sie gar eine gesellschaftliche Funktion?

Mitte der 80er Jahre erklärte der Pressesprecher des »Internationalen Währungsfonds«, es sei nicht nur unvermeidlich, sondern gewünscht, dass es Verlierer geben würde. Um sich die Gunst der herrschenden Wirtschaftsordnung zu erhalten, müsse sie von allen Fesseln befreit werden, so das Credo des Neoliberalismus. Allein die konsequente Liberalisierung der Marktkräfte könne Wohlstand sichern, was zusätzliche Opfer erfordere. Die Eingriffe,

die dann ihren Anfang nahmen, sind gewaltig. Ein Drittel der Weltbevölkerung wurde sozial entwurzelt und aus formellen Wirtschaftskreisläufen ausgeschlossen; von »überflüssiger Bevölkerung« ist gar die Rede. Auch die vermeintlichen Gewinner mussten Entsaugungen hinnehmen. Bis in ihr biologisches Substrat hinein werden Menschen heute kontrolliert und in Wert gesetzt; das Soziale aufgelöst oder ökonomisiert.

Solche Verlusterfahrungen verlangen nach Verleugnung, wenigstens nach Kompensation. Dabei hilft die regelmäßige Vergegenwärtigung jener, denen es noch dreckiger geht, eben denen, die zur Sicherung eigener Privilegien Opfer wurden. Mit der Hilfe für die Ausgegrenzten könnte es sich wie mit dem Karneval verhalten, meint der Philosoph Zygmunt Bauman: die bestehenden Verhältnisse werden durch eine periodische, aber begrenzte und streng kontrollierte Umkehrung aller Normen bestätigt. Tatsächlich besteht im wohlhabenden Teil der Welt die Tendenz, Mitleid und Nächstenliebe an besondere Situationen zu binden, um damit ihr Nichtvorhandensein im täglichen Leben zu legitimieren und für normal zu erklären. Durch den Anblick menschlichen Unglücks ausgelöste moralische Impulse werden gefahrlos kanalisiert, indem sie an sporadische Spendensammlungen gebunden werden. Gerechtigkeit wird zur guten Tat, die über den Mangel an Gerechtigkeit als geltende Norm hinwegtröstet. »Heute tun wir mal was Gutes«, bekannte Helmut Kohl, als er Mitte der 80er Jahre beim ersten Afrika-Tag einige Geldscheine in eine Sparbüchse warf.



Thomas Gebauer

Refeudalisierung

Von Hilfe in einem emphatischen Sinne ist heute kaum mehr die Rede. Die Idee eines helfenden Beistandes, der Überwindung von Not und Unmündigkeit und damit die Schaffung und Wiederherstellung von Eigenständigkeit zum Ziel hat, mag noch von rhetorischer, nicht aber mehr von praktischer Bedeutung sein. Das Verblassen von Emanzipationserwartungen, die Desillusionierung angesichts des Scheiterns starrer Revolutionskonzepte haben auch die Idee sozialer Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen. Die gute Maxime: »Gib dem Hungernden einen Fisch, und er ist einen Tag satt; lehre ihn fischen, und er wird immer satt sein«, die vor gar nicht so langer Zeit noch hoch im Kurs stand, wirkt merkwürdig angestaubt, fast schon überkommen.

Denn den Status Quo herausfordern zu wollen, gilt in den Augen der Öffentlichkeit kaum noch als glaubwürdiges Engagement. Die modernen Helden zivilgesellschaftlicher Aktion halten sich nicht erst lange mit dem politischen Kontext auf, sondern packen unmittelbar zu. Wo früher die Vorstellung von einer anderen Welt zum Handeln motivierte, herrscht heute ein unpolitischer Pragmatismus, der sich nicht einmischen will, keine Partei ergreifen möchte, sich um Linderung der ärgsten Not kümmert, aber die bestehende Ordnung nicht mehr in Frage stellt.

Dieses Hilfsverständnis hat längst auch seine eigene Ikonographie geschaffen. Der weiße Hubschrauberpilot, der ein neugeborenes schwarzes Baby aus einem umfluteten Baum rettet, steht emblematisch für den »Humanitarismus« und symbolisiert eine »interventionistische«, von außen einschwebende (und meist gleich wieder verschwindende) Hilfe, in der es keinen Kontext mehr gibt und so auch keine Gesellschaftlichkeit. Nur noch die Rettung des Einzelnen ist möglich, während die katastrophale Ordnung der Welt, die so sehr der Rettung bedürfte, wie in Zement gegossen, unveränderbar wirkt. Im Bedeutungszuwachs privater Hilfswerke spiegelt sich übrigens nicht unbedingt ein Zugewinn an Demokratie, sondern vielfach das Gegenteil. Weil die Bedürftigen der Welt sich kaum noch auf staatlich gebundene Rechtsansprüche berufen können, sondern ihre soziale Sicherung vom philanthropischen »goodwill« karitativer Organisationen, aber auch dem Bemühen globaler Konzerne um Imageaufbesserung abhängt, ist zurecht von einer Re-Feudalisierung der Verhältnisse die Rede.

Entpolitisierung

Im Zuge der Entpolitisierung der Hilfe hat der Pragmatismus über das Visionäre, das sich Einrichten im Bestehenden über die Emanzipationserwartung triumphiert.

Tatsächlich kommt heute die Suche nach den politischen Ursachen und historischen Bedingungen eines Übels fast immer zu kurz. Unversehens kann sich gar derjenige dem Vorwurf der Unmenschlichkeit ausgesetzt sehen, der im Anblick eines hungernden Kindes nach den Gründen von Hunger fragt. Die Folgen aber, die aus der Verkürzung von Kriegen und Notlagen auf ihre humanitären Folgen resultieren, sind erheblich. Wer kein

Verständnis für die Krise entwickeln kann, weil er dafür wichtige politische und kulturelle Zusammenhänge ausblendet, kann auch nicht adäquat auf die Krise antworten.

Im Kosovo beispielsweise trug die massive Präsenz ausländischer Hilfsstrukturen in nicht unerheblichem Maße dazu bei, dass die Reste der dortigen Zivilgesellschaft, die der Vertreibungspolitik Milosevics entgangen waren, endgültig an den Rand gedrängt wurden. Aus unabhängigen Intellektuellen, Menschenrechtsaktivisten und Gesundheits-Experten wurden Fahrer, Dolmetscher und Angestellte im Dienst der Hilfsorganisationen. »Macht nichts, Hauptsache wir haben geholfen«, so der Kommentar eines deutschen Politikers, für den es offenbar unproblematisch war, dass Hilfe, ursprünglich als Mittel zur Beseitigung der Not konkreter Menschen gedacht, zum Selbstzweck geriet.

Überhaupt scheint es vielen Helfern kein Hindernis, wenn sie wenig über die Menschen wissen, mit denen sie es zu tun haben. Die Hilfe, die sie betreiben, folgt technisch-ökonomischen Kriterien und erhebt gar nicht erst den Anspruch, in Kriegsopfern und Notleidenden mehr als Objekte einer möglichst effizienten Versorgung zu sehen. Dem Gros der Nothelfer gelten denn Kriege auch nicht als politisch-historische Ereignisse, sondern schlicht als humanitäre Krisen, die es zu lindern gilt. So bitter die Vermutung klingt: würde Auschwitz sich heute ereignen, in den Massenmedien und den Aufrufen der humanitären Hilfswerke wäre vielleicht nur von einer großen humanitären Krise die Rede.

Kapitalisierung

Von einem solchen Pragmatismus ist der Weg nicht weit zum Business. Die vielen Milliarden US-Dollar, die alljährlich für Nothilfebemühungen in der Welt aufgebracht werden, haben den »Humanitarismus« auch zu einem interessanten Wirtschaftszweig werden lassen, der zuletzt mit großen Zuwachsraten expandiert ist. Längst unterhält der Markt auch eigene Messen, auf denen Nahrungsmittel, Rettungsboote, Minensuchgeräte, Zelte, Leichensäcke, Gasmasken, Trinkwasseraufbereitungsanlagen und all die anderen Hilfsdienstleistungen präsentiert werden

Immer weniger sind es soziale Kriterien, an denen der Erfolg von Hilfe gemessen wird. Wichtiger sind wirtschaftliche Größen, wie die Zahl der erreichten Menschen, die Menge der versandten Hilfsgüter, die Effizienz der Nachschubwege, die Schnelligkeit, mit der man vor Ort ist. Abwicklungskapazitäten zählen, nicht aber die menschliche Beziehung zu den Opfern. Solidarische Nähe zu den notleidenden Menschen, so die Europäische Katastrophenhilfsbehörde (ECHO), sei kein Gütenachweis für eine gute Nothilfe, sondern eher deren Hindernis.

Zug um Zug ist die Hilfe aus dem Kontext sozialen Handelns herausgelöst und zu einem »Produkt« transformiert worden, das – wie andere Produkte auch – nicht unbedingt mehr mit den Bedürfnissen der Menschen korrespondiert. Stattdessen haben sich die Interessen der Geber in den Vordergrund geschoben und entscheidet gar die mediale Verwertbarkeit von Hilfe über ihr Zustandekommen. Staatliche Finanzgeber, aber auch

die Hilfswerke selbst, legen Wert auf bürokratische Zielvorgaben und ein »Controlling«, das den »output« von Hilfe steigern soll, obwohl soziales Handeln weder planbar noch allein ökonomischen Kriterien folgt. Statt sich mit dem Eigensinn von Hilfe und ihren Wirkungen auseinanderzusetzen, eröffnet die Kapitalisierung von Hilfe die Möglichkeit, politisch unliebsame Hilfen allein aufgrund wirtschaftlicher Bewertungen scheitern zu lassen. Was keinen Ertrag verspricht, wird auch nicht mehr gefördert. Wie aber misst man ein Bemühen, dass nicht allein die Versorgung von Flüchtlingen, sondern auch deren Möglichkeit zur Rückkehr im Augen hat? Und lässt sich die Wiederherstellung eines lebendigen Sozialgefüges, in dem Opfer von Gewalt und Not einen neuen Halt finden können, tatsächlich am Reißbrett und ohne Beteiligung der Betroffenen »ergebnisorientiert« planen?

Zu befürchten ist, dass die Degradierung der Hilfe auf ein »Produkt« nur der Anfang eines umfassenden Strukturwandels von Hilfe ist. Kürzlich wurde in der EU die Forderung laut, gemeinnützigen Institutionen den Steuervorteil zu entziehen, um Wettbewerbsverzerrungen aufzulösen und auch normalen Wirtschaftsunternehmen den Zugang zu den Hilfsmärkten zu ermöglichen.

Die Chancen, die im Hilfsbusiness liegen, haben nicht zuletzt Unternehmen wie RTL erkannt, die eigene Hilfsorganisationen aufgebaut haben. Darin sind Vorboten eines selbstreferenziellen »Humanitär-Industriellen-Komplexes« auszumachen, der in der Zukunft droht. Das Medium setzt das Thema, motiviert zur Aktion, sammelt Spenden und setzt diese in Projekte um, die wiederum neue Bilder liefern und für ein medial überzeugendes »Controlling« sorgen.

Instrumentalisierung

Die Herauslösung der Hilfe aus dem Kontext des sozialen Handelns macht Hilfe anfällig für vielfältige Instrumentalisierungen und die Steuerung durch zentrale Instanzen. Mit der Entpolitisierung von Hilfe ist das humanitäre Paradox nur noch größer geworden. Je besser Hilfe unkritisch funktioniert, desto mehr kann sie für politische und militärische Zwecke instrumentalisiert werden.

Tatsächlich ist Hilfe zu einer begehrten wirtschaftlichen und politischen Ressource von Kriegsparteien geworden. Ob über die Besteuerung importierter Hilfsgüter, über Schutzgelderpressungen, Raub oder die Ausplünderung der von außen versorgten Bevölkerungen – es gibt vielfältige Wege, wie Kriegsparteien an den Milliarden von Dollars, die alljährlich zur Versorgung von Opfern bereitgestellt werden, partizipieren können. In Ländern wie Angola, Liberia oder Afghanistan hatte die Nothilfe eine so große Bedeutung bekommen, daß sie als integraler Bestandteil des Gewaltzyklus angesehen werden musste.

Wie kaum ein anderes Mittel kann Hilfe aber auch zur Überwindung politischer Legitimationsdefizite beitragen. Warlords und politische Eliten, die Ihre Vorherrschaft kaum noch über funktionierende Formen von Staatlichkeit legitimieren können, sichern sich

Gefolgschaft über die Gleichzeitigkeit von Gewalt und ein Minimum an sozialer Versorgung, das sie ihrer Klientel anbieten und für das ausländische Hilfe zu sorgen hat. Auch wird die öffentliche Akzeptanz militärischer Maßnahmen größer, wenn – wie im Kosovo-Krieg – Hilfswerke in breit angelegten Kampagnen auf die Not von Flüchtlingen aufmerksam machen.

Damit sind Dilemmata angesprochen, die nicht per axiomatischer Erklärung, dass Hilfe auf die Beziehung zwischen Opfer und Helfer zu beschränken ist, aus der Welt zu schaffen sind. Die Unabhängigkeit, auf die Hilfsorganisationen zu Recht pochen, darf nicht zur Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Realitäten führen. Und zu denen gehört, dass verstärkt neue Akteure auf den Plan treten, die überhaupt keinen Skrupel kennen, Hilfe für eigene Zwecke zu missbrauchen. Force Protection nennt die NATO jene humanitären Hilfsprogramme, die Streitkräfte parallel zu militärischen Operationen durchführen, um deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung hat sich die alte Ost-West-Konfliktachse in eine Auseinandersetzung zwischen einem reichen »global north« und einem in Armut versinkenden »global south« verschoben. Die Befriedungsstrategien, die das internationale Krisenmanagement zur Bewältigung der neuen Konflikte praktiziert, ähneln denen des 18. und 19. Jahrhunderts. Wie zu Zeiten des viktorianischen Englands geht es um eine repressive Armenfürsorge, in der selbst noch die Opfer in gut und böse aufgeteilt werden. Die »guten Opfer«, die aufgrund politischen Wohlverhaltens jede Unterstützung verdienen, erhalten – wie kürzlich in Jugoslawien – sogenannte »konditionierte Hilfen«, während die vielen »störenden Opfer« mitunter über Generationen hinweg in Flüchtlingslagern dahinvegetieren müssen oder in Exportproduktionszonen, den modernen Arbeitshäusern, ausgebeutet und diszipliniert werden

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit ist zur Früherkennung von Systemstörungen verkümmert, die bekämpft werden, um die Spaltung der Welt in Reiche und Arme, Machtvolle und Machtlose, Privilegierte und Gedemütigte aufrechtzuerhalten. Dabei sind offenbar alle Mittel recht. Der militärische Erstschlag, die staatlich legitimierte Folter, die Aufkündigung demokratischer Rechtsprinzipien, die Weiterentwicklung längst geächteter Chemie-Waffen und auch der Missbrauch humanitärer Hilfe.

In der aufkommenden Weltbürgerkriegsordnung droht Hilfe zur Geisel einer Sicherheitspolitik zu werden, die nur noch das eine Ziel verfolgt: die Aufrechterhaltung des Status quo. Derart wird sich der Bezugsrahmen von humanitärer Hilfe in den kommenden Jahren komplett verändern. Es mehren sich die Zeichen, dass humanitäre Hilfe Teil einer komplexen Politik werden könnte, die im Außenverhältnis auf Befriedung und Sozialamtsfunktion setzt und innenpolitisch um Legitimation bemüht ist. Dabei laufen private Hilfsorganisationen Gefahr, zu Dienstleistungsbetrieben staatlicher Institutionen zu werden.

Perspektiven

Es mangelt nicht an Versuchen, dass humanitäre Handeln gegen seine Indienstrafe für den fortschreitenden Zerstörungsprozess zu verteidigen. Manche, wie Rupert Neudeck verlangen, dass sich die Hilfe allein auf sich selbst beziehen müsse. Der Helfende verkörpere einen modernen Sisyphos, der zwar nie etwas verändern wird, aber doch nicht anders kann, als immer wieder zu helfen. Damit rückt ins Zentrum von Hilfe nicht etwa deren Wirkung, sondern der handelnde Helfer selbst. Es zählt die praktizierte Nächstenliebe als moralische Position eines Einzelnen, nicht aber das Streben nach Gerechtigkeit als ethisches Prinzip der Gesellschaft. Und letztlich wird mit der ästhetischen Überhöhung des Helfers die Katastrophe selbst verewigt. Es ist höchste Zeit, dass sich Hilfsorganisationen der Dilemmata ihres Handelns bewusst werden. Dabei wird vor allem die Korrektur zahlreicher Mythen notwendig werden, zu denen nicht zuletzt die Vorstellung gehört, humanitäre Hilfe diene Opfern, aber mische sich nicht ein. Wer Menschen helfen will, kann nicht eigentlich neutral sein, sondern muss sich einmischen und auf Seiten der Opfer Partei gegen die Täter ergreifen. Alles andere wäre in hohem Maße unmoralisch. Wer Menschen aus Notlagen heraushilft und sie in die Lage versetzt, wieder selbständig handeln zu können, hinterlässt Spuren, die weit über den Augenblick der Hilfe hinausreichen.

Welche Kraft in einer solchen Hilfe stecken kann, kann dort beobachtet werden, wo Hilfsorganisationen ihre Arbeit nicht auf kurzfristige interventionistische »Missionen« reduziert haben, sondern um eine an den Partnern und am Kontext orientierte Hilfe bemüht waren. Für humanitäre Krisen gibt es keine rein humanitären Lösungen. Wer dafür eintritt, muss für Demokratie und soziale Entwicklung streiten – und dies gemeinsam mit den Opfern von Not und Gewaltherrschaft.

Schlussbemerkung

Dem palästinensischen Dichter Mahmoud Darwish verdanke ich die Idee, Hilfe mit Poesie zu vergleichen. Aber nicht, um die Hilfe zu ästhetisieren, sondern gerade um ihren verborgenen politischen Gehalt zu verdeutlichen.

Hilfe kann niemals Verbündeter des Krieges und der Gewalt sein. Wie Poesie dient Hilfe – ihrem Inhalt und Wesen nach – dem Frieden, der Verteidigung der Freiheit, der Solidarität und entspringt dem Mitgefühl untereinander, der gesellschaftlichen Ethik. Auch wenn Hilfe nicht unmittelbar der Parteigänger politischer Realität sein kann, so ist sie doch niemals neutral. Zwischen Krieg und Frieden, zwischen Unterdrückung und Freiheit, zwischen Unrecht und Gerechtigkeit gibt es keine Neutralität.

Allerdings steht Hilfe heute überall auf der Welt unter einem extremen Druck. In Gesellschaften, die im Status quo verharren und sich jeder Erneuerung, die ja Hilfe anstrebt, widersetzen, gerät Hilfe entweder zu einer von zunehmender Irrationalität umfluteten Insel von Solidarität und Empathie oder sie wird selbst Teil dessen, was sich schließlich doch noch erneuert: der Sicherheitsapparate, die den Status Quo schützen sollen.

schauspielfrankfurt
// Zeichen paradoxer Hoffnung.
Matinée über die Situation
in Israel und Palästina

/ Krieg, Politik, Literatur, Musik

/ 30. März 2003 / Großes Haus / 11.00 - 15.00 Uhr

/ Diskussionsrunde: **Moustafa Barghouthi** (Vorsitzender der palästinensischen Union der Gesundheitskomitees/Ramallah), **Ruchama Marton** (Präsidentin der

„Ärzte für Menschenrechte“/Tel Aviv), **Micha Brumlik** (Fritz-Bauer-Institut/Frankfurt),
Moshe Zimmermann (Historiker/Jerusalem), **Nuruddin Farah** (Schriftsteller/Somalia),
Subhi al-Zubaidi (Filmemacher/Ramallah), **Abed Othman** (Deutsche Welle/Köln),

Rainer Weiss (Suhrkamp Verlag/Frankfurt), **Inge Günther** (Frankfurter Rundschau/Jerusalem)

/ Musik: **Samir Odeh-Tamimi** (Komponist, Berlin/Tel Aviv),
Trio Viaggio (Bremen), **Dror Feller** (Stockholm/Tel Aviv)

/ schauspielfrankfurt und medico international
/ unterstützt von der Frankfurter Rundschau
/ weitere Informationen unter: www.medico.de

Frankfurter Rundschau

medico international

Karten: 069/13 40 400 / www.schauspielfrankfurt.de / Vorverkauf: Willy-Brandt-Platz / Mo-Fr 10-18 Uhr; Sa 10-14 Uhr

Photo: Edo Gornat (Tel Aviv)

Über Einsamkeit und Radikalismus

Israel-Palästina: Ohne politische Einmischung gibt es keine sinnvolle Hilfe

Im Zusammenhang mit dem Nachdenken über die Möglichkeiten von Hilfe möchte ich Ihnen die Arbeitsbedingungen der Physicians of Human Rights-Israel vorstellen. Eine israelische NRO, die beides ist: eine Menschenrechtsorganisation und eine Organisation sozialer Solidarität, deren Arbeit auf professioneller medizinischer Zusammenarbeit basiert.

Die wichtigste Erfahrung, die die Physicians for Human Rights – Israel machen, ist die der Einsamkeit, sowohl zu Hause, als auch im Ausland. Das soll nicht heißen, dass wir keine Unterstützung von unseren Kollegen im Ausland bekommen, sondern betont vielmehr, dass diese Form der Einsamkeit etwas selbst Gewähltes ist. Als Teil einer Gesellschaft von Tätern haben wir kaum Alternativen.

Unserem Verständnis nach darf PHR-Israel niemals nur die Rolle eines Beobachters einnehmen, der die Wunden notdürftig flickt und die Zerstörungen des Konflikts zur Kenntnis nimmt. Als Ärzte müssen wir Verantwortung für die Heilung von Kranken und Verletzten übernehmen. Als israelische Organisation jedoch kennen wir den israelischen Besatzungsapparat und sehen seine Folgen als sozialen und historischen Prozess. Als Menschenrechtsaktivisten ist es unsere Pflicht, dieses Wissen zu nutzen.

Die Besetzung – ein medizinisches Verbrechen

Ein Beispiel: Im Bericht des UNO-Sonderbotschafters für die besetzten Gebiete, dem Bertini-Bericht, lautet eine der Forderungen an das israelische Militär sicherzustellen, dass palästinensische Rettungswagen an Kontrollpunkten nicht mehr als 30 Minuten festgehalten werden. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuzes forderte, dass dies keinesfalls länger als 15 Minuten dauern sollte. Wir können keine dieser beiden Forderungen akzeptieren: Eine 15-minütige Verzögerung an jeweils einem Kontrollpunkt, führt zu einer mehrstündigen Fahrt, da es verschiedene Kontrollpunkte gibt und so der Weg von oder zu einer medizinischen Behandlung zu einem Albtraum wird oder, mit anderen Worten, zu einem medizinischen Verbrechen.

Deshalb kann es uns nicht genügen, Daten über Geburten an Kontrollpunkten zu sammeln oder zu fordern, dass Soldaten vor Gericht gestellt werden. Wir werden darauf bestehen, den Prozess aufzudecken, durch welchen die Besetzung solche Auswüchse zeitigt. Früher war es eine allgemein akzeptierte menschliche Norm, dass einer Frau mit Wehen freies Geleit in die Klinik gewährt wurde. Mit dem Golfkrieg 1991 hat die *Gestalt*

der Besatzung die Sichtweise der Israelis so sehr verändert, dass bei Verhängung einer Ausgangssperre die Soldaten selbst bei Frauen mit Wehen keine Ausnahme mehr machen. Als Frauen und Babys durch diese Praxis ums Leben kamen, mussten schriftliche Vereinbarungen getroffen werden, um die Soldaten zu einer menschlichen Selbstverständlichkeit zu verpflichten: nämlich Frauen mit Wehen passieren zu lassen. Man kann sicherlich sagen, dass wir schon in dem Moment, da wir solche schriftliche Vereinbarung benötigten (d.h. Mitte der 90 er Jahre), das Spiel verloren hatten.

Die »ärztliche Zeit«

Wenn wirklich etwas verändert werden soll, dann ist die Existenz einer Gruppe, die ein radikales politisches Engagement an den Tag legt, demonstriert und auch interveniert, von entscheidender Bedeutung. Ein Beispiel: Dr. Hassan Barghuti, Literaturdozent an der Al-Quds Universität in Jerusalem, litt an Krebs in fortgeschrittenem Stadium. Auf Anordnung seines Arztes am Sheikh Zayed Hospital in Ramallah schickte ein Krankenhaus in Jordanien Medikamente. Ein spezieller Bote des jordanischen Krankenhauses kam mit den Medikamenten zum Grenzübergang Allenby Crossing, jedoch wurde ihm der Übergang nach Ramallah verwehrt. Er liess die Medikamente auf der israelischen Seite des Grenzübergangs zurück. Die Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMCR) kontaktierte PHR – Israel und bat uns dabei zu helfen, dass die Medizin für diesen Patienten freigegeben werde. Zunächst forderte die israelische Zivilverwaltung, dass wir ein Fahrzeug organisieren und damit die Medikamente am Grenzübergang abholen sollten.

PHR-Israel bestand darauf, dass es keinen Sinn mache, ein Fahrzeug zu schicken, solange es keine Genehmigung zur Freigabe der Medikamente gebe. Dann fragte die Zivilverwaltung, ob die Medikamente für einen oder für mehrere Patienten bestimmt seien, ob sie gespendet oder gekauft worden wären, ob sie in einer Schachtel oder in einer Flasche abgepackt seien, welche Aufschrift sie trügen, wer sie geschickt hätte usw.. Im folgenden forderten die Zivilbehörden medizinische Dokumente, die nachweisen sollten, dass diese speziellen Medikamente tatsächlich von Dr. Barghuti angefordert worden waren, zudem wollten sie auch den präzisen Namen des Medikamentes wissen. Während wir versuchten all diese Details zusammenzutragen – obwohl wir das als absurd empfanden – informierten uns die Behörden darüber, dass diejenigen, die von Ramallah kommen sollten, um die Medizin zu holen, dies in einem palästinensischen Fahrzeug tun müssten. In Jericho sollten sie einen Bus nehmen, der sie zur Station Allenby bringen sollte. Ihre Forderungen ergaben keinen Sinn und es gab immer noch keine Genehmigung für die Übergabe der Medikamente. Unsere Kontaktaufnahme zur Medizinischen Koordinatorin der Zivilverwaltung, Frau Dalia Bessa, war ebenfalls ergebnislos, da auch sie medizinische Dokumente forderte, bevor sie der Übergabe der Flasche – oder Schachtel- zustimmen würde. Zwei Tage später telefonierten wir mit unseren Kollegen bei der UPMRC, um sie auf den neuesten Stand der Dinge zu bringen, und mussten dabei erfahren, dass Dr. Barghuti inzwischen gestorben war. Zur gleichen Zeit erreichte uns ein Anruf der Zivilverwaltung

mit der Aufforderung, ein weiteres medizinisches Dokument zu besorgen, um damit die Überführung des Medikaments erlauben zu können. Wir setzten sie davon in Kenntnis, dass die Koordination nicht länger erforderlich war.

Kann es sein, dass bei dieser Art des Umgangs nicht die Sicherheitsinteressen Israels eine entscheidende Rolle spielen, sondern die Gewohnheit, über Leben und Tod von Palästinensern zu entscheiden?

Radikale Solidarität

Wie berichtet man über derartige Menschenrechtsverletzungen? Wie übersetzen wir so etwas in eine verständliche Sprache im Sinne des medizinischen Notfalls («ärztliche Zeit») und wie können wir die Fesseln, die uns auf jeder Ebene von der Bürokratie der Besatzung auferlegt wurden, aufdecken? Wertvolle Sekunden für das Leben verwandeln sich in Stunden für Wortgefechte. Wie können wir diese Sekunden wieder für das Leben nutzen? Wie können wir in einem System arbeiten, das von Bürokratie beherrscht wird, wohingegen es von ärztlicher Seite aus darum geht, keine Zeit zu verlieren?

Bei unserer medizinischen Arbeit – wir behandeln Personen in unserer mobilen Klinik in der West Bank – und diese kann fälschlicherweise als humanitär betrachtet werden – bestehen wir auf einer radikalen Methode: Wir, als medizinisches Personal, lehnen es ab, bei der Armee die Erlaubnis einzuholen, in die West Bank fahren zu dürfen. Wir lehnen deren bewaffnete Eskorte »zu unserer Sicherheit« ab. Damit und auch mit der Fahrt in ein verbotenes, abgetrenntes Gebiet selbst, protestieren wir gegen Abriegelung und Ausgangssperre und für Bewegungsfreiheit. Die medizinische Hilfe sehen wir als wichtigen Teil des Protests und als Beweis konkreter Solidarität an. Letzere wird durch Erstere erst ermöglicht.

Da wir eine israelische Organisation sind, lehnen wir es ab, die Krise in den besetzten Gebieten als vorübergehend und losgelöst von ihrem Kontext zu betrachten. Anders als Israel, das die Vorgeschichte der derzeitigen Situation an einem Zeitpunkt beginnen läßt, der ihm genehm ist (z.B. September 2000, der Zusammenbruch der Camp- David-Gespräche), wissen wir um den historischen Prozess der Besatzung und die mit ihm verbundenen Neuordnungen. Wir können die humanitäre Krise in den besetzten Gebieten nicht als unabhängige, plötzlich auftretende Naturkatastrophe betrachten.

Diese Krise hat das palästinensische Volk in die Situation gebracht, sich mehr und mehr auf die Wohltätigkeit ausländischer Hilfe verlassen zu müssen. Major General Amos Gil'ad, der Regierungsbeauftragte in den besetzten Gebieten, betonte mehrmals, dass die israelische Politik in den besetzten Gebieten erst durch die Tatsache ermöglicht wird, dass Israel es der internationalen Gemeinschaft erlaubt, die humanitären Bedürfnisse der Palästinenser zu befriedigen. Israel könnte diese Hilfeleistungen nicht alleine aufrecht erhalten, da die wirtschaftliche Bürde zu groß wäre: 12 Billionen Shekel pro Jahr (Haárezt, 5. Juli 2002).

Die breite Finanzierung der palästinensischen zivilen Strukturen durch internationale Entwicklungs- und Hilfsagenturen finanziert und stützt die israelische Besatzungspolitik. Langfristig wird hierdurch das palästinensische Wirtschaftssystem unterminiert und verhindert, dass dieses sich jemals wieder erholen wird können. Gleichzeitig wird dadurch Israel die Verantwortung für die Besatzung von den Schultern genommen. Die kompromisslose Forderung, humanitäre Hilfe nur unter der Voraussetzung eines Rückzugs aus den besetzten Gebieten zu gewähren ist nicht weniger politisch, als diese Hilfe zu gewährleisten, ohne dass zur gleichen Zeit einer derartigen Forderung nachgekommen würden.

Wir sind nicht vollkommen alleine gelassen. Aber Einsamkeit ist sowohl eine Wahl die man trifft, als auch ein Geisteszustand. Und sie ist ebenso die Stärke, die die eigene, persönliche Rolle im Kampf um Gerechtigkeit zu erkennen und auszufüllen hilft.

Übersetzung: Eva Lautenschlager/Esther Kleefeldt/Andreas van Baaijen

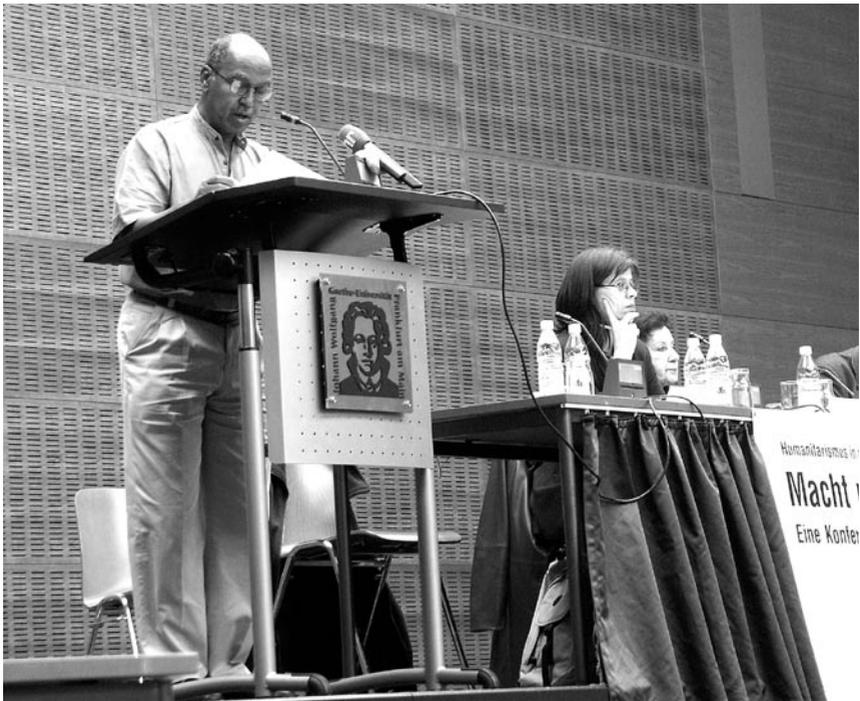


Auf dem Podium: Thomas Gebauer, Nuruddin Farah, Ingrid Spiller und Ruchama Marton

Nuruddin Farrah

Unser Leid – deren Gewinn! Überlegungen zu Kolonialismus und Hilfe

Ganz vage erinnere ich mich an eine Unterhaltung mit einem Nigerianer, einem Wissenschaftler, der sich zur selben Zeit wie ich in Kapstadt aufhielt. Wir hingen ziemlich in der Luft, denn ein gemeinsamer Freund war eben verstorben und wir beide hielten die Totenwache. Für jenen Abend kam mir eine besondere Aufgabe zu: Ich sollte den Ablauf der Totenfeier in der Kapelle organisieren und sie auch selber halten. Alle hatten irgendetwas zu tun, es war ein ständiges Kommen und Gehen, Bekannte und Freunde setzten sich zu uns, lauschten unserer Diskussion oder äußerten ihre eigenen Ansichten und verschwanden dann wieder. Von all den Dingen, die geschahen oder gesagt wurden, erinnere ich mich an nur einige wenige Sätze, die hängen geblieben waren wie so wie manches Wort, das man im Delirium spricht, einem immer wieder präsent ist.



Nuruddin Farrah

Ein unglückliches Verhältnis

Ich kann mich noch erinnern, wie ich dann ins Auto stieg und beim Heimfahren ununterbrochen über den Satz »Unser Leid – deren Gewinn« nachdachte. Ich habe keine Ahnung, warum gerade dieser Satz mir so im Gedächtnis blieb oder warum ich ihn mir jedes Mal, wenn ich an diesen Abend zurückdachte, vorbetete wie ein Mantra. Ich kann mich auch nicht erinnern, woher diese Worte kamen oder von wem. Möglich, dass es der Wissenschaftler aus Nigeria war, aber genauso gut hätte es jeder andere Gesprächsteilnehmer sein können, der diese Worte vielleicht in unsere Debatte über das leidige Thema der Beziehungen zwischen Europa, den USA und Afrika einwarf. Tatsächlich machen wir in Afrika uns genauso viele Gedanken über das unglückliche Verhältnis zur entwickelten Welt wie so manche Schwache über ihre gestörten Beziehungen zu den Starken, die ihnen ihren Willen aufzwingen ohne ihnen auch nur einen Augenblick ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

So kam es wahrscheinlich, dass mir, als ich mich wenige Tage später, kurz nachdem ich meine Zusage für diese Konferenz gegeben hatte, an den Tisch setzte, um meinen Vortrag zu entwerfen, diese Worte noch immer keine Ruhe ließen, bis ich dann entschied, sie zu verwenden. Unser Leid – deren Gewinn: haargenau!

Die Geschichte Afrikas wird immer einen Grauschleier haben, so wie Ware, die man billiger verkauft, weil sie durch langes Liegen leicht angeschmutzt ist, weil unser Volk Jahrhunderte lang den unsauberen Gedanken und schmutzigen Händen der Kolonialherren ausgesetzt war. Nachdem Afrika nun schon zum Unglückskontinent erklärt wurde, wird uns die Schuld für alles Scheitern gegeben. Wir sind zu einer Metapher geworden, der Ort, wo angeblich alles schief gegangen ist, entsprechend einer perversen Logik, nach der alle ohnmächtig und arm sind, Millionen an AIDS oder ähnlichen Krankheiten sterben und sich Völker »wegen nichts« bekriegen. Afrika, das Ziel für alle Wohltäter; und sie kommen nicht, um Gutes zu tun, sondern um sich gut zu fühlen, sie gleichen ihre Schuldgefühlskonten aus; aber auch ein Ziel für Verbrecher, die kommen, um ihre eigenen Ziele oder die ihrer Regierungen zu verfolgen. Afrika – ein bequemes Auffangbecken für diejenigen, die in den Geberländern keine Beschäftigung finden, mittelmäßige Leute, die hier in de Status eines »Expatriate Expert« erhoben werden und dafür eine Menge mehr Geld bekommen, als wenn sie daheim geblieben wären. Ein somalisches Sprichwort sagt, dass immer hundert Heilmittel angeboten werden, wenn eine Person krank ist.

Kein Zweifel, Afrika leidet. Viele in unserem Umfeld beschäftigen sich mit der allgegenwärtigen Frage, wie wir in diese Sackgasse geraten konnten. Manche führen Afrikas Schwäche auf die »schwarzen Schatten von Krankheiten und Hunger« zurück, wie Joseph Conrad es einmal formulierte, und meinen, dass diese ein Resultat der Völkermord-Politik der Imperialisten seien, welche ganze Landstriche in Afrika entvölkerte und dem Kontinent die Zukunft nahm.

Wer trägt die Schuld?

Auf Grund der beschränkten Zeit möchte ich nur ganz kurz darauf eingehen, warum wir da stehen, wo wir stehen, und wie wir dorthin gelangt sind. Auch wenn es sehr vereinfacht ist, möchte ich das unglückliche Verhältnis zu Europa in vier Zeitabschnitte aufteilen: Vor dem Zeitalter der Kolonialisierung, als sich unser Kontinent von all den anderen wenig unterschied, als wir aßen, was wir selbst anbauten und uns keinen Einflüssen von außen ausgesetzt sahen; während der Kolonialzeit, als wir zu beweglichen Gütern wurden, verklavt, verkauft und über die Meere transportiert, und Afrika entvölkert wurde, weil man Millionen kräftiger Männer und Frauen einfach mitnahm. Das dritte Stadium fällt in das Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit, als wir überall große Fortschritte machten, vor allem in der Bildung und beim Ausbau der Infrastruktur. Es war unser Ziel, die anderen Kontinente einzuholen, da den Imperialisten unser Wohlergehen ohnehin gleichgültig war. (Wenn Sie die Anzahl der Schulen und Schüler auf der somalischen Halbinsel während der Zeit des Kolonialismus und den ersten zwanzig Jahren nach der Unabhängigkeit vergleichen, werden Sie verstehen, was ich meine. Diejenigen, die behaupten, Afrika ginge es heute schlechter als zur Kolonialzeit, spielen mit der Wahrheit Verstecken!) Und zuletzt die Gegenwart, in der Afrika zugegebenermaßen ziemlich am Ende ist und wir uns ganz unten auf der globalen Entwicklungsleiter befinden. Wer trägt die Schuld?

Ich nehme an, dass es einer unserer größten Fehler war, dass wir einer alten Weisheit keine Beachtung geschenkt haben: Wenn man alle Eier in einen Korb legt, dann sollte man ihn Tag und Nach bewachen, wenn auch nur, um zu wissen, wo er ist, was damit geschieht, und was hinein- und was herausgeht. Statt unseren Korb zu bewachen, haben wir uns anderen Dingen gewidmet und haben uns direkt daran gemacht, verlorene Zeit und verpasste Chancen aufzuholen. In weniger als zwei Jahrzehnten haben wir die Zahl der eingeschulten Kinder in unseren Ländern um das Fünfhundertfache gesteigert, die Infrastruktur ausgebaut, um die Anzahl und Qualität unserer Institutionen zu steigern, und mehr aus unseren technischen Fähigkeiten gemacht als die Kolonialisten in zweihundert Jahren.

Entwicklungshelfer – Touristen, unterwegs in der elenden Wirklichkeit anderer Menschen

Ein weiterer Fehler war, dass wir dachten, wir seien die Kolonialisten losgeworden. Nein, unsere Abhängigkeit von ihnen war pathologisch geworden. Als ob wir nicht mehr ohne sie leben könnten – so ähnlich wie eine Frau, die sagt, ihr Mann schlage sie, ihn aber nicht verlassen wird, weil sie an dieser Art Brutalität hängt. Kaum hatten also jene Kolonialisten unseren Boden verlassen, kehrten sie auch schon zurück als technische Berater für dickes Geld, gepolstert mit Sonderzulagen, und beauftragt, uns mit unseren Fünfjahres-Entwicklungsplänen zu helfen. Weitere kamen nach als Teil eines Pakets der

Abteilung »Bilaterale Vereinbarungen« – der Inbegriff beschönigter Unwahrheiten. Und als die Kaufkraft unserer einheimischen Währungen weiter sank und wir unsere eigenen Beamten nicht einmal mehr bezahlen konnten, unsere Universitäten nicht mehr anständig betrieben werden konnten, und als die Lehrer in den Schulen keine Kreide und die Schüler keine Schulbücher mehr hatten – und wir wissen, woran das lag und können auch all die Institutionen aufzählen, die für den Niedergang unserer Kaufkraft verantwortlich sind, weil sie unser Wirtschaftspotenzial manipulierten – kam ein anderer Ausdruck in Mode, und auch der hatte einen Haken: Entwicklungshilfe, staatlich verwaltet durch Männer und Frauen, die sich ständig in einer Grauzone zwischen ihrem Mitgefühl für die Hilfsbedürftigen und ihrer Überheblichkeit bewegten. Als Spezies sind die Männer und Frauen im Hilfe-Business – und hier entschuldige ich mich bei Susan Sonntag, von der ich diesen Ausdruck habe – Touristen, unterwegs in der elenden Wirklichkeit anderer Menschen. Sie schweben ein und sehen aus wie Schulmädchen und –jungen, fahren in ihren Geländefahrzeugen durch die Gegend, sind herablassend zu allen und machen sich furchtbar wichtig. Als Touristen sind ihnen die Sitten der Völker vor Ort nicht bekannt, und sie verhalten sich anderen Kulturen gegenüber schlichtweg beleidigend.

Was bereitet mir Bauchschmerzen? Hauptsächlich mein Volk: wenig Tatkraft ist vorhanden, die Rolle des Bettelmönches spielen wir gut, aber letztlich kommt nichts dabei heraus. Auch haben wir noch nicht einmal ein klein wenig Selbstachtung an den Tag gelegt oder auch nur wenigstens versucht, einige der anstehenden Probleme auf möglichst achtbare, aufrichtige und sachgerechte Art selbst zu lösen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Dass ich unzufrieden mit meinem Volk bin oder schlecht über es rede liegt nicht daran, dass es sich auf den Schweiß und die Früchte der Arbeit anderer verlassen hat, sondern daran, dass es sich ständig nach dem Bezugsrahmen anderer Leute gerichtet hat. Noch dazu wurden unsere hausgemachten Probleme fremden Wirtschaftsexperten, Wissenschaftlern oder Theoretikern unterbreitet, die ihren eigenen Vorstellungen oder denen ihrer Regierungen folgten. Wir hätten es wenigstens einmal selbst versuchen können, mit der zweifelhaften Hoffnung, selbst Nutznießer irgendeines Wissens oder einer Erfahrung werden zu können, die man sich aneignet, wenn man solche Probleme selbst angeht. Wenn es sich doch um unsere eigenen Probleme handelt, und daran zweifelt niemand, warum sollte die Erarbeitung von Lösungen anderen obliegen, wenn nicht, weil sie auf irgendeine Art davon profitieren – wobei sie natürlich behaupten, das sei nicht der Fall. Unser Rolle in dem ganzen Spiel war immer darauf beschränkt, den Paparazzi die Stoßtruppen vor die Linse zu liefern, Millionen Hungernde, viele von ihnen Kinder und Frauen, die Kinder von Fliegen umgeben, die sich an ihrem Kwashiorkor nähren, die Frauen hochschwanger und zu schwach sich zu bewegen oder stillend und dabei völlig abgemagert, und danach Appelle an die Völkergemeinschaft zu richten. Unser Leid, deren Lösungen!

Entwicklungshilfe und Waffenschmuggler

Bevor ich zu meinen Schlussfolgerungen komme, entferne ich mich ein wenig vom konkreten Thema Entwicklungshilfe und möchte eine Umschreibung wählen, die das zerstörerische Moment im Verhältnis zwischen der entwickelten Welt und uns einfängt. In einem Gedicht mit dem Titel »Modern Traveller« (A.d.Ü.: der moderne Reisende) prahlt der englische Schriftsteller Hilaire Belloc:

*»Whatever happens we have got
The Maxim Gun, and they have not!«¹*

Da mag man doch eigentlich aufschreien: »Eine Unverschämtheit!« oder »Ja und?«, sich abwenden und weggehen. Allerdings wäre es auch ganz angebracht, innezuhalten, noch einmal darüber nachzudenken und zu entgegnen, dass diese Anmaßungen Bellocs uns aufzeigen, dass wir diese Gewehre auch noch kaufen und sie gegen einander einsetzen, und uns so Knappheit und Hungersnöte selbst zufügen, wodurch wir unsere Unterentwicklung verewigen.

Wo immer es Waffen gibt, da zeigen sich die entsetzlichen Auswirkungen des Krieges, da entsteht Hunger – das wissen wir. Wo keine Demokratie herrscht, und wo staatliche Gewaltherrschaft ebenso an der Tagesordnung ist wie Malaria in den Tropen, dort fühlen sich die Menschen von sich selbst entfremdet. Entfremdete und Entrechtete suchen nach falschen Mitteln der Macht: Wir haben mehr Gewehre als die, und deswegen greifen wir uns gegenseitig an, machen unsere Dörfer dem Erdboden gleich, und die Außenstehenden verkaufen noch mehr Waffen, egal an wen. Wenn man keine Waffen hat, bleibt man einfach untätig und wartet, bis man angegriffen wird oder bis Hilfe kommt. Inzwischen schickt die entwickelte Welt ihre Entwicklungshelfer und Waffenschmuggler los, und schon sind wir wieder da, wo wir angefangen haben, in dem ewigen Teufelskreis, und es war wieder nichts mit dem Frieden und der Demokratie.

Mir fällt dazu Äthiopien ein, ein Land, das so etwas wie Frieden oder Demokratie nicht kennt, und wo der Teufelskreis von Hunger, Krieg und jahrhundertelang andauernder Unterentwicklung seit Menschengedenken besteht. Jedes Jahrzehnt hat dort entweder ein Krieg gewütet oder es gab eine Hungersnot, für die die Weltbühne ein monumentales Event in einem Stadion in London oder auch New York inszenierte, oder es wurden mehrere Tausend Studenten von einem tyrannischen Herrscher ins Gefängnis gebracht. Doch interessiert das überhaupt irgendjemanden, zum Beispiel die sogenannten Geberländer? Interessieren irgendwen Frieden, Demokratie oder die äthiopischen Opfer?

1. A.d.Ü.: Hier wird auf die Erfindung des Maschinengewehrs und den Aufstand im von England besetzten Somalia angespielt. Erwa: Was auch immer geschieht, wir verfügen über das Wundergewehr – die nicht.

Kein Wunder, dass die äthiopische Herrscherclique sich geradezu darauf verlässt, dass Äthiopien Anspruch auf Nahrungsmittelhilfen für ein Heer von Hungernden hat, wenn sie sich durch einen Einmarsch in ein Nachbarland in dessen politische Angelegenheiten einmischt und dann noch mehr Verwüstung anrichtet, indem sie noch ein drittes Land angreift, mit dem Ergebnis, dass die Kriegshandlungen bis zu zwei Millionen Opfer fordern und drei Millionen Menschen vertrieben werden. Ich kenne genug afrikanische Staatschefs, die ihrer Meinung nach einen guten Job machen, indem sie das Wetter, die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds verantwortlich machen, ohne, wie im Falle Äthiopiens, je zu erklären, warum es notwendig ist, eine Berufsmilitärarmee mit über einer Million Soldaten zu unterhalten oder warum sich ihre Rechnung für Waffenkäufe auf viele Milliarden Dollar beläuft. Sie können sich sicher sein, dass der äthiopische Premier, dessen kreative Falschheit grenzenlos ist, niemals zugeben würde, dass er zumindest zum Teil dafür verantwortlich ist, dass es einen Aufstand in einer Region mit einer Bevölkerung von hundert Millionen Menschen gegeben hat, in der Hunger, Kriege und Unterentwicklung der Dreiklang ist, der uns immer wieder einen Strich durch die Rechnung macht.

Keine Nahrungsmittelgeschenke mehr

Dass Afrika bis jetzt überhaupt überlebt hat, spricht für seine Widerstandskraft, besonders, wenn Sie daran denken, was aus der Urbevölkerung Australiens oder Nordamerikas geworden ist, die durch Jahrhunderte andauernde Massaker beinahe verschwunden ist. Wenn wir jedoch erreichen wollen, dass die Völker Afrikas zu gleichberechtigten Partnern der entwickelten Länder werden, dann muss die Welt Kriege, Hungersnöte und undemokratische Gewaltherrscher mit Entschlossenheit bekämpfen, Waffengeschäfte vereiteln, die Amateur-Voyeure verjagen, die als Touristen zu Katastrophenorten reisen; und bitte keine Nahrungsmittelgeschenke mehr. Lieber sollte die Welt die Landwirtschaftssubventionen aufheben, die sie als Schutz eingerichtet hat, um unseren Produkten den Zugang zu ihren Märkten zu versperren; und bitte keine Handelsembargos mehr. Nur so können wir unser Leben neu gestalten, unserer eigenen Probleme habhaft werden, unsere eigenen Lösungen entwickeln und den Gewinn behalten.

Übersetzung: Christine Blankerts

* * *

Neutralität der Hilfe?

Dr. Johannes Richert, Deutsches Rotes Kreuz

Guten Tag, ich bin Johannes Richert vom Roten Kreuz.

Herr Gebauer, sie haben in Ihrem Beitrag ein paar Statements abgegeben, die sehr stark an die Moral appellieren, Sie haben sich auf das Völkerrecht bezogen und gefordert, dass es weiterentwickelt werden müsse. Sie haben sehr mutig postuliert, man müsste gegebenenfalls auch das klassische humanitäre Völkerrechts, sowie die »Rot-Kreuz-Grundsätze«, weiterentwickeln und fortschreiben. Dabei haben sie das, was für uns als Rotes Kreuz ja das Dogma schlechthin ist, nämlich die Unparteilichkeit und Neutralität, im Sinne einer moralischen Analyse des momentanen Zeit- oder Konfliktgeschehens in Frage gestellt.

Ich möchte davor warnen. Und zwar deswegen, weil wir derzeit feststellen, dass gültige und festgeschriebene Völkerrechtsnormen, die international weit entwickelt sind, zur Zeit in einer unipolaren Welt immer mehr in Frage gestellt werden. Wir hatten uns für die nächst Rot-Kreuz-Konferenz überlegt, eine Fortentwicklung des klassischen humanitären Völkerrechts, also der Genfer Abkommen, anzudenken. Wir haben bewusst davon Abstand genommen, weil wir wissen, dass wir in der derzeitigen Situation niemals mehr so weit kommen würden, wie wir derzeit mit den Vier Genfer Abkommen und Zusatzprotokollen gekommen sind.

Und einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen, den der Neutralität. Ob Neutralität moralisch ist oder nicht, spielt für uns keine Rolle. Neutralität ist für uns in vielen Konfliktplätzen der Welt eine Methode, die Unparteilichkeit und den Zugang zu den Opfern auf allen Konfliktseiten zu sichern. Würden wir diese neutrale Rolle nicht mehr spielen, würde uns der Zugang zu den Opfern in vielen Regionen der Welt verwehrt. Dass wir relativ geringe eigene Opfer und Sicherheitszwischenfälle haben und wir relativ guten Zugang zu Konfliktbetroffenen bekommen, dies liegt eben daran, dass wir – vielleicht unmoralisch – den Mund über Gesehenes halten und neutral und unparteilich sind. Aber: das müssen die anderen Organisationen nicht tun. Es muß ja Alternativen zu uns geben. Nur lassen sie dem Roten Kreuz, vielleicht als einziger Instanz, die in bestimmten Situationen auch zu Kriegsgefangenen auf allen Seiten Zugang hat, dieses Instrument der Neutralität. Diese Neutralität bedeutet für uns die Chance, die Unparteilichkeit und den Zugang zu den Opfern als Mindeststandard zu sichern und zu erhalten.

Thomas Gebauer:

Herr Dr. Richert, lassen Sie mich kurz auf Ihren Beitrag antworten. Ich sehe keinen Gegensatz im Anspruch und dem Ziel unserer Organisationen, Opfern von Krieg und Armut Beistand zu leisten. Vielleicht liegen die Unterschiede tatsächlich nur in der Frage der Strategie.

Und so bin mir nicht sicher, ob wir nicht gerade jetzt, wo das Völkerrecht derart unter Druck steht, umso mehr auf seine Weiterentwicklung drängen sollten, also in die Offensive gehen, statt in der Defensive zu verharren, um zu retten, was zu retten ist. Als Hilfsorganisationen sollten wir unsere Vorstellungen von notwendigen neuen völkerrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen deutlich zum Ausdruck bringen und mit Forderungen versehen.



Dr. Johannes Richert

II. Die Wirklichkeit der Hilfe



David Rieff

Die Krise des Humanitarismus

Selbstüberschätzung, Instrumentalisierung und CNN-Effekt bringen die Idee der Hilfe in die Krise

Aus meiner Sicht besteht eine der vielen Perversitäten des humanitären Hilfesystems darin, dass die Dringlichkeit von Krisen aus einer Verknüpfung von Besorgnis, politischen Interessen und dem, was wir – in Ermangelung eines besseren Begriffes – den CNN-Effekt nennen.

Reden über die humanitäre Katastrophe, ohne wirklich etwas zu wissen

Das Interessanteste an der humanitären Situation im Irak in diesem Moment ist, dass wir gar nichts darüber wissen! Wir haben keine Vorstellung davon, ob es sich um eine der größten humanitären Katastrophen des frühen 21. Jahrhunderts handelt, oder um ein aus humanitärer Sicht eher weniger bedeutsames Ereignis. Wir wissen es einfach nicht! Es gibt eine Hand voll humanitärer Helfer, die sich frei im Irak bewegen können. Trotz dieses Ausmaßes an Bewegungsfreiheit ist in keiner Weise klar, wie sie untereinander kommunizieren und daher auch nicht, wie zuverlässig ihre Bewertungen der dortigen Bedürfnisse und des potentiellen Schadens sind. Somit sind wir zu einem hohen Grad blind.

Natürlich ist dies nicht das erste mal, dass so etwas vorkommt. Der Kosovo war ein perfektes Beispiel dafür. Ich habe den Kosovo-Krieg als Journalist miterlebt. Ich saß während des Großteils der Zeit an der kosovo-albanischen Grenze. Während der Bombardements im Kosovo war es bezeichnend, dass wir nicht wussten, was wirklich im Kosovo passierte. Wir wussten, was in den Flüchtlings-Camps passierte; wir wussten einiges über die Massendepportationen; wir wussten auch manches über den Verlauf des Krieges, obwohl sowohl die NATO, als auch die Serben darüber Lügen verbreiteten. Aber wir wussten nicht, wie groß die humanitäre Not war.

Dagegen wissen wir sehr genau, dass in Angola eine Hungersnot grassiert. Wir wissen Bescheid über die Aids-Epidemie nicht nur in Afrika, sondern, wenn ich sie daran erinnern darf, auch in der Karibik, meinem Heimatland, und jetzt auch in Ost-Europa, in der früheren Sowjetunion, was wiederum sehr in der Nähe dieses Landes ist. Darüber wissen wir Bescheid. Wenn wir denn objektiv und nicht sentimental über die Dinge, mit denen wir hier konfrontiert sind, nachdenken wollen, sollten wir als Erstes damit anfangen, bescheiden bezüglich dem zu sein, was wir wissen und versuchen, die Dinge voneinander zu trennen.

Man kann ausgiebig über das Richtig oder Falsch im Hinblick auf den Irak-Krieg sprechen. Und als Amerikaner bin ich sehr wohl bereit, hitzige Diskussionen bezüglich dieses Punktes über mich ergehen zu lassen. Ich denke allerdings nicht, dass es nur der Amerikaner in mir ist, der mich dazu bringt zu sagen, dass man in Betracht ziehen möge, dass der Krieg im Irak eines der schlimmsten politischen Ereignisse der jüngsten Geschichte ist, aber dass keineswegs geklärt ist, dass er auch eines der schlimmsten humanitären Ereignisse ist. Die irakische Regierung redet von 500 Toten. Das kommt nicht annähernd an die Schreckens- und Gräuelpstandards der heutigen Welt heran. Entschuldigen Sie, dass ich eine derart böartige Rechnung zur Veranschaulichung heranziehe. Aber ich denke sie ist wichtig, da unsere Ressourcen limitiert sind.

Kein humanitäres Handeln ohne entsprechende Finanzierung

Ein anderer Punkt, den ich für wichtig halte: Wir müssen über Geld sprechen. Geld ist untrennbar mit der Verfolgung humanitärer Ziele verbundent. Humanitäre Organisationen ohne Geld sind lediglich Menschen, die Pressemitteilungen heraus geben. Es gibt kein humanitäres Handeln ohne entsprechende Finanzierung. Es mag politischen Symbolismus geben, politische Aktivitäten, aber keine Nothilfe.

Ohne ausreichende Finanzierung kann keine Cholera-Epidemie bekämpft und keine Lebensmittelversorgung gewährleistet werden, gar nicht zu reden von systematischen Hilfsprogrammen in Konfliktgebieten. Und dennoch hört es manchmal so an, als wäre Geld entweder kein Problem, oder noch nicht einmal Diskussionspunkt, wo es doch in Wirklichkeit Hauptpunkt ist!

Lassen Sie uns über den Irak sprechen: Die Britische Regierung hat einen der größten Fonds für unvorhergesehene Ausgaben innerhalb ihres Entwicklungshilfshaushalts, der ungefähr 100 Mio. Britische Pfund (ca. 150 Mio. Euro) umfasst. Die Regierung hat nun 70 Mio. davon dem Irak zugesprochen. Das heißt, dass 30 Mio. Pfund übrig bleiben für alle anderen humanitären Notfälle überall in der Welt – wenn das Britische Parlament sich nicht dazu entschließt entsprechende Zusatzgelder für internationale Entwicklung zur Verfügung zu stellen. Dies erscheint allerdings angesichts der derzeitigen britischen Politik eher unwahrscheinlich und wird, wenn überhaupt, frühestens in einigen Monaten zu erwarten sein.

Demnach werden durch die Irak-Krise, die, wie schon erwähnt, nicht die schlimmste derzeitige humanitäre Krise ist, anderen Projekten humanitäre Finanzierungsquellen entzogen; sie zerrinnen ihnen zwischen den Fingern.

Es könnte natürlich sein, dass die humanitäre Krise im Irak so ernst werden wird, wie viele behaupten, dass sie heute schon wäre. Es ist mit Sicherheit richtig, und es ist die Aufgabe von humanitären Hilfsorganisationen, Alarm zu schlagen. Ich kritisiere diese Organisationen auch nicht dafür, anzukündigen, dass viele Menschen sterben werden, ohne dass diese Menschen dann wirklich sterben. Es ist sehr viel besser, Alarm zu schlagen und dann positiv überrascht zu sein von der Tatsache, dass die eigenen Voraussagen nicht

eingetroffen sind, als von vornherein still zu sein. Die Verzerrungen in der internationalen Zusammenarbeit, die der Irak bringen wird, sind enorm und inakzeptabel.

Als die Kosovo-Krise ausbrach, nahm das Welternährungsprogramm einen Mitarbeiter aus jedem seiner Programme in Afrika heraus und kommandierte ihn in den Kosovo ab. Das heißt, jedes einzelne Programm in Afrika verlor eine Person!

Angesichts der Hungersnöte in Afrika – und ich möchte daran erinnern, dass es keine Hungersnot im Kosovo gab – war dies ein katastrophaler Schlag ins Gesicht der afrikanischen Programme!

Entwicklungshilfe die nichts bringt, Nothilfe die sich selbst überhört

Ich will Afrika keine Sonderbehandlung angedeihen lassen, es gibt andere Regionen, die man ebenfalls nicht vergessen sollte, wenn es um Nothilfe geht. Aber wenn ich über Hilfe rede, rede ich über Nothilfe bei Kriegen und Naturkatastrophen. Ich rede nicht von Entwicklungshilfe. Ich bewundere die Arbeit, die Nothelfer leisten im höchsten Grade. Auf der anderen Seite bin ich skeptisch gegenüber dem, was Entwicklungshilfe angerichtet hat: meiner Meinung nach weniger als nichts.

Zunächst einmal halte ich die Vermischung von Entwicklungshilfe und Nothilfe für einen gewaltigen Fehler. Ich denke, dass man den moralischen Risiken von Entwicklung im besten Falle äußerst skeptisch gegenüberstehen sollte, und dass es nur recht und billig ist, wenn man mehr als kritisch ist. Dennoch halte ich humanitäre Hilfe trotz all ihrer



David Rieff

Schwächen, Paradoxa und Dilemmata unverändert für eine gute Sache. Das mag sich seltsam anhören, wenn es von jemandem kommt, der dafür bekannt ist, heftiger Kritiker von Hilfe zu sein.

Aber aus meiner Sicht der Dinge ist Nothilfe eine der wenigen Tätigkeiten in dieser Welt, auf die man eindeutig stolz sein kann. Das heißt allerdings nicht, dass sie nicht kritisiert und skeptisch betrachtet werden sollte, und dass ihre eigenen Phantasien über sich selbst nicht in Frage gestellt werden sollten. Ich will sogar noch weiter gehen: Ihre eigene Selbstüberhebung. Hier will ich einen anderen Punkt ansprechen: die Frage der Kompetenz. Der erste Satz in den Konferenz-Unterlagen lautet: »Hilfe kann niemals ein Verbündeter des Krieges und der Gewalt sein. Sich untereinander beizustehen setzt Einfühlungsvermögen voraus und dient der Überwindung von Not und Unmündigkeit.« Ich bin der Ansicht, dass fast jedes Wort in diesem Satz falsch ist. Lassen sie mich ganz offen sein: Warum kann Hilfe niemals ein Verbündeter von Krieg und Gewalt sein? Dies gilt wiederum bezogen auf die Praxis. Idealistisch betrachtet ist es überhaupt kein Problem zu sagen: »Wir Helfer, oder wir, die wir Geld spenden um der Welt zu helfen, wir wollen den Krieg und die Gewalt beenden. Wir sehen humanitäre Hilfe als Teil eines größeren Friedensprozesses an, ein höheres Streben nach Gerechtigkeit.«

Das mag seine Richtigkeit haben. Aber darf ich anmerken, dass das für uns gilt, nicht für die Menschen, die die Hilfe bekommen. Hier geht es darum, was eine Person in Oxford oder Frankfurt oder Lyon oder Madrid dazu bringt, Geld an eine Hilfsorganisation zu spenden. Es sagt nichts darüber aus, was Hilfe eigentlich tut.

Es gibt kein Monopol darauf, der richtige Helfer zu sein

Womit wir wiederum bei der Kompetenz wären: Wenn man von einem Helfer Lebensmittel bekommt, sind es nicht die Motive dieser Person, die zählen, sondern Quantität und Qualität. Dennoch ging es in der gestrigen Diskussion ausschließlich um Absichten, nicht um Kompetenzen.

Ein Freund von mir, Rony Brauman, einer der Hauptverantwortlichen von »Ärzte ohne Grenzen« in Frankreich, hat immer gesagt: »Nothilfe-Organisationen haben kein Monopol auf die Gewährleistung von Hilfe.« Geholfen wurde schon, lange bevor Hilfsorganisationen überhaupt existierten und es wird vielleicht geholfen werden, lange nachdem Hilfsorganisationen sich so verändert haben, dass sie in ihrer heutigen Form für uns nicht mehr erkennbar sind.

Eine Armee kann Lebensmittel verteilen. Armeen haben das schon immer getan. Auf nationaler Ebene kennen Sie das sehr gut. Würden Sie sagen, es ist außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Deutschen Armee, bei der Bewältigung von Flutkatastrophen zu helfen? Nein, natürlich nicht. Sie würden nicht sagen: »Die Flutkatastrophe darf nicht durch die Bundeswehr bekämpft werden, sondern nur durch die GTZ«, denn Sie denken nicht auf solch einem abstrakten moralischen Level, sondern daran, wie etwas gegen die Fluten getan werden kann. Sie sagen nicht: »Die GTZ, oder das Deutsche Rote Kreuz,

haben ein moralisches Monopol auf die Bekämpfung von Flutkatastrophen. Die Bundeswehr könnte dies nie tun, da sie als militärische Institution per Definition ein Verbündeter von Krieg und Gewalt ist. Aber genau das ist es, was Armeen in ihrer Essenz sind, egal wie anders die Phantasien von Europäern aussehen mögen (der Amerikaner zeigt seinen Stachel).

Politisch unabhängige Hilfe: nur eine von verschiedenen Optionen

Tatsache ist, dass Hilfe in jeglicher Form existiert. Das ist die historische Wahrheit. Beispielsweise gab es Hilfe historisch gesehen in Form von Christlicher Missionstätigkeit, eine Form die auch heute noch alles andere als tot ist. Im Falle der amerikanischen und weltweiten Organisation »World Vision«, die Sie vielleicht kennen, da sie in vielen Fällen sehr effektiv Hilfe geleistet hat, wächst diese Form sogar. So arbeitet beispielsweise der frühere Geschäftsführer von »World Vision« heute in der Amerikanischen Organisation für Internationale Entwicklung, die nach ECHO die größte Hilfsorganisation ist.

Eine andere Form ist das Rote Kreuz. Niemand, der bei Verstand ist, würde sagen, dass das Rote Kreuz ein Verbündeter von Krieg und Gewalt ist. Auf der anderen Seite sagt jeder Mitarbeiter des Roten Kreuzes, mit dem ich jemals zusammen gearbeitet habe: »Wir arbeiten im Kontext von Krieg.« Das Rote Kreuz nimmt somit die Existenz und die Beständigkeit von Kriegen als gegeben an. Ein hoher Offizieller des Roten Kreuzes sagte einmal in Ruanda: »Unser Ziel ist es, ein gewisses Maß an Menschlichkeit, welches immer unzureichend sein wird, in Situationen zu bringen, die nicht existieren sollten.« Dies ist eine andere Sichtweise von Hilfe. Und auf vielerlei Arten ist das IRK die geschlossenste aller Hilfsbewegungen.

Die Geschichte der Hilfsorganisationen in meinem eigenen Land ist traditionell sehr eng mit der Regierung verknüpft. Amerikanische Hilfsorganisationen existieren seit der Zeit der Russischen Revolution, während der die Vereinigten Staaten in Sibirien 1919 und 1920 umfangreiche und komplizierte Versuche unternahmen, Hilfe zu leisten. Zur selben Zeit griffen sie militärisch ein.

Es stimmt, dass es eine europäische Tradition gibt, die vielleicht auf »Ärzte ohne Grenzen« zur Zeit des Biafra-Krieges und danach zurückgeht, die dem Begriff der unabhängigen, autonomen Hilfe entspricht. Diese Art von Hilfe stimmt auch eher mit den erwähnten ersten Sätzen der Konferenz-Unterlagen überein, die besagen, dass Hilfe niemals ein Verbündeter von Krieg und Gewalt sein kann. Wenn Sie so wollen, ist Hilfe als soziale Bewegung anzusehen, ebenso wie als Lieferant von Gütern und Dienstleistungen – eine lindernde Maschinerie.

Diese Tradition ist *eine* der Traditionen der Hilfe. Aber sie ist keineswegs die einzige Tradition, offen gesagt noch nicht einmal die dominante. Tatsache ist, dass das Verhältnis zwischen Regierungen und Hilfsorganisationen sehr eng und sehr intensiv ist, und das nicht nur in den Vereinigten Staaten.

Die Hilfe, die Unschuld, die Politik und der Krieg

Es mag sein, dass Sie Ihre Regierung mögen, es mag sein, dass Sie denken »George Bush, fuck you!«, wie es in der Hälfte aller Fenster geschrieben geht, an denen ich in Berlin, wo ich zurzeit lebe, vorbeigehe. Und Sie mögen denken, dass Gerhard Schröder mit seiner »Anti-Balance-Politik« ein toller Hecht sei. Sie sind natürlich berechtigt, die Dinge so zu sehen. Aber lassen Sie die Tatsache, dass Sie ihre Regierung mögen und meine nicht, keine Verwirrung darüber stiften, in welchem Ausmaß Hilfsorganisationen und Regierungen intensiv zusammenarbeiten und vernetzt sind. Genauso wenig sollten Sie glauben, dass die Militarisierung von Hilfe einfach nur ein amerikanisches Phänomen sei.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Aufgabe der »European Rapid Response Force«, die 2003 gegründet wurde, ist, Frieden durchzusetzen und humanitäre Hilfe zu gewährleisten. Das heißt, Ihr jüngster Versuch, eine kollektive militärische Sicherheit herzustellen, verbindet explizit militärisches Handeln mit humanitärer Hilfe. Dies führt uns wiederum zu der Idee, dass Hilfe irgendwo da draußen auf ihrem hohen moralischen Ross sitzt, während der böse Donald Rumsfeld den Irak unterjocht. Es tut mir leid, aber das ist eine eher phantastische Sichtweise der Realität!

Lassen Sie es mich erneut versuchen, um es noch komplizierter zu machen: Was ist die Kernkompetenz von humanitärer Hilfe? Was wissen humanitäre Helfer? Ist ein humanitärer Helfer die Person, zu der Sie gehen würden, um eine Analyse der derzeitigen politischen Lage zu bekommen? Sollten Mitarbeiter von Oxfam, MSF oder sogar von medico die Leute sein, an die man sich wendet, um zu Einsichten bezüglich der richtigen Ergebnisse von Konflikten zu gelangen?

Kriege sind immer humanitäre Katastrophen – noch kein Grund, gegen sie zu sein

Es wird gesagt, der Irak-Krieg müsse aus humanitären Gründen gestoppt werden. Das sagt mir gar nichts! Vielleicht ist dieser Krieg ungerecht. Nichtsdestotrotz, lassen Sie uns einen Moment darüber nachdenken: Nehmen wir an, der Irak-Krieg ist eine barbarische, kolonialistische Ungerechtigkeit. Ist dies der Grund, warum der humanitäre Maßstab angelegt werden sollte? Was ist mit einem gerechten Krieg? Denken Sie, dass der Krieg in Ruanda hätte gestoppt werden sollen? Denken Sie beispielsweise, dass wir hätten eingreifen und der Sache ein Ende bereiten sollen, anstatt es der Tutsi-Armee zu erlauben, Kigali zurück zu erobern? Denken Sie, dass der Zweite Weltkrieg aus humanitären Gründen hätte gestoppt werden sollen?

Ich will darauf hinaus, dass es in der Natur jeder humanitären Position liegt, alle Kriege beenden zu wollen. Das sagt nichts über deren Gerechtigkeit aus. Das Einzige, was es mitteilt, ist, dass Krieg immer das Abschlachten von Unschuldigen beinhaltet, immer beinhaltet hat und immer beinhalten wird. Genau darum geht es im Krieg. Natürlich geht es auch noch um andere Dinge, es sei denn man ist Pazifist. Ist man jedoch kein

Pazifist, kann Krieg genauso gut, gerecht, notwendig sein und viele Dinge mehr, aber es geht in jedem Fall um das Abschlichten von Unschuldigen. Wenn man nun von einem humanitären Standpunkt aus arbeitet, sollten alle Kriege aus humanitären Gründen beendet werden.

Die Gründe, gegen den Krieg im Irak zu sein, sind mit Sicherheit politischer und moralischer Art. Denn sich ihm aus humanitären Gründen zu widersetzen heißt, wiederum unter der Voraussetzung, dass man kein Pazifist ist, nichts anderes als zu sagen, dass er furchtbare humanitäre Konsequenzen haben wird. Somit sollte die Frage, ob der humanitäre Standpunkt Priorität genießt, ausschließlich von der Gerechtigkeit des Krieges abhängen. An dieser Idee ist nichts Neues.

Stellen Sie sich hin und sagen Sie: »Die Amerikaner wollen den Mittleren Osten rekolonialisieren.« Sagen Sie »Kein Blut für Öl«, aber sagen Sie nicht, dass Sie dies auf Grund des humanitären Imperativs tun. Denn auf dieser Grundlage müssen Sie gegen alle Kriege sein.

Helfer sind kompetent für Hilfe, nicht für Politik

Das bringt mich zurück zur Frage der Kompetenz – Kernkompetenz. Es ist richtig für Humanitaristen, von der humanitären Perspektive aus zu reden. Man würde nicht wollen, dass medico oder MSF oder Oxfam sagen: »Unsere Perspektive ist so und so, aber wenn wir die Sache aus der Perspektive von beispielsweise Minister Fischer betrachten, haben wir einen anderen Standpunkt.« Das wäre albern. Natürlich müssen Humanitaristen für die humanitäre Sache streiten! Das ist richtig und angemessen. Nicht richtig und angemessen ist es, die Prämisse zu akzeptieren, dass Humanitaristen notwendigerweise die einzige und somit beste Quelle für Wissen über Politik oder Krieg sind, genau so wenig wie man annehmen sollte, dass Journalisten dies sind. Wir arbeiten im selben Feld. Sind wir die beste Quelle? Ich bezweifle es.

Hiermit sind wir wieder einmal bei der Frage, wie Menschen in der Dritten Welt humanitäre Helfer häufig sehen. Ich denke aber, dass es eine Vielzahl von humanitären Helfern gibt, die nicht in dieses Bild des bürgerlichen, die Dritte Welt ausbeutenden Europas und Nordamerikas passen.

Also, warum sollte ich die Perspektive eines amerikanischen Ingenieurs übernehmen, der vor drei Wochen in Burundi ankam? Nirgendwo steht geschrieben, dass Oxfam die Quelle aller Geldmittel und somit von Wissen über diese Krise ist, in der sie, wie ich sie erinnern will, Dienstleistungen erbringen. Sie helfen, sie lindern, das ist genau das, was Hilfe tut. Hilfe ist eine wunderbare Sache. Sie ist eine außergewöhnliche Sache.

Meine Ansicht ist, dass wir als menschliche Wesen, trotz all unseres Geredes über das Globale Dorf, der Medien, des Internets und all der anderen Sachen, nicht sehr gut darin sind, mit Menschen zu sympathisieren, die wir nicht kennen. Ich denke, dass ist ziemlich schwierig. Der Erfolg der humanitären Bewegung hängt genau davon ab, in welchem Ausmaß sie in der Lage ist, Menschen dazu zu bewegen, genau das zu tun, nämlich mit

anderen Menschen zu sympathisieren, hinaus zu gehen und zu versuchen, etwas zu tun, wie unzureichend dieser Versuch auch sein mag. Das ist bemerkenswert, um es mit den berühmten Worten zu sagen, die Walter Benjamin in seinem »Dokument der Zivilisation« verwendet. Aber, um Benjamins Maxime vollständig zu zitieren, muss hinzugefügt werden, dass er außerdem sagt, dass jedes Dokument der Zivilisation gleichzeitig ein Dokument der Barbarei ist.

Und es ist exakt dieses Dilemma, über das wir nachdenken müssen. Es ist die Frage, ob eine helfende Idee, wie selbstlos sie auch immer sein mag, zum moralischen Zentrum des Denkens über die Welt werden kann. Und ob humanitäre Helfer, wie ich finde, außerordentlich überhebliche Thesen aufstellen sollten, wie die, dass Hilfe niemals ein Verbündeter von Krieg und Gewalt sein kann, wo doch jede historische Anekdote die wir kennen nahe legt, dass sie genau das war, ist und weiterhin sein wird?

Unabhängigkeit ist finanzielle Unabhängigkeit

Besteht die Möglichkeit zu unabhängiger Hilfeleistung? Auf jeden Fall!

Ich denke, es gibt Gruppen, die wirklich eine unabhängige Sichtweise von humanitärer Hilfe vertreten. Eine Sichtweise, die diejenigen Ideale verkörpern könnte, die in Thomas Gebauers Rede enthalten sind. Ich denke im Besonderen an die MSF-Bewegung, die, wie ich denke, von allen humanitären Gruppierungen einer Veranschaulichung dieser Sicht am nächsten kommt. Allerdings war und ist diese Bewegung sehr erfolgreich in der Akquise finanzieller Mittel. Sie hat private Quellen, was sie unabhängiger von der Regierung macht. Es ist keinesfalls sicher, dass diese Art von Fundraising von jeder Gruppe durchgeführt werden kann. Es könnte sehr gut sein, dass einige wenige Gruppen darin erfolgreich sein werden und andere nicht. In jedem Fall sind MSF zumindest für den Moment Teil des humanitären Systems, das jegliche Art von anderen Gruppierungen umfasst, die nicht denselben Weg gewählt haben.

Eine unabhängige Welt der Hilfe existiert somit, aber es ist nicht sicher, dass sie auch dominiert. Und es ist mit Sicherheit noch viel weniger geklärt, dass man diese Art der moralischen Position aufbessern kann, indem man sie durch die UN bringt.

Die Legitimität und Unabhängigkeit der UN

Ich bin sehr erstaunt über das Ausmaß der derzeitigen Debatten, ob die Vereinigten Staaten unilateral gegen den Irak vorgehen werden oder ob die UN dies tun wird. Die UN, das heißt der UN-Sicherheitsrat, die fünf Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die aus Gründen, die niemand erklären kann, Kontrolle über die politischen Aktionen der Welt zugesprochen bekommen haben – legitimierende Kontrolle.

Ich stimme mit Vielen nicht überein, was die Irakische Regierung sagt. Aber ich fand die Äußerung des irakischen Botschafters gegenüber der UN bezüglich der Irak-Krise vollkommen korrekt, als er sagte: »Warum sprechen wir über Humanitarismus, wenn wir

über die Gerechtigkeit von Krieg reden sollten?« Eine in der Tat unangreifbare Position. Ich glaube, er hat den Nagel genau auf den Kopf getroffen.

Und ich denke in der Tat, dass die Menschen in Europa falsch informiert sind. Sie werden abgelenkt von der Debatte über die UN, wo doch die wirkliche Debatte anderswo stattfinden sollte. Die derzeitige Debatte über die UN ist von Grund auf humanitärer Art. Sie bringt in Art und Weise grundlegend zum Ausdruck: »Wir werden nicht über Politik reden, wir reden über humanitäre Hilfe und wir werden über unsere guten Absichten reden.«

Ich weiß, dass dies eine post-christliche Konferenz ist, aber als Bürger eines christlichen Landes lassen Sie mich mit der folgenden Bemerkung schließen: »Die Straße zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.«

* * *

Die Überwindung der Bedürftigkeit

Hilfe zwischen technischem Pragmatismus und politischem Handeln

Ich möchte die Frage stellen: Was macht sinnvolle Hilfe aus?, oder anders gefragt: Wie können mittel- und langfristige Perspektiven mit der akuten Nothilfe verbunden werden? Um sinnvoll wirken zu können, muss man sich des Kontextes, in dem Menschen hilfsbedürftig werden, der Ursachen ihrer Not und ihrer eigenen Potentiale, die Notsituation zu überwinden, bewusst sein. Darüber hinaus braucht es sowohl auf seiten der Hilfsbedürftigen, wie auch derer Unterstützer gesellschaftspolitische Visionen, welche, auf der Grundlage einer gründlichen Analyse der Ursachen von Not, Unterdrückung, gewaltsamem Konfliktaustrag und Krisenanfälligkeit, auf deren Überwindung abzielen. Weder ihre Formulierung noch ihre Umsetzung sind durch externe »Helfer« möglich. Sie können in sinnvoller und nachhaltiger Weise nur durch die Betroffenen selbst erfolgen, deren Selbsthilfe- und Selbstorganisationspotential jedoch in Krisensituationen eingeschränkt sein können. Hier kann Unterstützung von außen einen sinnvollen Beitrag zur Wiedererlangung individueller und kollektiver Handlungsfähigkeit leisten. Indem sie nicht nur während einer akuten Notlage hilft, Grundbedürfnisse zu decken, sondern vorhandene lokale Kapazitäten und Potentiale zur Selbstorganisation stärkt. Nur so kann sich Hilfe schnellstmöglich überflüssig machen, indem sie darauf zielt, die Abhängigkeit von ihrer Fortsetzung so bald und so weit wie möglich zu reduzieren.

Sinnvolle Hilfe strebt die Überwindung von Hilfsbedürftigkeit an

Hierbei ist es zunächst unerheblich, um welche Art der Hilfe es geht. Ulrike von Pilar von Ärzten ohne Grenzen hat zuvor humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe, Menschenrechtsarbeit, Demokratisierungskonzepte und Friedensarbeit differenziert. Es ist unstrittig, dass es sich bei der humanitären Hilfe um ein völkerrechtliches Konzept handelt, durch welches in kriegerischen Konflikten der Zugang zu den Opfern dieser Konflikte gesichert werden soll. Ihr vorrangiges Ziel ist die Reduzierung vermeidbaren Leidens und die Überlebenssicherung für möglichst viele Betroffene. Ihr Dilemma ist, dass sie an den Ursachen für Not und an den Rahmenbedingungen, unter denen sie Notleidenden zur Hilfe kommt, nichts ändern kann und will. Diese Selbstbeschränkung des Mandats humanitärer Organisationen entspringt u.a. ihrem Anspruch, sich neutral zu verhalten.

Die anderen genannten Konzepte hingegen verfolgen weitaus komplexere Ziele, welche nur in langfristigen und nicht selten widersprüchlichen Prozessen angegangen werden können. Akute Not, Unterentwicklung, Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und Krieg können jedoch nicht unabhängig voneinander betrachtet werden und sollten darum auch nicht vom Diskurs über humanitäre Hilfe ausgeblendet werden, denn ohne ihre dauerhafte Überwindung reproduzieren sie Hilfsbedürftigkeit immer wieder aufs Neue.

Auch an die humanitäre Hilfe muss die Frage nach der Art und Weise ihrer Umsetzung und ihren Ergebnissen, wie auch ihren – unter Umständen nicht intendierten – negativen Folgen, gestellt werden dürfen. Die Tatsache, dass kurzfristig Leid reduziert und für den Moment Leben gerettet werden – unbestritten ein unschätzbare Wert an sich –, darf nicht vergessen machen, unter welchen Rahmenbedingungen humanitäre Hilfe geleistet wird, welche ungerechten Verhältnisse oder repressiven Regime sie möglicherweise stabilisiert und zu deren Zementierung sie unter Umständen beiträgt, sowie, inwiefern ihre Einbettung in politische und/oder militärische, aber auch in ökonomische Strategien die von vielen Hilfsorganisationen postulierte Unabhängigkeit in Frage stellen.

Lokale Kapazitäten und internationale Konjunkturen

Baut Nothilfe vorwiegend auf externe Ressourcen, findet sie nur so lange statt, wie die Helfer an der Seite der Betroffenen bleiben und ihnen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Reduziert sich die Medienaufmerksamkeit und damit das politische Interesse sowie die Möglichkeiten, öffentliche und private Unterstützung zu mobilisieren, zieht die »humanitäre Karawane« weiter zur nächsten Katastrophe, fallen die Menschen oft in die gleiche Situation zurück, die vor dem Eintreffen der Hilfsorganisationen bestand. Möglicherweise verschlechtert sich ihre Lebenssituation sogar gegenüber der vorherigen, weil die Reste an bestehenden lokalen Strukturen und sozialer Selbstorganisation durch massiven externen Mitteleinsatz zerstört wurden. Unsere Partner im Nordirak fürchten diese Entwicklung nun erneut, nachdem sie bereits den »Einfall« der internationalen Hilfsorganisationen nach dem zweiten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre erlebt haben.

Auch unsere Partnerorganisation in Angola hat derzeit mit dem Problem zu kämpfen, dass ihr qualifiziertes Personal von internationalen Organisationen abgeworben wird: Angola hat aktuell (noch) Konjunktur bei den öffentlichen Geldgebern – die Frage ist nur, wie lange!

Die humanitäre Karawane zieht weiter

Derzeit steht jedoch insbesondere der Irak im Zentrum der Aufmerksamkeit. An diesem Beispiel lässt sich besonders gut nachvollziehen, wie Politik, Medien und Hilfsorganisationen zusammenwirken, wenn es um das humanitäre »agenda setting« geht. Wie David Rieff eben festgestellt hat, ist derzeit weder das aktuelle noch das bevorstehende Ausmaß der Not absehbar, welche der Krieg der Alliierten im Irak, dem bereits durch das Baath-

Regime und das Handelsembargo erzeugten Leid und Mangel der irakischen Bevölkerung hinzufügen wird. Bereits jetzt verschiebt sich jedoch die Mittelallokation öffentlicher Geber wie auch von Hilfsorganisationen eindeutig und zum Teil erheblich zugunsten des Irak. Dies geschieht ohne konkrete Bedarfsermittlungen, ohne klare und allseits akzeptierte Absprachen über Rollen und Mandate von alliierten Streitkräften, UN und Hilfsorganisationen, ohne Berücksichtigung der Milliarden US-Dollar aus dem Oil for Food Program, die auf Konten der UN lagern und ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich beim Irak im Prinzip um ein reiches Land handelt – im Verhältnis zu anderen Regionen, denen eben diese nun anderweitig verplanten Mittel ersatzlos abhanden kommen. Dies betrifft nicht nur die humanitäre Hilfe, sondern geschieht insbesondere auch auf Kosten der mittel- und langfristigen Entwicklungszusammenarbeit. So hat USAID bereits jetzt einen Großteil seiner Mittel zum Teil bereits laufender und mehrjähriger Projekte in anderen Regionen für den Irak umgewidmet, ohne dass klar wäre, wie diese weitergeführt werden sollen. Auch die Bundesregierung hat sich beeilt, Mittel für die humanitäre Hilfe bereit zu stellen, ohne dass die bereits angeführten Fragen auch nur annähernd geklärt gewesen wären. Hilfsorganisationen haben in einer solchen Situation die Verantwortung, die von Medien, Militärs und Politik vorgegebenen Prioritätensetzungen zu hinterfragen und an den von ihnen vor Ort verfolgten Realitäten zu messen.

Vermeintliche und echte Dilemmata von Hilfe

Ein Beispiel für die enge Verquickung langfristiger ökonomischer und strategischer Interessen stellt der Umgang der USA mit der aktuellen Hungersnot im südlichen Afrika dar. Auch wenn die Rettung keines einzigen Menschenlebens aufgewogen werden kann gegenüber grundsätzlichen Fragen zu den Bedingungen und Folgen von Hilfeleistung, so zeigt gerade die aktuelle Diskussion mit den USA um den Import von genmanipuliertem Getreide zur Bekämpfung der Hungersnot im südlichen Afrika und die Weigerung einiger afrikanischer Staaten, diese »großzügigen« Spenden entgegenzunehmen, dass es geboten ist, bestimmte Formen von »Hilfe« in Frage zu stellen, ja abzulehnen: Dann nämlich, wenn sie neue Abhängigkeiten erzeugt, welche künftige Hungersnöte vorprogrammieren und gleichzeitig die strukturellen Gründe der aktuellen Hungersnot, korrupte Regime und Eliten stärkt, anstatt auf alternative nachhaltige Lösungen zu setzen. Das scheinbare Dilemma hier besteht in der Frage, wer für die Hungernden entscheidet, ob ihre Versorgung für ein paar Tage, Wochen, vielleicht sogar Monate gesichert ist, wenn dann die versprochenen Hilfslieferungen in den nächsten Monaten in der Region eintrüben: die US-Regierung, welche derzeit diejenigen, die solche Lieferungen mit dem Argument der fehlenden Nachhaltigkeit einer solchen »Hilfe« ablehnen, der Ignoranz gegenüber dem Leid bezichtigt und die Verantwortung für das Verhungern von Menschen aufgrund ihrer ablehnenden Haltung zuschiebt? Die Regierung Zimbabwes, welche maßgeblich durch ihre verfehlte Agrar- und Strukturpolitik zu der Krise beigetragen hat? Ausländische Hilfsorganisationen, die vorgeblich immer wissen, was das Beste für die Objekte ihrer

Hilfsanstrengungen ist? Oder die Betroffenen selbst, die oftmals das Ausmaß von neu erzeugten Abhängigkeiten nicht absehen können, denen ihre Not aber vielfach nicht die Entscheidungsfreiheit läßt? Hier haben Hilfsorganisationen, regionale wie internationale, eine besondere Verantwortung, zum einen auf die strukturelle Ursache der Krise hinzuweisen und auf ihre Bearbeitung zu drängen, zum anderen Verantwortlichkeiten zu benennen und Alternativen aufzuzeigen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Dilemma von Hilfe unter Okkupationsbedingungen. Während die Besatzungsmächte nach dem humanitären Völkerrecht verpflichtet sind, für die Menschen unter ihrer Besatzung zu sorgen, quälen sich die Hilfsorganisationen mit der Frage herum, ob ihre Hilfe nicht das Besatzungsregime gleichzeitig von dieser Verpflichtung entlastet und dadurch gegenüber der unter der Besatzung lebenden Bevölkerung stärkt. Darum wissend, dass die Besatzungsmacht ihrer Verantwortung nicht nachkommen will oder kann, scheint es problematisch, über einen Streik der Hilfsorganisationen nachzudenken, wie dies aktuell unter den in den Palästinensischen Autonomiegebieten arbeitenden Hilfsorganisationen diskutiert wird. Aber: Was ist die Alternative? Wer entscheidet? Kann humanitäres Mandat, Politik und Moral schön sauberlich voneinander getrennt werden?



David Rieff, Sabine Eckart, Christiane Grefe, Ulrike von Pilar und Martin Salm

Viele Fragen – die Antwort kann nur eine politische sein: Nur ein Ende der Besetzung kann den Menschen eine tragfähige Perspektive eröffnen.

Die gezielte Lenkung von Fluchtbewegungen durch die Konzentration von humanitärer Hilfe an bestimmten Orten im Rahmen von geostrategischen und militärischen Strategien, wie nach dem Zweiten Golfkrieg im Nordirak, im Kosovokrieg oder aktuell in Afghanistan, stellt ein weiteres Beispiel der Gefahr ihrer Instrumentalisierung dar, welche Hilfsorganisationen die Verantwortung auferlegt, ihre eigene Rolle in einem politischen Gesamtszenario zu reflektieren.

Die Gefahr der Instrumentalisierung auch der Hilfsorganisationen ist um so größer, je mehr diese unter Ausblendung politischer Analysen und gesellschaftspolitischer Szenarien den medial vermittelten Konjunkturen und der auf diese reagierenden staatlichen und multilateralen Politik wie auch privaten SpenderInnen folgend von Krisenherd zu Krisenherd ziehen und je weniger diese mit dem sozialen und politischen Gefüge der jeweiligen Gesellschaft vertraut sind, in die sie hinein wirken. Gerade deshalb müssen kritische Hilfsorganisationen ihre real vorhandenen finanziellen Abhängigkeiten gegenüber öffentlichen Geldgebern und privaten SpenderInnen und der Medienaufmerksamkeit selbstkritisch reflektieren. Hierzu gehört auch die Aufgabe, die Öffentlichkeit über die politischen Hintergründe von Krisen zu informieren, Perspektiven aufzuzeigen und die Dilemmata von Hilfe transparent zu machen.

Das heißt z.B., nicht stillschweigend Landminen zu räumen und deren Opfer zu versorgen. Vielmehr müssen die Verursacher des Problems, die Produzenten und andere Profiteure, öffentlich benannt werden und gemeinsam mit anderen für die Abschaffung dieser Waffen gearbeitet werden. Die Internationale Landminenkampagne, in der sich Organisationen aus allen Teilen der Welt – auch Betroffene – zusammengeschlossen haben, hat dies eindrücklich vorgeführt.

Emanzipatorische Hilfe

Die Unterwerfung unter einen technischen Pragmatismus, welcher Schnelligkeit, Effizienz, das Erzielen extern vorgegebener Indikatoren und technischer Standards zum einzigen Maßstab gelungener Hilfe macht, ignoriert die soziale und politische Dimension von Not, macht sogenannte Hilfsempfänger (oder »Begünstigte«, wie sie im Fachjargon gerne genannt werden) zu Objekten einer Hilfe, die sie immer weiter von der Möglichkeit entfernt, selbsttätig an der Beseitigung der Ursachen ihrer Not mitzuwirken.

Daher unterstützt medico international soweit und wo immer möglich lokale Organisationen, welche im Verbund mit internationalen Partnern und in Netzwerken auf einen nachhaltigen Wandel hinarbeiten. Diese Art der Unterstützung zeitigt nicht unbedingt immer schnelle und messbare Ergebnisse, impliziert manchmal widersprüchliche Prozesse, gelegentlich auch Rückschläge oder Scheitern. Letztendlich ist aber der auch schon von Martin Salm (Caritas International) zitierte lange Atem notwendig, um reale Perspektiven und nachhaltige Lösungen zu erstreiten und fort zu schreiben.

Hilfe kann einen Unterschied machen – im positiven, wie im negativen Sinne – und je nachdem, wie sie organisiert ist, kann sie dazu beitragen, die Ursachen von Not zu bewältigen und Menschen in die Lage zu versetzen, ihre persönliche und kollektive Verwundbarkeit zu reduzieren und ihre Autonomie zu erhöhen. Dazu gehört nach unserem Verständnis auch, die Betroffenen in der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. So konnte medico in Nicaragua nach dem Hurrican Mitch landlos gewordenen ehemaligen BewohnerInnen der betroffenen Casitas-Region nicht nur neue Häuser beschaffen, sondern sie auch darin unterstützen, die Landtitel für den Boden zu sichern, auf dem, Dank einer gemeinsamen Anstrengung von Betroffenen, von medico und mit Unterstützung der Bundesregierung, ein funktionierendes Gemeinwesen entstehen konnte, wo die Menschen heute auf ihren Anbauflächen nicht nur ihren Eigenbedarf decken, sondern auch Überschüsse produzieren können.

David Rieff hat sicherlich Recht, wenn er mehr Bescheidenheit seitens der Hilfsorganisationen fordert. Diese ist angesichts der Omnipräsenz und des überwältigenden Ausmaßes an menschlichem Leid einerseits und der sehr begrenzten Möglichkeiten von Hilfsorganisationen andererseits sicherlich angebracht. Insofern muss gelungene Hilfe immer auch eher in ihrem exemplarischen Charakter wahrgenommen werden, denn als eine Patentlösung. Hilfe reagiert stets auf konkrete Umstände und wird mit Menschen entwickelt und umgesetzt, die ihre eigene Vorstellung von sozialen Beziehungen und Entwicklung haben. Andernfalls droht Hilfe lediglich bei einem rein karitativen Akt und dem berühmten »Tropfen auf den heißen Stein« stehen zu bleiben. Es geht nicht darum, dass jede Hilfsorganisation eine politische Vision für einen demokratischen Irak oder ein Land x haben muß, wie Ulrike von Pilar kritisiert. Sie muss sich jedoch auf die Seite derjenigen stellen, die unter Beachtung demokratischer Grundsätze auf einen Abbau von repressiven Verhältnissen, Ungerechtigkeit und Gewalt sowie auf die Durchsetzung von Rechten drängen. In diesem Sinne verstehen wir emanzipatorische Hilfe – und bescheidener wollen wir nicht sein.

* * *

Im Mittelpunkt steht die unbedingte Menschlichkeit

Neutralität garantiert Handlungsspielräume für Hilfsorganisationen

Ich behaupte es ist kontraproduktiv, alle Formen von Hilfe durcheinander zu werfen und an alle die selben Ansprüche hinsichtlich ihrer politischen Positionierung zu stellen. Wir sollten vorsichtiger und präziser mit den verschiedenen Konzepten und Kompetenzen von Hilfe umgehen: humanitäre Hilfe ist nur *ein* möglicher Ansatz – der Schutz der Menschenrechte und die Entwicklungshilfe sind andere.

Das Herzstück der humanitären Hilfe ist die Hilfe für Menschen in akuten gewaltsamen Konflikten – dafür ist sie gedacht, und darin besteht die Verantwortung der humanitären Organisation. Daran, ob sie das Los dieser Menschen lindern können, werden sie gemessen. Und deshalb ist die Geschichte des humanitären Handelns in der Tat eine Geschichte tragischen Versagens – nicht unbedingt der humanitären Organisationen, sondern der Völkergemeinschaft, die in den Genfer Konventionen festgeschrieben hat, dass Menschen ein Recht auf Hilfe haben, die aber allzu oft nicht willens oder fähig war, dieses Recht zu garantieren oder durchzusetzen. So gab es keine Hilfe für die Opfer des Völkermords an den Armeniern, internationale Hilfe war abwesend in Auschwitz, in Kambodscha, in China während der Kulturrevolution, in Vietnam, den Golfkriegen, im Kosovo und in Afghanistan während der US-amerikanischen Bombardierung.

Die Bedürftigsten zuerst

Das ist die zentrale Herausforderung. Aber darüber wird viel zu wenig geredet. Im Mittelpunkt steht die unbedingte Menschlichkeit und das Recht auf Überlebenshilfe – nicht weil man einer Partei angehört, sondern weil man ein Mensch ist. Dies findet seinen Ausdruck im Prinzip der Unparteilichkeit: in akuter oder großer Not gibt es keine guten und keine bösen Opfer. Hilfe soll geleistet werden nur nach dem Maß des Leidens – die Bedürftigsten zuerst. Dazu muss man in erster Linie unabhängig agieren können – nur im Interesse der Opfer, nur nach Bedürftigkeit. Vermischt man dies mit der Forderung beispielsweise nach dem Schutz der Menschenrechte oder nach freien Wahlen, so wird die Gewährung humanitärer Hilfe an eine politische Bedingung geknüpft. Damit würde aus der humanitären Hilfe ein politisches Instrument – was sie nicht sein soll, da sie sonst berechtigterweise als Einmischung gesehen werden kann und ihren menschlichen Kern und ihre Glaubwürdigkeit verliert.

Die Neutralität hingegen, d.h. keine politische Position im Konflikt zu beziehen, ist ein »Werkzeug«: sie ist kein Wert an sich, sie garantiert den Zugang und die Akzeptanz, keine andere »hidden agenda« zu verfolgen.

Wenn man also fordert, alle Hilfe müsse politisch sein, da sie sich andernfalls zum Komplizen der Macht mache – dann muss man sehr viel differenzierter und klarer sehen. Médecin Sans Frontières / Ärzte ohne Grenzen hat immer schon betont, dass Hilfe nicht in einem politikfreien Raum stattfindet und stattfinden kann, dass eine politische Analyse des Umfelds und der jeweiligen Interessen (inklusive der Hilfsorganisationen) essentiell ist. Aber Ärzte ohne Grenzen versucht im Allgemeinen, neutral zu bleiben. Wir haben nicht zu jedem Konflikt öffentlich eine Meinung, und wir meinen auch nicht, dass man sich in jedem Konflikt politisch positionieren muss. Aber erstens berichten wir so weit wie möglich über die Menschen, für die wir arbeiten und über ihre Schicksale. Und zweitens protestieren wir dann auch öffentlich, wenn humanitäre Hilfe massiv missbraucht wird. Aber als humanitäre Organisation müssen wir nicht eine Position zu allen politischen Fragen und allen Regierungen haben.



David Rieff, Sabine Eckart, Christiane Grefe, Ulrike von Pilar und Martin Salm

So katastrophal die Lage bezüglich der Menschenrechte auch war unter den Taliban, humanitäre Hilfe war in einem gewissen Umfang und unter Schwierigkeiten möglich. Als Ärzte ohne Grenzen haben wir nicht direkt die Rechte der Frauen eingeklagt – das konnten andere besser. Aber wir haben dokumentiert, welche medizinischen Folgen die unsäglichen Beschränkungen für Frauen oder für die Kinder hatten. Manchmal können Menschenrechtsorganisationen viel besser als wir die Grundrechte einklagen, das ist deren Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, den Menschen vor Ort konkret und praktisch zu Hilfe zu kommen und humanitäre Rechte einzuklagen. Dafür müssen wir aber von den Machthabern durchgelassen werden.

Es muss klar sein: Neutralität gegenüber dem Leiden der Menschen kann es nicht geben. Doch wenn Thomas Gebauer sagt, jede Hilfsorganisation müsse jetzt eine Vision von einem demokratischen Irak haben, dann bin ich damit nicht einverstanden. Von Demokratie im Irak verstehen wir als Ärzte ohne Grenzen nicht viel – warum sollten wir dazu öffentlich, als Organisation, eine Meinung haben? Ärzte ohne Grenzen fordert Zugang für unabhängige humanitäre Hilfe und die Möglichkeit, Hilfe zu leisten. Ärzte ohne Grenzen fordert Schutz für Menschen vor Gewalt und Willkür und ein System, das Nahrung und Wasser und medizinische Grundversorgung für alle sichert – das ist die Aufgabe und die Kompetenz einer humanitären Organisation.

Mitten im Krieg für die Menschen da sein

Es wird kommuniziert und geredet über humanitäre Hilfe, aber es geschieht wenig. Vieles ist Spekulation, keiner weiß heute genau, wie die Lage im Irak aussieht, aber alle reden humanitär. Die humanitäre Hilfe ist in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer Kommunikationsstrategie geworden – man redet über schlimme politische Krisen in der Terminologie der humanitären Hilfe. Als sei sie die einzige Antwort auf diese Gewalt und diese Konflikte. Das ist sie aber nicht. Menschen, die von Gewalt bedroht werden, brauchen in erster Linie Schutz vor der Gewalt und nicht humanitäre Hilfe. Dieser Schutz kann nur geleistet werden von politischen, eventuell militärischen Akteuren. Die tun das eher nicht, sondern leisten stattdessen Hilfe – Hilfe als Alibi und als Propaganda, zum Zwecke der »force protection« oder zur Besänftigung der heimischen Abneigung gegen alles Militärische.

Humanitäre Hilfe verlängere den Krieg, heißt es – das mag manchmal so sein, aber gründliche differenzierte Studien fehlen. Sie humanisiere den Krieg und mache ihn dadurch führbar, heißt es weiter. Aber das ist genau die Aufgabe der humanitären Hilfe – mitten im Krieg für die Menschen da zu sein. Die Alternative wäre der totale Krieg. Für mich ist das eine der größten Leistungen der Zivilisation: Schutz und Hilfe für wehrlose Menschen mitten im Krieg. Oder sollte es so aussehen: der Krieg geht los – die humanitären Organisationen gehen raus? Das hätten manche gerne – doch für mich wäre das ein Rückfall in die Barbarei.



Dr. Martin Salm

Hilfe braucht gesellschaftliche Vision und solide Partnerschaft

Für eine Konkurrenz der verschiedenen Konzepte von humanitärer Hilfe

Die Ausgangsthesen dieser Konferenz sind: *Hilfe legitimiert Kriege und verlängert Unterdrückung. Sie schadet, und sie ist zudem Business und Selbstzweck für die Hilfsorganisationen.* Worauf es mir heute ankommt, möchte ich an zwei konkreten Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit verdeutlichen.

Zunächst das Erdbeben in Nordwest-Indien in Januar 2001, eine, wie es zunächst scheint, unpolitische Naturkatastrophe. Die massiven Zerstörungen, Zehntausende Tote und der Schock, der die Berichterstattung in unseren Medien in der hiesigen Bevölkerung auslöste, provozierten eine große Welle des Mitgefühls. Dieses Mitgefühl sollte in keiner Weise gering geschätzt werden, ist es doch eine wichtige Ressource unseres gesellschaftlichen Zusammenhaltes und auch der internationalen Solidarität.

Kenntnis der Machtverhältnisse

Aber wer kannte wirklich die Verhältnisse vor Ort? Die Rolle der Hindu-Fundamentalisten, die im Bundesstaat Gujarat besonders stark sind? Wer weiß hier, dass dort praktisch die Inspirationsgeber Hitlers mit seinem Arier-Rassenwahn und die Mörder Ghandis an der Macht sind? Wer weiß zudem von der alle gesellschaftlichen Verhältnisse durchdringenden Kasten-Ordnung, die durch Gewalt und ständige Marginalisierung gerade der Kastenlosen und der ethnischen Minderheiten geprägt ist? Die Spender, deren Mitgefühl hier angesprochen wurde, müssen dies nicht wissen, die Medien könnten es wissen, aber die Helfer müssen es wissen. Die Hilfsorganisationen, die erhebliche Ressourcen in die von Erdbeben erschütterte Regionalgesellschaft investierten, müssen die lokalen, sozialen, politischen Machtverhältnisse kennen und berücksichtigen, wollen sie dem Anspruch gerecht werden, den von der Naturkatastrophe noch zusätzlich gebeutelten Ärmsten der Armen wirklich aus dem Dreck zu helfen.

Die Realität der Hilfe in Indien sah in vielen Fällen anders aus. Hier ging es wie nach so vielen Großkatastrophen den meisten Organisationen darum, schnell, anscheinend »effizient« und medienwirksam zu helfen. Das Ergebnis war, dass ein Gutteil der Hilfe denjenigen, die in der Gesellschaft ohnehin marginalisiert sind, nicht zugute kam und, dass viele Hilfsressourcen von den lokalen Machtstrukturen zu ihrer weiteren Festigung genutzt wurden. Die Kastenlosen und die ethnischen Minderheiten gingen in vielen Fällen leer aus.

Gesellschaftspolitische Visionen und solide Partnerschaft

Dies führt mich zu meiner ersten These: *Eine gesellschaftspolitische Vision, solide Partnerschaften vor Ort und ein langer Atem sind notwendige Voraussetzungen für jede sinnvolle Hilfe.* Und sinnvoll kann nur bedeuten, dass Hilfe den ohnehin Marginalisierten mehr zugute kommt als den Bessergestellten, und dass sie ihre Selbsthilfe und Selbstorganisation der Marginalisierten stärkt und auch ihre politische Stellung in der Regionalgesellschaft verbessert.

Dies bringt mich zu meinem zweiten, sehr aktuellen Beispiel, dem Krieg im Irak. Es herrscht breite Empörung über den Krieg, aber vorher war auch kein Friede. Denken wir nur an die vorangegangenen Kriege, die interne politische Lage im Irak und die katastrophalen Folgen des zwölfjährigen UN-Embargos. Auch hier gilt: Dies muss nicht jeder im Bewusstsein haben, wohl aber die Profis der internationalen Zusammenarbeit. Auffällig ist, dass nur sehr wenige darüber gesprochen haben, zu den wenigen gehörten sehr prominent die Kirchen, die lange Jahre vergeblich für eine Aufhebung der UN-Sanktionen geworben haben.

Warum gerade die Kirchen? Dies liegt wohl nicht zuletzt daran, dass sie eine lokale Basis in der irakischen Gesellschaft haben. Seit Jahren wurden hier als Antwort auf die katastrophale Lage der Bevölkerung Strukturen aufgebaut (gewachsen aus den lokalen Gemeinden), die sich auf den angekündigten Krieg vorbereitet haben und die auch jetzt während der Bombardements helfen. Und kein Kritiker der humanitären Hilfe soll behaupten, dies sei jetzt unnötig für die Betroffenen oder es hätte irgendeine militärische Relevanz!

Am Montag, den 31.03. gibt die deutsche Entwicklungshilfeministerin eine Pressekonferenz zur »humanitären Lage« im Irak. Warum sie? Warum jetzt? Gerade die Entwicklungshilfe hätte sich zu Irak früher melden müssen!

Für eine kritische, distanzierte Berichterstattung

Meine zweite These ist: *Die humanitäre Hilfe wird – wenn die Katastrophe zur Medienkatastrophe wird – immer von der Politik gebraucht und missbraucht.* Das ist zu einem Phänomen unserer Mediendemokratie geworden und bei den Helfern scheidet sich die Spreu vom Weizen dort, wo sie sich von der Politik und für politische Ziele instrumentalisieren lassen.

Während der Bombardements telefonieren wir täglich mit unseren Partnern in Bagdad, Basra, Mosul und Kirkuk. Wir wissen: jedes Telefonat wird abgehört, jede Aussage über die Lage vor Ort kann gefährlich sein für unsere Partner. Obwohl so viele TV-Teams in Bagdad sind, werden wir keine Kontakte vermitteln, um die Helfer und die Hilfe für die Zivilbevölkerung nicht zu gefährden, auch wenn die Medienschlacht um die humanitäre Hilfe im Irak längst begonnen hat. Und deswegen lautet meine dritte These: *Obwohl Hilfe über lokale Partnerstrukturen wirksamer ist als interventionistische Hilfe, wird sie von den*

Medien weniger dargestellt. Hiesige Hilfsorganisationen, die über lokale Partner arbeiten wollen, müssen bereit sein, diesen komparativen Nachteil in der Werbung zu akzeptieren, wollen sie seriös sein.

Zum Schluss: Alle Ausgangsthesen der Veranstaltung sind richtig, aber es gibt Unterscheidungen. Und für die Unterschiede zwischen den Hilfsansätzen lohnt es sich, in die Konkurrenz zu gehen, in die Konkurrenz um die Konzepte von Hilfe.

* * *



Prof. Dr. Lothar Brock

Humanitäre Hilfe – eine Geisel der Außen- und Sicherheitspolitik?

Fremdbestimmung der Hilfe läßt sich nicht verhindern, aber thematisieren.

Humanitäre Hilfe spricht elementare menschliche Bedürfnisse an, und zwar auf Seiten der Helfer ebenso wie auf Seiten derer, denen geholfen wird. Aber humanitäre Hilfe ist stets auch politisch und insofern Objekt einer notwendigen, über reine Kompetenz- und Effizienzfragen hinausgehenden Kritik; denn Hilfsbedürftigkeit ist ihrerseits politisch, insofern Not und Elend nicht einfach vom Himmel fallen und sogar »reine« Naturkatastrophen nur in Verbindung mit den konkreten politischen und sozialen Kontexten, innerhalb derer sie sich ereignen, als Katastrophen in Erscheinung treten. Dass humanitäre Hilfe in Politik eingreift und damit selbst politisch wird, ist an sich nicht problematisch, verlangt aber ein erhebliches Maß an Wachsamkeit und Lernbereitschaft im Umgang mit nicht-intendierten Folgen des eigenen Tuns.

Zu den Problemen, um die es dabei geht, gehört erstens, dass die Hilfe, die in gewalt-sam ausgetragenen Konflikten geleistet wird, selbst einer Verlängerung und Ausbreitung jener Gewalt Vorschub leisten kann, deren Opfer sie versorgt. Darüber hinaus besteht



Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brigitte Kols, Horand Knaup, Claudia Roth und Lothar Brock

zweitens die Gefahr, dass das Aktionsfeld und die Prioritäten humanitärer Hilfe im Kontext weltweiter Konflikte nicht nur durch den Bedarf vor Ort bestimmt werden, sondern auch durch die außen- und sicherheitspolitischen Interessen jener Länder, aus denen der größere Teil der Hilfe kommt. Mehr noch, die humanitäre Hilfe kann zum Trostpflaster auf einer vielfach verwundeten Welt werden und dazu beitragen, eine Politik erträglicher erscheinen zu lassen, die selbst immer neue Wunden aufreißt.

Noch ein anderes Problem kommt hinzu. Sofern die außen- und sicherheitspolitische Beeinflussung der Hilfe mit der gegenwärtig in den westlichen Geberländern selbst vorherrschenden Tendenz einhergeht, wachsende Anteile der sozialen Sicherung auf karitative Organisationen abzuschieben, erhält die humanitäre Hilfe drittens auch eine spezifische gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie wäre dann als Teil eines globalen Projektes zur Neubestimmung von Staatlichkeit zu betrachten, zu dem auch die Umwandlung von Rechtsansprüchen in karitative Akte gehört.

Wie sind diese Gefahren einzuschätzen?

1. Humanitäre Hilfe als Kampf um Anteile am Welthilfemarkt

Humanitäre Hilfe rechnet mit der Bereitschaft von Menschen, Fremden, die durch dramatische Einbrüche (Katastrophen, Kriege) oder lang sich hinziehende Fehlentwicklungen in Not geraten, zu helfen, ohne dass dies von unmittelbarem Vorteil für die Hilfsbereiten wäre. Humanitäre Hilfe kann aber sogar in akuten Notlagen nicht oder nur in geringem Umfang spontan geleistet werden. Sie muss zwar unmittelbar auf Krisen und Konflikte reagieren können. Aber gerade deshalb bedarf sie einer Organisation, die in der Lage ist, Hilfe »vorzuhalten«, im Bedarfsfalle über den Einsatz von Ressourcen zu entscheiden und Erfahrungen in Lernprozesse umzuwandeln.

Erforderlich sind eine Infrastruktur, über die der Ressourceneinsatz erfolgen kann, und finanzielle Mittel, um Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Diese Mittel sind knapp und die Knappheit führt zur Konkurrenz der Hilfsorganisationen untereinander. Da sich die Zuwendungen (sei es aus Spenden, sei es aus öffentlichen Mitteln) nach der Leistungsfähigkeit der Hilfsorganisationen richten und diese wiederum durch Präsenz vor Ort (also in den Hilfsregionen) ausgewiesen wird, vollzieht sich die Konkurrenz zwischen den Hilfsorganisationen auch als Konkurrenz um Anteile an einem Welthilfemarkt. Das wiederum bedeutet, dass viele Hilfsorganisationen einerseits dazu neigen, ihre Erfolge hochzuspielen, und dass sie andererseits erpressbar werden. Man kann ihnen ziemlich viel zumuten, bevor sie auf Präsenz auf einem Segment des Welthilfemarktes verzichten. Solche Zumutungen bestehen darin, dass man ihnen für den Zugang zu den Hilfemärkten »Steuern« z.B. in Form von Schutzgeldern, der Abzweigung von Nahrungsmitteln und Geräten oder von überhöhten Abgaben für die Benutzung lokaler Infrastrukturen abpresst. Diese Problematik hat sich im Südsudan und am Horn von Afrika zeitweilig dramatisch zugespitzt, ist aber keineswegs auf diese Regionen beschränkt, sondern stellt ein allgemeines Problem dar.

Die Hilfeorganisationen sind sich dieser Problematik nicht nur bewusst. Sie versuchen auch, Abhilfe zu schaffen – z.B. durch die Veranstaltung von Trainingskursen, die die Mitarbeiter in der Kunst schulen, nicht-intendierte Wirkungen der Hilfe in Krisen- und Kriegsregionen so weit wie irgend möglich zu vermeiden. Dass solche Aktivitäten ihrerseits nicht gern von den Konfliktparteien gesehen werden, liegt auf der Hand. Gerade in dem Maße, in dem die Hilfeorganisationen sich gegen Erpressungsmanöver zu wehren versuchen, müssen sie mit einer Verschlechterung der politischen Arbeitsbedingungen rechnen (die Arbeit wird gefährlicher). Letztlich wird den Hilfeorganisationen hier ein erhebliches Maß an Mut und Augenmaß abverlangt.

Aber auch solche Tugenden helfen nicht immer weiter. Das Problem liegt nicht nur bei einzelnen Organisationen und ihrer Arbeitsweise vor Ort, sondern auch bei ihrem Verhältnis zueinander. Hier gibt es einen Bedarf an Koordination, dem aufgrund der Konkurrenz der Organisationen untereinander nur in begrenztem Umfang entsprochen wird. Hinzu kommt, dass insbesondere bei Naturkatastrophen mit hohem Werbeeffekt Organisationen in das Hilfegebiet drängen, die sich dort nicht auskennen, nur auf kurzfristige Hilfe ausgerichtet sind, aus beiden Gründen mögliche Fehlwirkungen ihres Tuns nicht abschätzen können und im Endeffekt mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften – u.a. auch dadurch, dass sie den Organisationen, die sich vor Ort auskennen, die Arbeit erschweren und indirekt auch noch deren Mittel vermindern.

2. Außen- und sicherheitspolitische Fremdbestimmung der humanitären Hilfe

Die organisatorischen, finanziellen und »einsatzpolitischen« (d.h. Präsenz, Umfang und diplomatischen Schutz betreffenden) Aspekte der humanitären Hilfe bringen eine unterschiedlich stark ausgeprägte Abhängigkeit von den einschlägigen Regierungsinstanzen der Geberländer mit sich. Diese Abhängigkeit kann konstruktiv gewendet werden, i.S. der Einrichtung von Koordinationsgremien wie sie in der Bundesrepublik heute bestehen (siehe die Beiträge von Claudia Roth und Cornelia Füllkrug-Weitzel). Abgesehen von der Frage jedoch, ob es hier zu einer gleichberechtigten Partnerschaft kommt, besteht selbst bei gelingender Kooperation das Problem, dass Prioritäten und Einsatzfelder der humanitären Hilfe durch das Wechselspiel zwischen der Entwicklung des Welthilfemarktes (Art und Zahl der »Marktteilnehmer«) und den Erscheinungsformen von Hilfebedürftigkeit (strukturelle Versorgungskrisen, akute Notstände bei Katastrophen und Kriegen) auf der einen Seite, der Außen- und Sicherheitspolitik der Geberländer auf der anderen, beeinflusst werden.

Hier sind besonders zwei Aspekte zu berücksichtigen, die Beeinflussung der Politik von Hilfeorganisationen und die Rückwirkungen der Hilfe auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Was die Beeinflussung der Hilfe betrifft, so ist einfach nicht von der Hand zu weisen, dass große Hilfeorganisationen unter dem Druck stehen, sich in Krisen und Konflikten zu engagieren, die im Mittelpunkt der Weltöffentlichkeit stehen. Das sind

dann in der Regel solche Ereignisse, an denen ein Teil der Geberländer selbst per militärischer Intervention beteiligt. Den Hilfsorganisationen stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit sie als humanitärer Tross zu einem Bestandteil interventionistischer Politik werden. Dass die Politik selbst in dieser Hinsicht Erwartungen hegt, hat US-Außenminister Powell verdeutlicht, als er bezogen auf Afghanistan feststellte, die humanitären Hilfsorganisationen seien »an important part of our combat team« (siehe den Beitrag von David Rieff). Zur Einschätzung dieser Problematik empfiehlt sich ein Blick in die Geschichte.

Die heutige humanitäre Hilfe ist auf den Schlachtfeldern Europas entstanden. Sie war Teil der »Humanisierung« des Krieges, die im sogenannten humanitären Völkerrecht ihren Niederschlag fand. Sie hat damit ihren Beitrag zur Herausbildung der modernen Kriegführung geleistet, zu der die Versorgung der Verwundeten und der Schutz der Zivilbevölkerung gehört. Aber das humanitäre Völkerrecht war mehr als ein »leidiger Tröster« (wie Kant über das Völkerrecht insgesamt sagte, das zu seinen Zeiten ein reines Kriegrecht war). Es hat zwar einerseits dazu beigetragen, die Folgewirkungen der Kriege abzumildern und damit womöglich deren Akzeptanz zu erhöhen. Andererseits hat das humanitäre Völkerrecht jene Kräfte gestärkt, die darauf aus waren, nicht nur das Verhalten der Staaten im Krieg zu reglementieren, sondern auch das Recht zum Kriege (*ius ad bellum*) einzuschränken. Was man als Hilfsprojekt für den Krieg (durch Milderung seiner hässlichen Seiten) abtun könnte, ist tatsächlich die Grundlage für jene Entwicklung gewesen, die von der Einhegung des Krieges durch die Haager Friedenskonferenzen und die Völkerbundsatzung zum Gewaltverbot der UN-Charta (Art. 2, Abs. 4) führte.

Heute kommt es darauf an zu verhindern, dass das Rad der Geschichte in Richtung auf ein Recht zum Kriege zurückgedreht wird. Zu diesem Zweck muss die Charta der Vereinten Nationen als historische Errungenschaft verteidigt werden, statt dass man den Raum für allgemeine Attacken auf das Völkerrecht vergrößert, indem man behauptet, die UNO sei nur noch ein »Instrument der US-Politik«. Auch wenn der ehemalige Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali das tut, ist die UNO doch stets mehr als ein bloßes Instrument eines Staates oder einer Staatengruppierung. Sie bietet nicht zuletzt ein Forum, das zur Herausbildung einer Weltöffentlichkeit beiträgt und damit neue Möglichkeiten der kritischen Auseinandersetzung mit den Widersprüchen der Staatenpolitik in der Weltgesellschaft bietet. Dies hat sich erneut im Vorfeld des Irak-Krieges gezeigt.

Analog kann man auch in Sachen humanitärer Hilfe argumentieren. Ihr liegt die Idee zugrunde, dass man dem Elend anderer nicht einfach zuschauen könne, sondern etwas getan werden müsse, um es zu mildern, wenn nicht zu überwinden. Insofern entspricht die Logik der Hilfe, wie David Rieff meint, der Logik der Intervention. Das gilt auch für die Befürwortung des internationalen Schutzes der Menschenrechte, die ihrerseits zum Teil offen interventionistisch ist, also für ein Eingreifen, das notfalls mit militärischen Mitteln und ohne Autorisierung durch den Sicherheitsrat erfolgt, eintritt. Aber man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Genauso wie die UNO nie ein bloßes Instrument einzelner Staaten oder einer Staatengruppe ist (denn dann hörte sie paradoxerweise

auf, als Instrument nützlich zu sein), genauso ist humanitäre Hilfe nie nur Instrument der Kriegspolitik, auch wenn sie in diese eingebunden wird, sondern immer auch eine Quelle ihrer Infragestellung. Sie verleiht der von Erasmus von Rotterdam vor einem halben Jahrtausend erhobenen »Klage des Friedens« in heutiger Zeit eine Stimme und mahnt, uns nicht wieder an den Krieg als normalen Begleitumstand des Strebens nach Ordnung und Sicherheit zu gewöhnen, sondern an ihm auch weiterhin als Aufhebung von Ordnung und Sicherheit Anstoß zu nehmen.

3. Humanitäre Hilfe als gesellschaftspolitisches Projekt

Eine konstruktive humanitäre Hilfe ist darauf ausgerichtet, sich selbst überflüssig zu machen. Hilfe soll zur Selbsthilfe befähigen. Das ist schwerer getan als gesagt, da die humanitäre Hilfe ja nicht nur ihre Objekte, sondern auch ihre Subjekte, also nicht nur die Hilfesuchenden, sondern auch die Helfer ernährt. In der Entwicklungspolitik ist das genauso. Auch sie lebt davon, dass sie – statt Selbsthilfe zu ermöglichen – immer neue Hilfsbedürftigkeiten schafft. Dieser Widerspruch ist unaufhebbar. Aber das Credo der Hilfe zur Selbsthilfe ist für das Selbstverständnis und die öffentliche Legitimation von Hilfe und Zusammenarbeit konstitutiv. So ist es nicht bloße Ideologie, wenn die Nichtregierungsorganisationen ebenso wie die offizielle Entwicklungszusammenarbeit das Motto der »Hilfe zur Selbsthilfe« zum Schlachtruf des »Empowering« weiterentwickelt haben. Entscheidend ist, wie dieses »Empowering« verstanden wird.

Im hier diskutierten Zusammenhang wird »Empowering« von den großen Weltwirtschaftsorganisationen und in ihrem Schlepptau von der offiziellen Entwicklungspolitik zunehmend als Befähigung zur Eigenverantwortlichkeit verstanden. Das ist gut und schön. Wenn man sich aber die gegenwärtige Entwicklung in den Zentren der Weltwirtschaft (also hierzulande) ansieht, so wird diese Befähigung mehr und mehr darin gesehen, dass Rechtsansprüche in Eigenverantwortlichkeit umgemünzt, dass staatlich getragene und verantwortete Sicherungssysteme als karitative Netze neu gestaltet werden. Thomas Gebauer spricht in diesem Sinne von einer Refeudalisierung sozialer Sicherung. Ob dieses Wort geeignet ist, die Sache auf den Begriff zu bringen, mag dahingestellt bleiben. Sofern die humanitäre Hilfe jedoch diese Ausrichtung des Konzeptes der »Hilfe zur Selbsthilfe« transportiert, wirkt sie an der Universalisierung gesellschaftspolitischer Vorstellungen mit, die auf die Transformation öffentlicher Güter in marktgängige Produkte ausgerichtet sind. Diese Gefahr ist möglicherweise höher einzuschätzen als die, dass die humanitäre Hilfe zur bloßen Hilfstruppe interventionistischer Machtpolitik werden könnte. Denn den relativ wenigen spektakulären Fällen, in denen die humanitäre Hilfe tatsächlich damit beschäftigt ist, die Kolateralschäden von Erzwirkungskriegen der Demokratien gegen Nicht-Demokratien zu bearbeiten, steht eine breite Praxis humanitärer Hilfe in Strukturkrisen und aktuellen Konflikten gegenüber, von denen sich die offizielle Politik der Demokratien fernhält.

Die gesellschaftspolitischen Implikationen der Hilfe sind demgegenüber allgegenwärtig. Hier ist nicht Rückzug ins vermeintlich Unpolitische geboten, sondern eine aktive Auseinandersetzung mit der gesellschaftspolitischen Wirkung der Hilfe in den je spezifischen Kontexten. Ideologische Scheuklappen wären dabei wiederum zugunsten eines konstruktiven Pragmatismus abzulegen, besonders dort, wo es darum geht, überhaupt erst einmal die einfachsten Vorbedingungen für das Überleben von Menschen zu schaffen. Andererseits können Überlebensfragen auch hochgespielt werden, um ganz bestimmte Interessen zu fördern, wie sich augenblicklich im Streit zwischen den USA und der EU um die Lieferung von genmanipuliertem Getreide in Not leidende Gebiete Afrikas zeigt.

4. Fazit

Wir leben in einer Weltgesellschaft, die in Staaten aufgeteilt ist. Der weltgesellschaftliche Lebenszusammenhang fordert zum Handeln heraus, der staatliche Organisationsmodus der Weltgesellschaft gemahnt zur Vorsicht bei der Realisierung weltgesellschaftlich vermittelter Ansprüche auf ein gutes oder zumindest halbwegs erträgliches Leben für alle. Diesem Sachverhalt könnte durch Maßnahmen auf drei Ebenen Rechnung getragen werden.

Auf der Ebene der Hilfsorganisationen selbst geht es darum, deren Widerständigkeit gegen Erpressung von Seiten der Konfliktparteien zu stärken und das funktionsnotwendige Eigeninteresse der Hilfeorganisationen zum Gegenstand kontinuierlicher Selbstüberprüfung im Kampf um Anteile an dem Welthilfemarkt zu machen. Auf der Beziehungsebene zwischen den Hilfsorganisationen und den Geberländern kommt es darauf an, bestehende Handlungsspielräume gegenüber dem Versuch staatlicher Instrumentalisierung der Hilfe zu verteidigen und eine kritische Distanz von Seiten der Hilfeorganisationen zur Staatenpolitik zu wahren, wiewohl die Lösung der gegenwärtigen Krise der humanitären Hilfe nicht darin gesucht werden kann, sich ganz von Kooperations- und Koordinationsbemühungen mit staatlichen Stellen zurückzuziehen und auf staatliche Zuwendungen zu verzichten. Die Inanspruchnahme staatlicher Mittel bietet die Chance, diese zu vergesellschaften, wobei diese Chance bewusst genutzt werden muss. Auf der Ebene globaler Politik sollten die Hilfeorganisationen einerseits für eine weitere Verrechtlichung und damit zugleich Kontrolle internationaler Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechten und zur Gewährleistung von Grundbedürfnissen eintreten, wie sie sich ansatzweise in der Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes abzeichnet. Zugleich sollten die gesellschaftspolitischen Implikationen der humanitären Hilfe offensiv angegangen werden, statt den Rückzug in technopolitische Optimierungsstrategien anzutreten. In diesem Sinne könnten von den Hilfeorganisationen zusätzliche Impulse für die Debatte über eine internationale oder globale Sozialordnung ausgehen.

* * *

Hilfe zwischen humanitärer Dienstleistung und sozialer Intervention

Für eine kritische Neubestimmung der politischen Rolle und der ethischen Grundlagen der Hilfe

Ich möchte darauf verzichten, Politik und Medien anzuklagen, und statt dessen uns humanitären Hilfsorganisationen selbst kritische Fragen stellen. Uns, die wir uns auf den Code of Conduct verpflichtet haben, dessen zentrale Aussage lautet:

»Wir werden darauf achten, dass wir nicht zum Instrument der Außenpolitik von Regierungen werden ... (Wir) sind Organisationen, die unabhängig von Regierungen handeln. Deshalb formulieren wir unsere eigenen Vorgehens- und Durchführungsstrategien. Wir haben nicht die Absicht, Regierungspolitik umzusetzen ... ebenso wenig werden wir uns zu Handlangern für die Außenpolitik der Geberregierungen machen.«

Es geht bei dieser Selbstverpflichtung um humanitäre Hilfe ohne jegliche Ausgrenzung – allein nach dem Gewicht der Not und dem Grad der Bedürftigkeit. Es geht darum, Humanitäre Hilfe vor dem Missbrauch als parteiischen oder politischen Akt zu bewahren. Nun steht dieses hehre Prinzip jedoch diametral zum provokativen Titel dieser Runde: »Hilfe – eine Geisel der Außen- und Sicherheitspolitik?« und wirft Fragen auf.

Aber zunächst generell: zur Geisel und zum Spielball der Politik wird man dann,

- wenn man sich als abhängiger, machtloser Gefangener sieht, der sich der Politik und ihren Regeln unterwerfen muss;
- wenn man nicht weiß, an welchem politischen Spiel man beteiligt ist, welche Rolle man darin einnimmt und welche Wirkung man hat oder haben kann;
- d.h. letztlich, wenn man passiv und unwissend bleibt und nur reagiert, anstatt wissend und aktiv zu handeln.

1)

Wir haben gerade aus der jüngeren Entwicklung seit den Balkan-Kriegen gelernt, dass von unserer bzw. westlichen Regierungen und den großen Medien in solchen Konflikten, in denen man massive Interessen verfolgt und politisch-militärisch-kriegerisch intervenieren will, das ethische, humanitäre Argument immer stärker als politisch-ethische Rechtfertigung eingesetzt und die humanitäre Hilfe immer enger in die politische Kriegs- und Nachkriegsstrategie ein- und untergeordnet wird – sozusagen als öffentlichkeitswirksame und den schmerzhaften Krieg mildernde humanitäre Unterkomponente. Überspitzt hat



Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brigitte Kols, Horand Knaup, Claudia Roth und Lothar Brock

Jens Jessen kürzlich in der ZEIT¹ dies mit der Arbeitsteilung zwischen Chirurg und assistierender Schwester verglichen. Der erste schneidet das böse Krebsgeschwür heraus, die Schwester sorgt dafür, dass die notwendige Wunde nicht zu sehr blutet.

Die gegenwärtige Situation gibt Anlass zu der Behauptung, die zivilen humanitären Hilfsorganisationen stehen in solchen Konflikten zunehmend in Gefahr, zu effizienten humanitären »Dienstleistern« funktionalisiert zu werden, die sich nicht nur der kriegerischen Logik zu beugen haben, sondern in die konkreten militärstrategischen Planungen eingebaut – neudeutsch »eingebettet« – werden. Der humanitären Hilfe im Tross der Besatzungsmacht wird die Funktion zugewiesen ‚to win the hearts and minds of people‘. Colin Powell nannte jüngst die humanitären Organisationen selten unverblümt »einen Machtmultiplikator, einen wichtigen Teil unserer Kampftruppen«. Entsprechend werden Vorgaben gemacht, wer wem helfen darf – entsprechend den politischen und militärstrategischen Zielsetzungen.

Diese Art von Zusammenarbeit wird nicht durch argumentative Überzeugungsarbeit von Regierungsseite bewirkt, sondern sie kommt vor allem über Konkurrenz und Zugang zu öffentlichen Mitteln, Gunst- bzw. Ungunstbeweise der großen Medien, und damit des davon abhängigen Spendenmarktes zustande. Die Ökonomisierung der humanitären Hilfe leistet einer ungewollten Politisierung Vorschub. Die zunehmende Zahl von humanitären Organisationen, die wesentlich von Regierungszuwendungen abhängen, spielt dabei eine große Rolle. Daneben gibt es noch eine ganze Palette von lockenden Schutz- und Kooperationsangeboten von Seiten der Militärs und der Regierungen, die die Bereitschaft, sich instrumentalisieren zu lassen, zusätzlich erhöhen.

1. DIE ZEIT 11/2003; Jens Jessen: *Humanitäre Rüstung*

Wohlgermerkt: es geht hier nicht um eine moralische Anklage der Politik, sondern um den Versuch, die realen Verhältnisse und unsere Schwächen zu beschreiben. Daran schließen sich die folgenden Fragen an uns selbst logisch an:

- Sind wir dazu verurteilt, uns einbinden und abhängig machen zu lassen? Können oder wollen wir es uns stattdessen leisten, Geld von Regierungen abzulehnen, wenn sie mit Auflagen und Bedingungen verbunden sind – wie jüngst die Mitglieder aus kriegsführenden Nationen unseres eigenen globalen kirchlichen Netzwerkes für humanitäre Hilfe ACT („Action by Churches Together“) im Fall Irak getan haben. Oder wie die Diakonie Katastrophenhilfe im Fall Serbien.
- Geben wir selbst im Zweifelsfall den eigenen ökonomischen Interessen bzw. dem Marktdruck oder den Prinzipien der humanitären Hilfe, wie wir sie u.a. im Code of Conduct unterschrieben haben, den Vorrang?
- Bei wieviel Prozent Back-donour-money, d.h. Regierungszuweisungen, unseres Budgets liegt die kritische Grenze für unsere Abwehrfähigkeit gegenüber politischen Instrumentalisierungsversuchen?
- Sind wir willens und in der Lage, gemeinsam Gegengewichte zu setzen und Strategien zu entwickeln, die uns mehr Spielraum geben, nicht nur im deutschen, sondern im internationalen Rahmen?

2)

Unser humanitäres Credo, humanitäre Hilfe nicht als parteiischen oder politischen Akt zu verstehen«, hat nicht davor geschützt, dass in vielen Gewaltkonflikten und Kriegen die humanitäre Hilfe ziviler Hilfsorganisationen handfeste politische Auswirkungen hatte und politische Zeichen setzte. Viele erinnern sich an die Vorwürfe aus Politik und Medien, mit humanitärer Hilfe würden machtgierige lokale Warlords und Potentaten alimentiert und damit sinnlose lokale Kriege verlängert. Aus den USA kam das Konzept »Do no harm«² als Handlungsanleitung für humanitäre Organisationen, um durch gezieltere Hilfe vor Ort zu friedlicher Lösung beizutragen.

Seit dem Kosovokrieg, spätestens nach dem 11. September, erleben wir aber als Wechselbad, wie westliche und speziell US-Politik in solchen lokalen Konflikten nun eine globale Herausforderung sieht und die kriegerische Intervention als ethische Lösung fordert. Und die betroffene Bevölkerung erlebt, wie humanitäre Organisationen ihr Personal und Hilfsleistungen vor der drohenden militärischen Intervention abziehen und nach erfolgreicher Intervention wieder unter dem Schutz, ja sogar im direkten Tross der siegreichen Militärs zurückkehren. Gewollt oder ungewollt, haben auch hier humanitäre Organisationen klare politische Signale gesetzt und Wirkung gehabt – trotz ‚do no harm‘, das offensichtlich wesentlich zu kurz greift.

2. Mary B. Anderson: Do no harm. How Aid can support peace – or war. Boulder/Colorado: 1999.

Mehr noch haben wir seitdem erlebt, wie humanitäre Hilfsaktivisten sogar selbst sog. ‚humanitäre Interventionen‘ gefordert haben. Aus einem Konzept zur Eindämmung des Krieges, als das die humanitäre Hilfe begann, wurde mit der Betonung des sog. ‚humanitären Imperatives‘ eine Kriegslegitimation. ‚Humanitarismus‘ wurde mit öffentlicher Unterstützung sog. humanitärer Organisationen zum propagandistischen Vorwand für militärische Aktivitäten (deren wahre Gründe, wie wir wissen, wo ganz anders lagen und kaum waren die Kriege im Gange und erst recht: kaum waren sie vorüber, hat sich kein Mensch mehr für die humanitäre Lage der Menschen interessiert – siehe Balkan, siehe Afghanistan). Auch daran schließen sich Fragen an:

- Wenn uns deutlich ist, dass Hilfsorganisationen durch ihre Aktion bzw. Nichtaktion in Konflikten auch politische Wirkungen haben – gegenüber der betroffenen Bevölkerung, gegenüber den lokalen Konfliktparteien und der internationalen Politik, was tun wir, dass unsere Aktivität wirklich ‚no harm does‘ – und dies nicht im verniedlichenden Sinne der Begrenzung auf lokale Konflikte?
- Sollen wir es ignorieren und uns auf unsere »core competence« beschränken, wie uns heute morgen von David Rieff empfohlen wurde: deliver aid and leave politics to those responsible? Ich denke, dass uns der Code of Conduct das verbietet, denn Unparteilichkeit will hart errungen sein.
- Sollen wir es verleugnen oder zumindest verschweigen, weil es schlecht für das Fundraising ist: Spenden doch die Menschen gerade deshalb scheinbar lieber für humanitäre Hilfe als für langfristige Entwicklungshilfe, weil Nothilfe unkomplizierter wirkt, nachdem Werke wie wir (Brot für die Welt u.a.) jahrelang auf die ungerechten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen u.a. hingewiesen haben, die den Erfolg unserer Hilfe infrage stellen. Ich denke, wir müssen darüber reden im Sinne der Aufdeckung von Missbrauch. Nur das ist eine taugliche Voraussetzung für seine Abwehr und für die Verteidigung der guten und dringend benötigten Prinzipien humanitärer Hilfe.
- In diesem aufklärerischen Sinne können wir politische Wirkungen aber nicht benennen, ohne sie auch zu bewerten. Aber auf der Basis welcher ethischen Grundsätze tun wir das?

3)

Das führt mich direkt zum letzten Punkt: Ich denke, es ist an der Zeit, über unsere ethischen Grundlagen als humanitäre Hilfsorganisationen Rechenschaft abzulegen, oder genereller: über die ethischen Grundlagen der humanitären Hilfe zu sprechen. Wer, wes Geistes Kind sind wir, die verschiedenen humanitären Hilfsorganisationen? Welche religiösen und politischen Überzeugungen oder ökonomischen Überlegungen fließen in die humanitären Bewertungen und Aktionen ein, bzw. prägen sie? Welche Vision und welche Gesamtstrategie leitet unsere Arbeit bewusst oder unbewusst? Das hat Folgen auch für die Qualität.

Die Diakonie *Katastrophenhilfe* – als kirchliche Hilfsorganisation definitiv keine Zeitgeistorganisation, sondern von manchen ebenso als ‚alt‘ belächelt und abgetan wie manche Teile Europas von Bush – hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sich unsere Überzeugung von der Notwendigkeit unparteiischer und neutraler Hilfe in ein ethisches Gesamtkonzept fügt. In ihm geht es nicht um Neutralität, sondern um Parteinahme für die Bedürftigsten, um Frieden, um religiösen und ethnischen Ausgleich, um Versöhnung, um soziale Gerechtigkeit, um Menschenrechte und Menschenwürde, um Partizipation und Empowerment und nicht zuletzt um christliche Nächstenliebe. Das fließt in unsere Situationsbewertung und Hilfsstrategie ebenso ein wie in unsere Werbung. Als christliches humanitäres Hilfswerk, das sich als ein Instrument unter demselben Dach und der selben Leitung befindet wie das Entwicklungsinstrument ‚Brot für die Welt‘ und die Diakonie Menschenrechtsarbeit und mit beiden eng kooperiert, fällt es der Diakonie Katastrophenhilfe wahrscheinlich leichter, humanitäres Engagement ohne größeres Kopfzerbrechen mit anderen ethischen Grundsätzen – wie z.B. einem klaren Friedens- und Versöhnungscredo – zu verbinden (auch als Schutz und Immunisierung gegenüber den Einflüssen und dem Druck einer zweckorientierten und wechselhaften Ethik in der Politik).

Es fällt uns als Teil eines größeren Werkes leichter, die unterschiedlichen und spezifischen Instrumente der langfristigen Entwicklungs- und Friedensarbeit, der Menschenrechtsarbeit, der Lobbyarbeit und der humanitären Hilfe in der jeweiligen Schärfe, die durch Trennung entsteht, einzusetzen, ohne deshalb blind zu sein für die größeren Herausforderungen und Visionen und auch für mögliche Zielkonflikte und ohne uns deshalb politisch ohnmächtig zu fühlen. Wir müssen nicht mit der humanitären Hilfe Menschenrechts- Entwicklungs- und Friedenspolitik betreiben. Wir haben aber die Anforderungen des Menschenrechtsschutzes, der Friedens- und Entwicklungspolitik im Kopf, wenn wir unsere humanitäre Hilfe strategisch planen. Dadurch gewinnt sie eine spezifische Qualität, die wir für unverzichtbar halten. Humanitäre Hilfe wird unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit, der Menschenrechte und – würde, der Friedensförderung geleistet – das stört ihre Neutralität keineswegs, verdankt sich aber ihrer christlich-ethischen Ausrichtung.

* * *



mi

medico international

Gesundheit und
Globalisierung

mi

mi

mi

Die Wirklichkeit der Hilfe und die Rolle der Medien

Für eine kritische, distanzierte Berichterstattung

Im Zusammenhang mit der humanitären Hilfe ist die Rolle der Medien seit über zehn Jahren eine schwierige und spannungsreiche, ja vielleicht sogar eine zweifelhafte. Denn der augenblickliche Irak-Konflikt macht einmal mehr deutlich: Andere Krisenregionen wie Afghanistan rücken sofort ins Abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit. Aber nicht nur Afghanistan – wir kennen das Phänomen seit langem schon aus Liberia, Angola, Sierra Leone oder dem Sudan.

Skizzenhaft noch einmal ein kurzer Rückblick:

Die Medien haben unseren Blick auf Krisen und Konflikte in den letzten 20 Jahren deutlich verändert. Medien leuchten heute alle Winkel der Erde aus, Sie sind auch dort, wo früher keine Kameras hinkamen. Aus Tschetschenien etwa hätte es früher keine Bilder gegeben, aus Afghanistan auch nicht. Sicher ist: Wir bekommen Konflikte heute anders dargeboten als vor 20 Jahren, sicher detaillierter – aber auch wirklich besser?

Für die Hilfsorganisationen haben die Medien eine immense Bedeutung gewonnen. Weil es ohne Bilder von Opfern und dem segensreichen Wirken der Organisationen vor Ort keine Spenden gibt und weil auch ohne die Kontonummer im Fernsehen keine Spenden mehr fließen.

Jeder kennt heute den CNN-Effekt, selten war er deutlicher als beim Genozid in Ruanda, als Hunderttausende über die Grenze nach Benako in Tansania flohen. Innerhalb weniger Tage rückten zahlreiche Kamerateams an, um die Tragödie einzufangen. Ihnen folgten unmittelbar rund 150 Organisationen, um zu helfen. So weit so gut. Aber kaum waren die Kameras weitergezogen, zogen auch die Helfer ab. Innerhalb weniger Wochen reduzierte sich die Zahl der Hilfsorganisationen auf zwei bis drei Dutzend.

Den Medien geht es nicht um Hilfe. Für sie sind – im Interesse der Quote und der Auflage – zuallererst die Emotionen wichtig. Zuerst geht es um den eigenen Vorteil und wenn dann auch die Hilfsorganisationen davon profitieren – warum nicht?

Überhaupt hat sich in den letzten zwei Dekaden die Berichterstattung über Armut, Krisen und Konflikte verändert. Dies hat mit Kosten und veränderten medialen Konsumgewohnheiten zu tun. Die gründliche, fundierte Berichterstattung jedenfalls ist zur Ausnahme geworden. Ethnisch-kulturelle Zusammenhänge, saubere Analysen mit ihren manchmal schwierigen Differenzierungen, vertiefte Hintergründe sind längst in den Hintergrund gerückt. Die schnelle aktuelle Meldung, der anrührend-emotionale Beitrag

hat allemal Vorrang. So war auch im aktuellen Golf-Krieg kein Wunder: Nur ein Bruchteil der Medienvertreter, die während des Golfkrieges im Irak ausharrte, kannte wirklich Land und Leute.

Eine weitere Beobachtung: Es gibt von seiten der Medien keine kritisch-distanzierte Berichterstattung über die humanitäre Hilfe. Hilfe ist per se gut, sie liefert anrührende Bilder, und sie ist moralisch. Solange Hilfe nicht im Desaster endet wie 1994 bei der Organisation »care« im damaligen Ost-Zaire, wird Hilfe von den Medien nicht hinterfragt. Auch nicht damals bei der Flutkatastrophe in Mozambique, als die rot-grüne Bundesregierung Hubschrauber für die Hilfsregion zur Verfügung stellte, die man vor Ort schneller, billiger und zahlreicher hätte haben können. Von den Medien jedenfalls werden Hilfe und Helfer in der Regel nicht kritisch betrachtet, ihr Tun und Handeln wird – außer von einem inner circle – nicht debattiert und nicht reflektiert.

Stattdessen gehen die Medien Allianzen und Symbiosen mit Helfern ein. Sie verbünden sich mit Organisationen, gründen eigene Organisationen und würden häufig auch die Spendengelder am liebsten selbst verteilen. Immerhin haben sie inzwischen gelernt, dass das selten gut geht.

Und nun, im Frühjahr 2003, also der Irak-Konflikt: Er ist eine Zäsur für die Politik, die Hilfsorganisationen und auch die Medien. Man muss sich nur die Sprache (der Medien) anschauen: Der Krieg heißt Waffengang, alliierte Bomber werfen nicht Bomben, sondern »leisten Vorarbeiten« für die Bodentruppen, der Iraker organisiert sich in der Regel in »Widerstandsnestern« und ist – zumindest in der Sprache der Medien – zumeist von gewisser Feigheit, weil er die amerikanischen und britischen Soldaten vorzugsweise »aus dem Hinterhalt« heraus angreift. Zum ersten Mal gibt es sogenannte »embedded journalists« – und selten war eine Berichterstattung ähnlich undistanziert. Es gab jedenfalls keinen Beitrag, der die ersten Hilfslieferungen nach Basra, die geplündert wurden, als das bezeichnet hätte, was sie wirklich waren: Ein völliger Fehlschlag.

Noch ist der »Erfolg« des amerikanischen Kriegszugs nicht abzusehen. Sicher aber ist: Noch nie sollten Hilfsorganisationen derart instrumentalisiert werden. Daraus ergibt sich ein Dilemma, das die Organisationen selbst – erstaunlicherweise übrigens – nicht thematisiert haben: Wenn sie in dem sich abzeichnenden Drama ihren Job gut, erfolgreich und effizient erledigen, die Leiden der Zivilbevölkerung auf ein Minimum reduzieren helfen, tun sie gewiss Gutes. Aber: machen sie Kriege vergleichbarer Art dann nicht eher führbar? Könnte es nicht sein, dass ausgerechnet sie dazu beitragen, Kriege vergleichbarer Art im Werkzeugkasten US-amerikanischer Außenpolitik fest zu etablieren? Es wäre keine schöne Perspektive und allemal einer weiteren Debatte wert ...

* * *

Humanitäre Hilfe, Außenpolitik und Hilfsorganisationen – eine Herausforderung

Die Zusammenarbeit zwischen NRO und Politik muss verstärkt werden

Ich sehe keine Widersprüchlichkeit und halte auch nicht viel von Feindbildern im Bereich Außenpolitik und humanitäre Hilfe. Warum sollte denn humanitäre Hilfe nicht Teil von Außenpolitik sein? Ist es nicht legitim zu sagen, dass Politik sich mit humanitärer Hilfe als solidarisch und verantwortlich erweist?

Insofern kann sich Politik auch beteiligen am Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen. Betrachten wir die aktuelle Diskussion, dann gibt es zum einen das klare Nein vieler Menschen zum Krieg. Es ist aber kein Nein zu humanitärer Hilfe – im Gegenteil. Ist es also nicht legitim zu sagen, humanitäres Engagement, humanitäre Hilfe zeichnet auch Außenpolitik aus?

Ich glaube, es ist gut und notwendig einen kritischen Dialog über Politisierung, über Instrumentalisierung, über Fluch und Segen der öffentlichen Meinung zu führen, und über Begehrlichkeiten und Interessen, die in diesem Bereich existieren. Es gibt nicht nur Interessen der Politik in diesem Bereich, sondern es gibt auch die Interessen der anderen Akteure. Es gibt unterschiedliche Rollen und es wäre notwendig und wichtig, diese Rollen besser miteinander zu verknüpfen. Auch über Konkurrenz und Wettbewerb sollten wir offen sprechen.

Ich erzähle Ihnen ein Beispiel. Als es in Mosambik um den Zugang zu Hilfsgeldern ging, war die Frage nicht nach Kompetenz und Qualifikation entscheidend, sondern nach Profilierung und Schnelligkeit. Dabei sollte es natürlich viel mehr um die Frage nach der Qualität von Hilfe gehen. Die Betrachtung von Qualitätskriterien für humanitäre Hilfe ist bisher viel zu wenig ausgeprägt. Die Auffassung des AA ist, dass humanitäre Hilfe politisch ist, aber ohne politische Ziele zu verfolgen. Sie hat Unparteilichkeit als Grundprinzip. Diese soll unangetastet bleiben. Dies drückt sich übrigens auch im Aufbau der Entscheidungsstrukturen im AA aus: Der Arbeitsstab humanitäre Hilfe entscheidet autonom über die Vergabe der Mittel. Natürlich gibt es auch hier Begehrlichkeiten und es wird viel über politische Prioritäten diskutiert. Aber entscheidend ist, dass humanitäre Hilfe keine Entwicklungspolitik ist. Humanitäre Hilfe kann keine Entwicklungszusammenarbeit, keine Konfliktprävention und Demokratisierungspolitik ersetzen. Ich gebe daher Frau Füllkrug-Weitzel absolut recht. Es ist eine große und wichtige Herausforderung, Möglichkeiten der Vernetzung und Verbindung zu schaffen. Wir benötigen eine Kohärenz zwischen Katastrophe und Soforthilfe, zwischen Rehabilitation und Entwicklungszusammenarbeit und der Funktion der humanitären Soforthilfe.

Es braucht auch eine stärkere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure, der humanitären Hilfsorganisationen, der Menschenrechtsorganisationen und der Politik. Unparteilichkeit ist ein Grundprinzip. Gleichwohl gibt es aber die politische Dimension der humanitären Hilfe. Ich habe Herrn Salm heute morgen so verstanden, dass die Politik notwendigerweise ein Gegensatz zur zivilgesellschaftlichen Arbeit sei. Politik sei notwendigerweise schlecht. Nun ich glaube, dieser Ansatz bringt uns nicht viel weiter. Wir müssen uns eingestehen, dass sich humanitäre Hilfe nicht von Politik trennen lässt. Sie findet nicht im politikfreien Raum statt. Und sie muss sich bisweilen moralisch sehr schwierigen Herausforderungen stellen.

Was ist, wenn sich humanitäre Hilfe z.B. in Nordkorea oder in Simbabwe um mehr Möglichkeiten für Helfer und Helferinnen bemüht? Ist das legitim, oder ist das ein Mißbrauch der Politik der humanitären Hilfe? Wie beurteilen wir, wenn in Ländern mit großen Naturkatastrophen versucht wird, capacity building von Seiten der Politik voran zu treiben. Ist das Mißbrauch von humanitärer Hilfe oder ist es nicht eine Voraussetzung, dass humanitäre Hilfe effizient geleistet werden kann?

Es gibt seit vielen Jahren den Versuch – und viele, die heute hier sind, werden sich am Dienstag in Berlin wiedersehen – eines Koordinierungsausschusses zwischen Politik und den humanitären Hilfsorganisationen. VENRO hat gesagt, dies sei einmalig in der ganzen Welt! Diese Zusammenarbeit zwischen NRO und Politik ist doch nichts Verwerfliches, sondern sie muss im Gegenteil noch verstärkt werden.

Ich würde gern von ihnen wissen, warum diese Funktion von Koordinierung ein Mißbrauch der humanitären Hilfe durch die Politik sein soll? Koordinierung ist gerade wichtig in Zeiten, wo humanitäre Hilfe auch ein bussiness wird. In Zeiten, in denen es darum geht, schnell, effizient und miteinander und nicht gegeneinander zu arbeiten.

Frau von Pilar hat gestern abend gesagt, sie würde sich eigentlich wünschen, dass auf dieser Veranstaltung nicht vom Irak gesprochen wird. Stattdessen war ihr Wunsch, über andere Konflikte zu reden, damit diese nicht vergessen werden. Ich gebe Ihnen insofern Recht, als die Politik – in einem nicht besonders üppigen finanziellen Rahmen – dafür sorgen muss, dass diese »vergessenen Konflikte« eben nicht vergessen bleiben. Der CNN-Effekt darf nicht Grundlage für politisches Handeln sein. Und die Frage bleibt auch hier: Ist solche finanzielle Unterstützung in ansonsten vergessenen Regionen ein Mißbrauch von humanitärer Hilfe?

* * *

III. Perspektiven der Hilfe



Gibt es einen Rechtsanspruch auf Hilfe?

Hilfsbedürftigkeit und Hilfeleistung als Kategorien eines internationalen Rechtssystems

1. Von Rechten und Ansprüchen

Die »allgemeine Erklärung der Menschenrechte« spricht von Rechten und auch von Ansprüchen. Auch in den relevanten Artikeln 22 (soziale Sicherheit) oder 25 (soziale Betreuung) ist von Ansprüchen die Rede. Allerdings sind die hier gewährten Rechte und Ansprüche für sich genommen nicht durchsetzbar. Es ist immer vorausgesetzt, dass sie durch nationale oder internationale Rechtssetzung konkretisiert werden. Soweit dies nicht geschieht, stehen sie nur auf dem Papier. Wenn im Folgenden von »geltendem Recht« die Rede ist, so sind derart gesetzlich oder vertraglich spezifisch begründete, durchsetzbare Ansprüche gemeint.

2. Was nach geltendem Recht Ansprüche begründet. Schuld, Verursachung, Veranlassung, Notstand und einzelstaatliche Gesetze

Einen »globalen«, allgemeinen Hilfsanspruch gibt es völkerrechtlich nicht. Grundsätzlich sind die einzelnen Staaten verpflichtet, ihren Bürgern oder sich dort aufhaltenden Personen die Rechte auf soziale Sicherheit und soziale Betreuung zu gewährleisten. Zwischenstaatliche Verpflichtungen entstehen im Wesentlichen durch Verträge.

Im Übrigen spielen völkerrechtlich immer haftungsbegründende Tatbestände eine Rolle: Nämlich die Verursachung und damit verknüpfte Verantwortung für Schäden, oder aber auch nur die Veranlassung von schadensträchtigen Verläufen. Entsprechende Verpflichtungen gibt es für kriegsführende Parteien. Über weite Strecken ist der »Hilfsanspruch« also ein Schadensersatzanspruch. Daneben gibt es internationale Abkommen (z.B. über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen), die aber eben nur die Vertragsstaaten binden.

Im Übrigen gibt es Fälle, wo ein Staat oder ein Privatrechtssubjekt zwar zunächst zur Aufopferung gezwungen oder gehalten sein kann, aber ihm hinterher Entschädigungsansprüche zustehen. So etwa, wenn ein Staat ein Handelsschiff aufbringt und die dort transportierten Nahrungsmittel zur Abwehr einer Hungersnot in einer Stadt einsetzt: Der Staat ist zur Restitution des Schadens verpflichtet selbst dann, wenn das Kapern des Schiffes durch Notstand gerechtfertigt war. »Dulde, und liquidiere« lautet hier die Parole.

Alle übrigen Regelungen sind vertraglicher Natur und basieren auf dem Prinzip der Gefahrengemeinschaft oder der Nachbarschaft.

Ein Blick ins deutsche Strafgesetzbuch

Die so genannten Unterlassungsdelikte sind Strafrechtlern problematisch. Denn es wird der Einsatz von Ressourcen, das heißt, von Geld und/oder Zeit verlangt, wenn man Hilfe leisten soll. Und dieser Einsatz von Ressourcen ist grundsätzlich nicht zu verlangen, während man das Unterlassen von schädigenden Handlungen von jedermann erwarten kann.

Eine umstrittene Ausnahme: »Unterlassene Hilfeleistung«

Eine Vorschrift im deutschen Strafrecht stellt die »unterlassene Hilfeleistung« unter Strafe, hier ist bei Unglücksfällen oder gemeiner Not tatsächlich von jedermann Hilfe zu leisten. Allerdings ist diese Vorschrift umstritten, weil sie die allgemeine Pflicht zur »solidarischen Schadensabwehr in akuten Notlagen« mit Strafe erzwingt und mit einem liberalen Recht nur schwer zu vereinbaren ist.

Die Geheimnisse dieser Vorschrift verbergen sich in den Merkmalen der »Erforderlichkeit und Zumutbarkeit« der Hilfeleistung – sehr vage Kriterien, und der Verweis auf die Abwägung im Einzelfall befriedigt den Juristen nicht wirklich. Die räumliche Nähe zum Geschehen, die Verstrickung in das Geschehen – vielerlei Kriterien können eine Rolle spielen. Als Modell für völkerrechtliche Ansprüche ist die Vorschrift jedenfalls untauglich. Zudem hat der Hilfeleistende hier zivilrechtliche Ansprüche hinsichtlich der von ihm getätigten Aufwendungen bzw. bei ihm eingetretenen Verluste.

Handlungspflichten bei sog. Garantenstellungen

Im Übrigen kennen wir strafbare Unterlassungen dann, wenn jemand eine sogenannte »Garantenstellung« hat. Eine solche haben z.B. Eltern gegenüber ihren Kindern: Man spricht dann von Beschützergaranten – sie müssen Schäden von ihren Schützlingen aktiv abwenden. Mag sein, dass manche Helfer sich so gerieren, aber rechtlich kommt das nicht in Betracht. Dann gibt es sog. Überwachungsgaranten: Wer Gefahrenquellen eröffnet, muss sie beherrschen und muss alle Folgeschäden aktiv abwenden, u.U. auch dann, wenn er alle Sorgfaltsregeln erfüllt (zivilrechtlich: Gefährdungshaftung) Letztere sind nun genau die Prinzipien, die auch in den völkerrechtlichen Haftungen eine Rolle spielen.

Überträgt man dies ins Völkerrecht, so kämen als solches rechtswidrige Vorverhalten z.B. Sklaverei und andere kolonialistische, imperialistische Handlungen in Betracht. Aber dies alles begründet keinen allgemeinen Hilfsanspruch, sondern folgt dem Verursacher- bzw. Schuldprinzip.

3. Warum sich ein allgemeiner Hilfsanspruch nicht begründen lässt

Noch einige Argumente zu der Frage, ob eine allgemeine Hilfespflicht rechtlich begründet werden sollte.

Rechtliche Ansprüche müssen bestimmbar und ggf. durchsetzbar sein

Das ist schon deswegen problematisch, weil man Kriterien zur Entscheidung z.B. der folgenden Fragen brauchte: Wer soll zur Hilfe verpflichtet sein? Wer darf die Hilfe rufen? Wer bestimmt den Umfang der notwendigen Hilfe? Darf ein Hilfsbedürftiger sich das Benötigte ggf. holen (Schiff mit Lebensmitteln kapern)?

Hier ist ein detailliertes Regelwerk und ein Verfahren erforderlich.

Grundsätzliche Einwände: Was ist am Helfen schlecht?

Jede »altruistische« Handlung setzt voraus, dass sich der Altruist schon vorher Ressourcen verschafft hat, das heißt, auf irgend eine Art »egoistisch« war. Mehr als Gegenseitigkeit oder Reziprozität kann man nicht verlangen und sollte man nicht verlangen – sonst entsteht Doppelmoral. Hilferhetorik postuliert oft einen Altruismus, der schon moralisch zweifelhaft ist, als verallgemeinerbares, rechtliches Prinzip aber überhaupt nicht begründbar ist.

Wenn man Hilfe rechtlich organisieren will, sollte man die »eigennütigen« Motive der Helfer nicht desavouieren – gehe es ihnen dabei um Status, langfristige ökonomische Interessen oder wenigstens ein moralisches Wohlgefühl. Vielmehr sollte man diese Motive aufnehmen und anerkennen und sie so einbauen, dass sie sich für beide Seiten gewinnbringend auswirken: Hilfe als Investition, Schädigung als Hypothek ökonomischen, kulturellen, sozialen Kapitals.

Hilfe annehmen kann dann verstanden werden als Chance, die Hilfsbedürftigkeit zu überwinden und Autonomie sowie Produktions- und Kaufkraft zu gewinnen.

Die allgemeine Maxime eines solchen Systems müsste also auf Herstellung von Bedingungen für Reziprozität ausgerichtet sein – das Fischen lehren (ohne für akute Notlagen auszuschließen, den Hunger mit Fisch zu stillen).

Helfer sind interessiert, ihre Hilfsgüter nicht »in ein Fass ohne Boden« zu werfen. Entsprechend müssen Mitwirkungspflichten der Hilfeempfänger begründet werden. Fragen gerechter Verteilung müssen allgemein gelöst und im einzelnen Fall konkretisiert werden – dies sollte weder den Helfern noch den Hilfeempfängern allein überlassen sein.

Hilfe birgt die Gefahr, dass der Hilfeleistende abhängig wird, dass er Autonomieverluste erleidet, in seinem Stolz verletzt wird. Insofern stellt sich gerade zwischen Staaten oder anderen Kollektiven die Problematik, wer denn Hilfe herbeirufen kann – der Stolz der Regierenden mag den Hilferuf ersticken lassen, während die Regierten und von der Not mehr Betroffenen um Hilfe schreien, ihr Hilferuf aber nirgendwo aufgenommen werden kann. Um dieses Problem zu lösen, bedürfte es guter Eingriffsbefugnisse oder einer Definitionsmacht der Helfer oder eines Neutralen.

Es müssten die Grenzen von Aufopferungsansprüchen bestimmt werden, es müsste ein Verhältnis der Hilfeleistenden zueinander hergestellt werden etc.

Schließlich gibt es auch immer wieder Auseinandersetzungen darüber, wer Hilfe leisten darf, eine Konkurrenz der Helfer, weil man mit Hilfeleistungen langfristige Verpflichtungen erzeugen oder auch kurzfristige Gewinne einstreichen kann.

4. Stichworte zu einem internationalen Sozialsystem

Wie bedeutsam die Fragen sind, die die Konkurrenz von Helfern, die Begründung von Zahlungsverpflichtungen durch rechtswidrige Akte, die Freiheit der Hilfsbedürftigen, Helfer und Hilfearten ihrer Wahl heranzuziehen betreffen, zeigt sich brennglasartig im Irak-Konflikt.

Nur ein System, das die Produktion von Hilfsbedürftigkeit mit berücksichtigt und ihr entgegenzusteuern sucht, was die verschiedenen Arten von Hilfe integriert, kann den Ansprüchen etwa der Menschenrechtskonvention langfristig zur Realisierung verhelfen.

Ein allgemeines Sozialsystem ist auch mit Blick auf zerfallende Staaten, Herrschaft von warlords, aber auch Privatisierungs- und Deregulierungstendenzen wünschenswert. Diese Vorgänge lassen die vorrangige Verpflichtung der Staaten zur Umsetzung völkerrechtlicher Ansprüche leerlaufen und Anspruchsgegner für Schadensersatzansprüche »verschwinden« wie auch ein Rechtssystem, eine »nationale« Justiz, zu ihrer Durchsetzung.

Institutionalisierung kann helfen, absehbare und immer wieder auftauchende Konflikte in der Entlastung von dem Druck der unmittelbaren Katastrophe vorherzusehen und dafür Regelungen zu treffen. Die Katastrophe ist ein falscher Ort und die falsche Zeit, um die zugrundeliegenden strukturellen Konflikte zu lösen.

5. Versicherungssystem auf Gegenseitigkeit

Angesichts der hier nur kurz angerissenen Probleme ist die Frage, was der Jurist zu bieten hat.

From status to contract

From status to contract – das ist eine kurze und weithin akzeptierte Beschreibung der Rechtsgeschichte. Sie drückt sich zivilrechtlich in Individuation, Privatautonomie und Markt, öffentlichrechtlich in Demokratie, Gleichheitsgrundsatz, Gesellschaftsvertrag aus: Volkssouveränität und Konsumentensouveränität. Paternalistische Modelle, Gewaltverhältnisse verschwinden tendenziell; Herr und Knecht werden durch gleichberechtigte, (aber nicht notwendig gleiche) Marktteilnehmer ersetzt.

Wenn man grundsätzlich Reziprozität und wechselseitige Anerkennung, das heißt, den Respekt vor den Motiven, Interessen und dem Stolz des anderen einschließt, so kommen nur Verträge, Beistandspakte oder, wenn man so will, »gesellschaftsrechtliche« Lösungen – Vereine, Genossenschaften, Aktiengesellschaften – in Betracht.

Was es für eine solche gesellschaftsrechtliche Lösung braucht, ist eine Repräsentanz der Helfer, der Hilfsbedürftigen und zwar jeweils der verschiedenen Kräfte, die in diesen kollektiven Subjekten tätig sind. Und insgesamt kann es wohl nur so etwas wie ein »Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit« sein.

Zwei Modelle scheinen vorstellbar:

Für ein »Marktmodell« kommt es darauf an, Hilfeempfänger mit Kaufkraft ausstatten, so dass sie ihre Präferenzen unter verschiedenen »Anbietern« und verschiedenen Leistungen durchsetzen können. Marktwirtschaftliche Modelle setzen die »Konsumentensouveränität« voraus. Diese läuft ohne Kaufkraft leer und damit kann der Markt gerade nicht modellentsprechend funktionieren. Wo die Leistungsempfänger nicht zugleich aktive und potente Marktteilnehmer sind, kommt es zu Marktversagen.

Dabei muss der Markt »im Schatten des Leviathan« zur gemeinwohlverträglichen Selbstregulation gebracht werden.

Für ein »politisches Modell« ist die Demokratisierung der entscheidende Faktor. Geldgeber (aber auch Geldnehmer) müssen in der unvermittelten Durchsetzung ihrer Interessen neutralisiert, dürfen aber nicht gehindert werden, ihre Interessen und Wünsche geltend zu machen. »Gewaltenteilung«, »entfaltete Mitwirkungs- und Widerspruchsmöglichkeiten« sind hier wichtige Stichworte.

Triangulierung der Beziehungen: Das Vorbild des barmherzigen Samariters

Bei der Konstruktion eines internationalen allgemeinen Hilfesystems dürfte es wichtig sein, zumindest eine triadische Beziehung zu denken. Bereits der »barmherzige Samariter« zeichnete sich dadurch aus, dass er für Pflege durch den Wirt sorgte und diesen anzahlte, aber eine Nachschau vorsah, von deren Ergebnis weitere Hilfe abhing.

Darüber hinaus geht es in vielen Fällen auch gerade darum, die »Hilfe zur Selbsthilfe« zu stärken, so dass der Hilfsbedürftige zugleich Helfer sein kann (was bei den hier in Frage stehenden Fällen, wo es um Kollektive geht, ja auch auf individueller Ebene häufig der Fall ist), anders gesagt geht es darum, die Hilfsbedürftigen und Verletzten selbst mit den Ressourcen auszustatten, dass sie sich selber helfen können.

Eine solche Entkopplung ist zur partiellen Neutralisierung von dominanten Interessen notwendig – weil die Dominanz sich gerade an der Finanzkraft festmacht und diese also von der Durchführung und Ausführung der Hilfe abtrennen lassen muss.

So lange die Finanziere einen dominanten Einfluss haben, bleiben sie auch in der Variante des »Bankers-Paradox« befangen: Ihre Hilfe wird umso wirksamer, je weniger hilfsbedürftig der Adressat ist. Dies gilt gerade wiederum für Kollektive. Die jeweils gegebenen Infrastrukturbedingungen – z.B. allgemeine Hygiene bei der Vergabe bestimmter Medikamente – stellen entscheidende Variablen für den Erfolg von Hilfe dar. Eine den jeweiligen Umständen optimale Hilfe kann daher in der Regel nur in Kooperation mit den Hilfsbedürftigen erarbeitet werden und diese müssten ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. Das Gewicht dieses Wortes hängt aber daran, in wieweit ein verbindlicher Einfluss auf die Art der Ressourcen und ihre jeweilige Verwendung genommen werden kann.

Weniger Suche nach Schuldigen

Ein Versicherungssystem auf Gegenseitigkeit könnte auch im internationalen Maßstab zur Entlastung von der Suche nach dem Schuldigen und/oder dem Verursacher beitragen, zu mehr »Fehlerfreundlichkeit« bei Abkürzung durch Entlastung von prozessualen Problemen, Aufdeckung von Fehlern statt Leugnung.

Gegen die Merkmale totaler Institutionen

Objektstatus der Insassen, Bürokratisierung, permanente Kontrolle, Entmündigung – das jeweilige Gegenteil der Merkmale, die Goffman als typisch für totale Institutionen beschrieben hat, Vielfalt und Varianz, Mechanismen zur Aufdeckung schlechter Gewohnheiten (Trottdetektor) und von Kumpaneien und kontraproduktiven Fraktionsbildungen müssen für beide Modelle berücksichtigt werden.

Vorbereitung auf Hilfsbedürftigkeit und Hilfeleistung

Die Organisation eines solchen Hilfesystems sollte auf Hilfe und Hilfsbedürftigkeit vorbereiten: die Fähigkeiten entwickeln, von einer guten Hilfe Gebrauch machen zu können und Fähigkeiten, Hilfe in ihrer Komplexität leisten zu können.

6. Struktureller Hintergrund. Die Produktion von Hilfsbedürftigkeit

Von Hause aus Kriminologe, geht mir Bertold Brechts Frage nicht aus dem Sinn: »Was ist ein Bankraub gegen eine Aktie?« – eine Frage, die die Kriminologie bis heute nicht befriedigend beantworten kann, und wenn man die krasse Ungleichverteilung von ökonomischem, aber auch kulturellem Kapital weltweit betrachtet und die Geschichte rekonstruiert, dann hat sie sehr viel mit Konquistadoren und Imperialismus zu tun. Und nicht alle Vereinbarungen und Gesetze tragen Rechtscharakter: Es gibt Unrechtsgesetze. Insofern werden sich die Fragen der Hilfe und der Hilfsbedürftigkeit nicht beantworten lassen, ohne dass man »Aneignungsrechte« unter der Frage diskutiert, inwieweit hierdurch die Hilfsbedürftigkeit immer wieder aufs Neue produziert wird. Die Hilfsorganisationen stehen vor Dilemmata, die sie nicht selbst erzeugt haben und deren strukturellen Hintergrund sie auch kaum beeinflussen können. Dennoch glaube ich, dass solche »Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit« mit einer angemessenen Repräsentanz der unterschiedlichen Interessen eine Möglichkeit sein können, die Zusammenarbeit zwischen Hilfsbedürftigen und Helfern zu verbessern und immer im Auge zu behalten, dass es einen Ausgleich geben kann und geben wird, wenn sich diese strukturellen Ungleichgewichte zwischen Hilfeleistenden und Hilfsbedürftigen zu mehr Gleichheit hin entwickeln. Vielleicht kommt auf diese Art und Weise auch eine Einsicht zusammen, dass dies dem langfristigen beiderseitigen Interesse mehr entspricht – das ist das, was unter dem Stichwort der »klugen Egoisten« oder, wie ich es zu nennen liebe, dem »Prinzip der langfristigen Klugheit« sich ergibt.

7. Von Feigenblättern zu Keuschheitsgürteln

David Rieff hat in seinem Beitrag auf dem Kongress behauptet, die Hilfsorganisationen unterstützten den Ruf nach Rekolonialisierung versagender Staaten und das Völkerrecht sei nur das Feigenblatt, in das sie dies gerne hüllen würden. Während die USA das Völkerrecht als hinderliche Barriere schlicht brechen, scheint es auch aus Rieffs Perspektive kontraindiziert, daran festzuhalten, weil damit nur die Praxis der Rekolonialisierung verhüllt wird.

Das Verhältnis zum Recht ist häufig zwiespältig. Recht und Juristen bauen bürokratische Hemmnisse auf, die die Verfolgung des Guten und den Kampf gegen das Böse behindern, oder sie decken ein Mäntelchen über anstößige Praktiken. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass aus dem erst einmal sicher angebrachten Feigenblatt nach und nach ein Keuschheitsgürtel entwickelt werden kann – um in der anstößigen Metaphorik zu bleiben.

Die Entwicklung der rechtlichen Instrumente, um Gewalt zu zähmen, ist ein langer Prozess und nur schwer von jenem zu trennen, bei dem Recht zur Legitimation von Gewaltanwendung verwendet wurde oder das Gesetz als Instrument, Ausbeutung und Gewaltverhältnisse zu perpetuieren. Allerdings kann man schwer übersehen, dass im Zuge der Entwicklung rechtstaatlicher, föderaler und demokratischer Institutionen die Vorstellung, was »gerechte Gesetze« implizieren, Stück für Stück deutlicher werden konnte. Das Völkerrecht, das auf die Durchsetzung mit dem »Bulldozer« weitgehend verzichten musste, ohne dass man behaupten kann, seine Geltung sei bloß fiktiv. Geltung ohne Zwang: der Konsens oder jedenfalls die Rücksicht auf heftig widerstrebende Stimmen gehört zu seinen Wirkungsvoraussetzungen.

Die Weiterentwicklung der Organisationsform gerade von Katastrophen-, Kriegs- und Entwicklungshilfe kann nur gelingen, wenn man das Recht nicht nur als Feigenblatt ansieht, das Gewalt und Ausbeutung verhüllt, sondern als ein Anknüpfungspunkt sowohl für Verhaltensanforderungen als auch für Überlegungen, wie man dem Recht besser zur Geltung verhelfen kann, indem sich die Beteiligten umso weniger entziehen können, je sicherer das Feigenblatt an seiner Stelle angebracht ist.

* * *

Jenseits des bürgerlichen Sozialstaats: weltbürgerliche Solidarität

Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit

Obwohl sich die neoliberale Globalisierung in einer tiefen Krise befindet, ist die Hegemonie neoliberaler Ideologie nicht nachhaltig erschüttert. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Kritik des Globalisierungsprozesses oft defensiv formuliert wird. Die folgenden Thesen umreißen dem gegenüber ein Projekt sozialer Gerechtigkeit, das den Neoliberalismus kritisiert, indem es nicht hinter ihn zurück-, sondern über ihn hinaus will.

Das Scheitern des nationalen Sozialstaates

Der an das Ende der Systemkonkurrenz gebundene Begriff des »Epochenbruchs« markiert heute eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im globalen Maßstab. Mit der Systemkonkurrenz fiel auch die Weltordnung, innerhalb der sie ausgetragen wurde. Diese Ordnung schien über Jahrzehnte hinweg von der tendenziell weltweiten Durchsetzung großindustrieller Massenproduktion geprägt zu sein, gleichgültig übrigens, ob in liberalkapitalistischer, staatssozialistischer oder anderer Form. Auf dem Wege »nachholender Entwicklung« sollte dabei zwischen Nord und Süd derselbe soziale Ausgleich verwirklicht werden, den die Industriestaaten in ihrer Ausgestaltung des Sozialstaates erreicht hatten.

Heute scheint dieses Projekt unwiderrufflich gescheitert zu sein:

- Die von den Industriestaaten betriebene De-Regulierung der Kapital- und Finanzströme und die Internationalisierung der Arbeitsteilung haben die Standort-Konkurrenz zwischen diesen Staaten soweit entfesselt, dass sie von Sozial- zu »nationalen Wettbewerbsstaaten« (J. Hirsch) werden mussten. Um den Preis des Rück- und Abbaus sozialstaatlicher Funktionen geht es nur noch um die Durchsetzung bestmöglicher Verwertungsbedingungen eines transnational freigesetzten Kapitals.
- Die Internationalisierung der Arbeitsteilung hat zu einer strukturellen Massenerwerbslosigkeit geführt, mit der die materielle Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden »Vollbeschäftigung« – hinfällig geworden ist.

- In den Staaten des globalen Südens führte dies zum Scheitern der vielbeschworenen »nachholenden Entwicklung«. Die mit dem Anschluss an den Weltmarkt erfolgte Zerstörung traditioneller Subsistenz verschärft die Krise in einer Verelendungsdynamik katastrophischen Ausmaßes.
- Im Norden wie im Süden kommt es zur Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft. Weltweit müssen Millionen in informellen Schattenökonomien überleben. Wiederum für Millionen kann selbst dies nur durch Arbeitsmigration erreicht werden. Dabei wächst die Zahl derjenigen, die gänzlich von der Hilfe anderer abhängig sind – Kriegs- und Gewaltopfer, Vertriebene, Flüchtlinge, Alte, Kranke und Kinder. Ohne jeden Rechtsanspruch können diese Menschen nur noch auf die Unterstützungsleistungen humanitärer Organisationen zählen.
- Die Schattenökonomien gehen fließend in gewaltdurchherrschte Ökonomien der Kriminalität und des sozialen Kriegs über, die in immer mehr Gesellschaften zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion werden und auf eine vollständige Zerstörung des Sozialen tendieren.

Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung kann die selbst in den entwickelten Industriegesellschaften nie wirklich verallgemeinerte Lohnarbeit nicht mehr der zentrale Zugang zu den Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens und den Systemen seiner solidarischen Sicherung sein. Zugleich ist eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen weder zu verteidigen noch gar auszubauen – es sei denn, man akzeptierte die strukturelle Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung.

Für den Abschied vom lohnarbeitsgestützten nationalen Sozialstaat spricht aber auch die von den sozialen Bewegungen des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts artikulierte Kritik an allen Formen dieses Staates, die selbst eine der Ursachen seines Scheiterns war und später von der neoliberalen Ideologie usurpiert wurde:

- Der de facto ja nur in den Industriestaaten realisierte nationale Sozialstaat hatte die asymmetrischen Machtverhältnisse der Weltwirtschaft zur systematischen Voraussetzung: das Versprechen der »nachholenden Entwicklung« konnte nie gehalten werden.
- Auf primär männliche Lohnarbeit gestützt war der nationale Sozialstaat auch in den Industriestaaten auf das unhaltbare Versprechen »nachholender Entwicklung« – in diesem Fall des Einschlusses der Frauen in die »Vollbeschäftigung« – gegründet.
- Der auf Lohnarbeit gegründete nationale Sozialstaat war dabei stets ein autoritärer Staat, der in der Regel nur bürokratische Formen solidarischer Sicherung ausbilden konnte.
- Auch ökologisch haben sich Massenproduktion wie Massenkonsum als desaströse Weise der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens erwiesen.

Soziale Sicherung weltweit

Ein über den Neoliberalismus hinausführendes Projekt sozialer Gerechtigkeit hängt insofern an den folgenden elementaren Voraussetzungen:

- da die strukturelle Massenerwerbslosigkeit nur die Form ist, unter der die gesellschaftliche Arbeit im ausschließlichen Interesse bestmöglicher Kapitalverwertung verkürzt und umverteilt wird, kann eine Lösung der Krise nur durch die demokratische Kontrolle der globalen Arbeitsteilung erreicht werden: Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit nach Maßgabe eines demokratisch auszuhandelnden weltgesellschaftlichen Interesses.
- da die solidarische Sicherung der Teilhabe an der materiellen und symbolischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens nicht länger auf der Grundlage individueller Lohnarbeit möglich ist, muss sie als bedingungsloses Bürgerrecht, genauer: als konkreter Inhalt von Bürgerschaft gedacht werden.
- da Massenerwerbslosigkeit weltweit Millionen Menschen in informelle Ökonomien zwingt hat, muss eine Demokratisierung der Arbeitsteilung auch die zahllosen familialen oder kommunitären Netze gegenseitiger Hilfe einbeziehen, die – oft in Verbindung mit Migrationsbewegungen – die soziale Basis der Informalität bilden. Hierzu gehören auch die ebenfalls stark expandierenden gemeinwesenorientierten Formen parastaatlich oder privat organisierter sozialer Arbeit einschließlich der humanitärer Organisationen. Im Zusammenhang informeller und sozialer Arbeit zeichnet sich eine solidarische Ökonomie ab, deren Stärkung gegenüber der privatwirtschaftlichen wie der staatsverwalteten Ökonomie vorrangiges Ziel einer partizipativ, reziprok und subsidiär entfalteten Demokratisierung der Arbeitsteilung sein muss.
- da informelle wie soziale Arbeit immer auch Teil der Prekarisierung des gesellschaftlichen Lebens, der vor allem Frauen zugeteilten Mischformen von Arbeit und Fürsorge sowie der staatlich gedeckten Einführung von Formen der »workfare« (Zwangsarbeit) sind, ist eine reale Demokratisierung der Arbeitsteilung an ein ohne Gegenleistung zuzuteilendes Grundeinkommen (Bürger- bzw. Existenzgeld, sozialer Lohn, universelle Zuwendung etc.) gebunden. Dieses soll jeder Bürgerin und jedem Bürger am jeweiligen Aufenthaltsort die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichern. Allerdings garantiert auch ein bedingungslos zugewiesenes Grundeinkommen nicht die Überwindung prekärer Lebensbedingungen; seine konkrete Höhe wird deshalb notwendig ein strategischer Einsatz gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein.
- da nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord-Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft nur in der Form einer Weltbürgerschaft garantiert werden. Deren Horizont ist nicht ein weder wünsch- noch realisierbarer »Weltstaat«, sondern der Globalisierungsprozess selbst als demokratisch gestalteter Prozess.

Die Demokratisierung der Arbeitsteilung ist seit den ersten Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit im 19. Jahrhundert der Kern jeden Versuchs, die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger real durchzusetzen. Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung geht es darum, sie in globaler Dimension zu verwirklichen.



Thomas Seibert

Walter Schütz

Die Kosten der Hilfe und der Preis der Entwicklung

Oder: wie ein sich selbst tragendes Projekt an der
Entwicklungsbürokratie zu scheitern drohte

Wir befinden uns in El Salvador, einem kleinen Land in Mittelamerika. Ende der 80er Jahre tobte dort immer noch der Bürgerkrieg zwischen der Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und der Staatsregierung und ihren Militärs. In den Gebieten, in denen die Guerilla ihre soziale Basis hatte, lebten zumeist Kleinbauern. Dort trafen wir David Evans: Ex-Marine der Armee und organisiertes Mitglied der Vietnam-Veteran-Foundation, eine US-amerikanische Organisation, die sich strikt gegen die Intervention der USA in Mittelamerika aussprach. David war kriegsbeschädigt. Nach schweren Verletzungen im Vietnamkrieg mussten ihm beide Beine amputiert und durch Prothesen ersetzt werden. Sein Beruf: Prothesentechniker. Nach Abschluss seiner Berufsausbildung und einigen Jahren Berufserfahrung baute er zuerst mit einfachsten Mitteln Prothesen für die Landbevölkerung in El Salvador, vor allem für Minenopfer. Damit schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe. Es gelang ihm, den Kriegsversehrten wieder ein bäuerliches Leben zu ermöglichen. Und er trug entscheidend zu ihrem Überleben auch in einem anderen Sinne bei. Durch die Prothesen wurden die Militärs, vor allem die Hacienda-Polizei, überlistet. Letztere machten Verkehrskontrollen, stoppten Überlandbusse, das Verkehrsmittel des armen Mannes, und sortierten die verdächtigen Personen aus. Ein Amputierter galt von vornherein als guerillaverdächtig. Oft wurden sie zu Verhören gebracht, brutal gefoltert und schließlich »verschwand« sie. Ein Prothesenträger blieb meist unerkannt und konnte so diesem Schicksal entgehen.

Salvadorianer helfen versehrten Salvadorianern

Davids Lebensgeschichte brachte uns auf eine Idee. Warum sollte er nicht durch »learning by doing« kriegsbeschädigte Salvadorianer zu Prothesentechnikern ausbilden, die dann wiederum ihre kriegsverletzten Compañeros und Compañeras mit den notwendigen Gehhilfen versorgen könnten, um ihnen so den Lebensalltag zu erleichtern. Die Idee, dies in El Salvador zu realisieren, wurde bald aus Sicherheitsgründen verworfen. Aber auf Kuba lebten in einem Camp einige hundert salvadorianische Kriegsversehrte. Sie realisierten das Projekt: medico international finanzierte eine gut ausgerüstete Prothesen- / Orthesenwerkstatt. Im Gegenzug erhielt eine Gruppe der dort exilierten Salvadorianer eine Ausbildung als Ortho-

pädiemechaniker. In El Salvador wurden die amputierten Kriegsversehrten vermessen und es wurden Gipsabgüsse ihres Stumpfes angefertigt. Dann wurden die Prothesen angepasst und, wenn nötig, die physiotherapeutischen Übungen durchgeführt. Das Projekt funktionierte, wenn auch manchmal mit Schwierigkeiten. Denn David musste jeden Monat mit einem Koffer voll Kunstgliedmaßen den salvadorischen Zoll passieren.

Nach dem Friedensschluss von 1992 kehrten die exilierten Salvadorianer aus Kuba zurück. Auch die Prothetiker. medico international plante für die Versorgung von ca. 2.000 Beinamputierten im Land eine neue Werkstatt, stattete sie aus und unterstützte die Prothesentechniker bei der Bewältigung ihres neuen Alltags.

Im August des gleichen Jahres wurde PODES gegründet, die *Promotora de la Organización de Discapacitados de El Salvador*, also der Förderverein für die Versehrten in El Salvador, dessen übersetzte Initialen »Du kannst« bedeuten. Geplant war, dass unter dieser Rechtsperson ein belegschaftsverwalteter Betrieb entsteht, der nach 5 Jahren hätte verwaltungsmäßig und finanziell autonom sein sollen.

Nach dem Krieg die Invasion der NGOs

Wie so häufig nach Kriegen und Katastrophen, folgte dem Friedensschluss der Einmarsch von Hunderten von Regierungsdelegationen, Nichtregierungsorganisationen und GONGOs (Governmental Non Governmental Organisations, also sog. Nichtregierungsorganisationen, die letztlich 100 % von Regierungen finanziert werden). Sie begaben sich auf »Projektfindungsmission«, wie das so schön heißt.

Ihre Aufgabe bestand darin, nationale Partner zu finden, Projekte zu formulieren bzw. entgegenzunehmen und den Mittelabfluss aus den Geberländern zu organisieren. Das Ganze geschah unter großem Zeitdruck. Aber nicht um schnelle Hilfe ging es, sondern es steckte etwas anderes dahinter. Die Regierungen der Geberländer stellten zur Rehabilitation der kriegs- bzw. katastrophengebeutelten Länder großzügig Mittel zur Verfügung (oft um ihre vorherige Beteiligung am Kriegsgeschehen vergessen zu machen), die dann in diesen Ländern zumeist von internationalen Organisationen »abgewickelt« wurden. Es ging also letztendlich darum, vom großen Kuchen möglichst schnell und viel abzukommen. Und da zählte weniger die Konzeption, der wirkliche Bedarf, sondern die Parole: wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Es ging wohl eher um den Selbsterhalt der internationalen Organisationen.

Statt Prothesenspezialisten gab es Abrechnungsspezialisten

Es soll hier nicht aufgelistet werden, wer alles 1992/93 bei PODES vorstellig wurde. Es waren nahezu alle Einrichtungen aus der Rehaszene des Nordens, die international arbeiten. Schließlich wurden 9 Kooperationsverträge mit Geberorganisationen geschlossen. Und jeder kam mit seinem eigenen Schema und seinen eigenen Auflagen. Die Projektpräsentation zum Beispiel: Da gab es das Schema des Logical frame, das Format der Europäischen

Union (damals noch EG), das Schema des USAID. Oder die Abrechnungen: der einen Geberorganisation genühten die Regeln der nationalen Buchhaltung, andere waren mit Ausgaben-Einnahmen-Listen zufrieden, andere wollten gar die Originalbelege mitnehmen, was gegen nationale Gesetze verstieß. Eine Geberorganisation wollte die Buchhaltung des Gesamtbetriebs haben, andere nur den ihres Projektanteils. Und manche wollen gar keine Abrechnung, wie z.B. die Solidaritätsgruppen. Entsprechend war die Vielfalt der abzuliefernden »Projektfortschrittsberichte«. Und natürlich waren auch die Berichtszeiträume unterschiedlich: monatlich, vierteljährlich, halbjährlich, jährlich, natürlich in englischer Sprache. Da das Projekt im März begonnen wurde, war der Halbjahresbericht nach sechs Monaten im August fällig.

Diese Entwicklungsbürokratie und die fast nicht zu bewältigende Herausforderung, es allen Leuten recht machen zu müssen, führte bei PODES zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparates. Der Mittelabflussdruck, also die Notwendigkeit, in bestimmten Zeiträumen bestimmte Umsätze zu machen, führte dazu, dass keine Kriegsversehrten in Verwaltungstätigkeiten ausgebildet wurden. Es war zu zeitaufwendig. Stattdessen mussten Profis her. Der Anteil der Kriegsversehrten an der Gesamtbelegschaft nahm immer weiter ab.

Im Ergebnis wurde die gute Idee in ihr Gegenteil verkehrt. Statt eines von der kriegsversehrten Belegschaft selbstverwalteten Betriebs entstand ein von Geberorganisationen definierter Betrieb. Es bildete sich eine Hierarchie heraus, in der oben auf dem Berg die Geberorganisationen, darunter der Verwaltungsapparat des Betriebs, wiederum darunter die Orthopädiemechaniker / innen und am Fuß des Berges die Patienten saßen. Ja! – Patienten gab es zum Glück auch noch.

Auf Gedeih und Verderb: der Mittelabflussdruck

Zum Mittelabflussdruck kam noch der Produktionsdruck hinzu. Es musste auf Gedeih und Verderb Output erzielt werden. Die Geberorganisationen wollten hohe Zahlen sehen. Denn spätestens in drei Jahren sollten alle 2 000 Kriegsversehrten ihre Erstprothese erhalten haben. Die Verwaltung gab den Produktionsdruck an die Techniker weiter. Aber da regte sich bald Widerstand. Denn zwischen den Technikern und den Patienten bestand eine besondere Beziehung. Beide teilten als Kriegsversehrte die traumatische Erfahrung. Neben dem Abmessen und Anpassen der Prothese gab es viele Gespräche. Sie hatten durchaus therapeutischen Charakter. Es entstand Vertrauen. Der Patient konnte sicher sein, dass der Prothesentechniker sein Bestes geben würde. Der Techniker war auch motiviert, denn er wusste, dass er eine sinnvolle Arbeit machte. In den Augen der Verwaltung stand diese Beziehung im krassen Widerspruch zum Mittelabfluss- und Produktionsdruck. Die Techniker wehrten sich. Doch schließlich siegte die Outputideologie, bis das besondere Verhältnis Patient – Helfer zerstört war.

Abzug zum nächsten Nachkriegsschauplatz

Aber nach 2 bis 3 Jahren zog die Karawane der ausländischen Helfer weiter zum nächsten Nachkriegsschauplatz. Die Begründung war lapidar: Nach drei Jahren sollte der Laden ja wohl alleine laufen können. Beim Abzug machte man kein Getöse, der Rückzug vollzog sich klammheimlich. Die Kooperationsverträge wurden nicht verlängert. Mit wenigen Ausnahmen. medico international und die Vietnam Veteran Foundation schlossen sich dem Treck nicht an.

Was blieb, war ein nicht überlebensfähiges Projekt, das so nicht hätte fortexistieren können. Statt nun frustriert hinzuschmeißen, wurde das gemacht, was schon lange hätte getan werden sollen. Alle Beteiligten einschließlich der Belegschaft setzten sich zusammen und untersuchten, was da eigentlich geschehen war. Es wurden Seminare abgehalten, in denen die Schwächen und Stärken, die Anfälligkeiten, aber auch die Potentiale des Betriebs untersucht wurden. Es wurden Ursachen und Wirkungszusammenhänge hergestellt. Dann gab es Reifungsphasen, erneute Diskussionen, auch interessensgebundene Blockaden und schließlich auch Ergebnisse.

Das wichtigste war: Der Patient ist in Zukunft Nummer eins. Die zweite wichtige Erkenntnis lautete: Eine Prothese ist kein Produkt, das in fordistischer Serienproduktion hergestellt werden kann, sondern ein Einzelstück, das den Gewohnheiten und Bedürfnissen des Patienten genügen muss. Daraus folgte die Aufwertung des Prothesentechnikers. Um die Erwartung des Patienten feststellen zu können, setzte dies die Wiederherstellung des Verhältnisses Helfer – Patient voraus. Nur ein einziger Erfolgsindikator konnte gelten: Benutzt der Patient die Gehhilfe – oder nicht. Die Erfolgskontrolle fand deshalb im Dorf des Patienten statt und nicht durch Interpretation der Lagerbuchhaltung.

Um diese Qualität zu erreichen, wurde noch einmal aus- und fortgebildet. Darüber hinaus wurde im Tandem produziert. Zwei Techniker überprüften gegenseitig nach bestimmten Arbeitsabschnitten die Qualität. Und es wurde darauf hingearbeitet, dass die Techniker mit ganz wenigen Anweisungen auskamen und selbständig arbeiteten.

Natürlich führte diese Restrukturierung des Betriebs zu teils heftigen Auseinandersetzungen. Vor allem die Fachkräfte in der Verwaltungseinheit wollten nicht einsehen, dass die versehrten Prothesentechniker aufgewertet wurden. Das spitzte sich noch zu, als es wegen der guten Qualität zu einer Erweiterung des Patientenspektrums kam. Versicherungen, Betriebskassen, selbst bezahlende Patienten finanzierten zunehmend entsprechend einer erarbeiteten Preisliste Produkte und damit die Kosten des Betriebs. Vietnam Veterans und medico international setzten dem noch die Krone auf. Sie stellten die Zahlungen an PODES ein. Statt dessen gaben sie ihre Zuschüsse in einen eigens dafür gegründeten Sozialfonds, aus dem der nichtversicherte bzw. nicht zahlungsfähige Patient seine Prothese bezahlen kann.

Außerdem wurde eine Komponentenwerkstatt errichtet. Eines Tages gelang es *Dienste in Übersee* dem Projekt einen deutschen Orthopädiemechaniker mit Meistertitel zur Verfügung zu stellen. Manfred Wagner brachte den Mechanikern zunächst die Grundla-

gen der Feinmechanik bei, um Qualitätsprodukte herzustellen. Dann stellte er fest, was im Lager fehlte. Schließlich wurden zunehmend Armhaken produziert, da es viele Armamputationen gab, für deren Bedarf es vorher bei PODES keine Antwort gab. Als sich die Lager langsam leerten, wurde die Produktion diversifiziert. Heute ist PODES in einem mittelamerikanischen Netz von Prothetikwerkstätten tätig. So werden Komponenten nach Antigua (Guatemala) nach Leon (Nicaragua) und Choluteca (Honduras) geliefert. Aber auch nach Sierra Leone in Afrika wurden Produkte geliefert.

PODES ist heute, 10 Jahre nach seiner Gründung, ein autonomer, von der Belegschaft selbstverwalteter Betrieb.

* * *



Sind Entwicklungshilfe und Nothilfe finanzierbar?

Über die Rolle der Wirtschaft bei der Finanzierung von Hilfe

Bevor ich auf das Thema: »Ist Hilfe finanzierbar?« zu sprechen komme, gestatten Sie mir zwei persönliche Vorbemerkungen:

Erstens: Es ist meine feste Überzeugung: Die beste und wirksamste Unterstützung jeder Form von humanitärer Hilfe, das ist eine verantwortungsvolle internationale Politik, die auf die aktive Verhütung humanitärer Katastrophen ausgerichtet ist. Davon sind wir aber – wie die gegenwärtigen tragischen Ereignisse im Irak zeigen – noch weit entfernt. Hilfswerke, NROs und entwicklungspolitische Durchführungsorganisationen dürfen nicht als »Reparaturbetriebe« für die Folgen verfehlten politischen Handelns missbraucht werden. Oder, wie es Thomas Gebauer (medico international) zu Beginn des Irak-Krieges treffend ausdrückte: »Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, völkerrechtswidrige Kriege humanitär abzufedern.« (FR 20.3.03)

Notwendig ist vielmehr eine Politik der Krisenprävention, der Krisenfrüherkennung und der Entwicklung von Instrumenten zur friedlichen Konfliktregulierung – national, regional und weltweit. Dazu hat die Bundesregierung bereits wichtige Beiträge geleistet (insbesondere Bundesministerin Wieczorek-Zeul). An einer solchen Politik muss, gerade auch angesichts der aktuellen Lage im Irak, unbeirrbar weitergearbeitet werden.

Zweitens: als Vertreter einer großen entwicklungspolitischen Durchführungsorganisation, der GTZ, ist es mir wichtig, folgendes zu betonen. Die verschiedenen Formen von Hilfe: Humanitäre Hilfe, entwicklungspolitische Not- und Katastrophenhilfe, »klassische« EZ-Maßnahmen, gehen in der Praxis immer mehr ineinander über. Entscheidend dabei muss sein, über die kurzfristige Nothilfe hinaus auf eine langfristig angelegte Strukturbildung hinzuarbeiten, die auf die Sicherung der elementaren Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung ausgerichtet ist. Nothilfe muss in langfristiger Strukturbildung im Gesundheitswesen, in der Trinkwasserversorgung, in der Nahrungsmittelversorgung münden.

Sieben Thesen zum Thema »Ist Hilfe finanzierbar?«

1) Der Finanzbedarf für humanitäre Hilfe und Nothilfe ist im letzten Jahrzehnt erheblich angestiegen und wird vorhersehbar weiter wachsen. Kriege und Katastrophen, unter denen vor allem die Menschen in den Entwicklungsländern leiden, nehmen zu. Frau BM HWZ hat kürzlich darauf hingewiesen, dass allein die Versorgung aller Menschen mit sauberem

Trinkwasser Investitionen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar erfordern würden – das ist etwa das Doppelte der jährlich weltweit geleisteten öffentlichen Entwicklungshilfe.

Ein anderes Beispiel: die Kosten zur Verhinderung einer humanitären Katastrophe und die Wiederaufbaukosten für den Irak werden (je nach Kriegsdauer und Zerstörungsgrad) auf Summen von mehreren hundert Milliarden US\$ bis zu 1,9 Billionen US-Dollar geschätzt. (SZ 25.3.03)

Angesichts tendenziell zurückgehender – bestenfalls stagnierender – öffentlicher Mittel ist völlig klar: der öffentliche Sektor wird selbst bei bestem politischen Willen nicht in der Lage sein, den gewachsenen Finanzbedarf in der Nothilfe, bei der humanitären Hilfe und in der EZ generell zu sichern. Die Erschließung neuer Finanzquellen für Hilfe, jenseits des öffentlichen Sektors ist also das Gebot der Stunde!

Um nicht missverstanden zu werden: die Finanzierung von Hilfe aus öffentlichen Mitteln und aus privaten Ressourcen sehe ich nicht alternativ, sondern komplementär: beide Seiten müssen ihre Anstrengungen verstärken, um Not zu lindern und Hilfe beim Wiederaufbau zerstörter Strukturen zu leisten. Selbst wenn es gelingen würde – was ich hoffe – das EU-weit vereinbarte Ziel, die EZ-Mittel bis zum Jahr 2006 auf 0,7% des BSP zu erhöhen, so würde dies allein nicht ausreichen, um den globalen Herausforderungen zu begegnen.

2) International sind eine ganze Reihe von bedenkenswerten Vorschlägen zur Erschließung von neuen finanziellen Ressourcen für humanitäre Hilfe, für die Finanzierung der drängendsten Umwelt- und Entwicklungsaufgaben in der Diskussion. Die Weltkonferenz »financing for development« (Monterrey 2001) hat hier einige Zeichen gesetzt, auf die mein Vorredner, Herr Martens, schon eingegangen ist.

Ich erwähne in diesem Zusammenhang die Diskussionen über eine Besteuerung spekulativer Devisentransaktionen (die sog. »Tobin-Tax«) oder die Vorschläge für Abgaben auf die Vernetzung natürlicher Ressourcen wie Luft und Wasser.

Ich finde solche Vorschläge grundsätzlich sinnvoll, habe aber die Befürchtung, dass der politische Wille, diese auch umzusetzen, auf absehbare Zeit nicht vorhanden ist.

Die Erhebung neuer internationaler Steuern oder Abgaben ist m.E. kurz- und mittelfristig kein Erfolg versprechender Weg, um die notwendigen neuen Finanzquellen aufzutun.

Eine weitere mögliche Finanzierungsquelle möchte ich – gerade in diesen Tagen – ansprechen: die weltweiten Rüstungsausgaben sind von 761 Milliarden US\$ (2000) auf 839 Milliarden im Jahr 2002 angestiegen. Aber leider besteht wenig Hoffnung, auch nur einen Bruchteil dieser Summe für humanitäre Hilfe oder Entwicklungsaufgaben »umzuwidmen«.

3) In den letzten Jahren hat zunehmend ein weiterer Akteur in der Debatte um internationale Finanzierungsfragen Gewicht bekommen: die Privatwirtschaft.

Seit Beginn der 90er Jahre ist der Umfang der Privatinvestitionen in Entwicklungs- und

Schwellenländern enorm angestiegen. Private Direktinvestitionen haben eine Größenordnung von etwa dem Vierfachen der jährlichen weltweiten ODA erreicht. In vielen Entwicklungsländern leistet die Wirtschaft beachtliche Beiträge bei der ökonomischen Entwicklung, der Bildung und Ausbildung, der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen.

Ich vertrete die These: Das Gewicht und das finanzielle Potential der Privatwirtschaft können und müssen in weitaus größerem Maße als bisher zur Unterstützung entwicklungspolitischer Ziele und zur humanitären Hilfe mobilisiert werden! Unternehmerische Interessen und entwicklungspolitische Ziele sind natürlich nicht grundsätzlich deckungsgleich, aber es gibt viele gemeinsame Schnittmengen, die gefunden und genutzt werden müssen.

4) Mit dem Programm »Public Private Partnership«(PPP) hat die deutsche EZ in den letzten vier Jahren ein Instrument entwickelt und umgesetzt, das erfolgreich gezeigt hat, wie Mittel aus der Privatwirtschaft – in nicht unerheblichem Ausmaß – sinnvoll für entwicklungspolitische Ziele eingesetzt werden können.

Kurzdarstellung PPP: Startschuss 1.1.1999 – mehrere Organisationen führen durch (GTZ, KfW, DEG, sequa, DED) – Bilanz der GTZ: über 1000 Projektvorschläge von Unternehmen wurden eingereicht – daraus entstanden über 250 Entwicklungspartnerschaften – Gesamtvolumen dieser Projekte: über 100 Mio. €, davon 60 % als der Privatwirtschaft, 40 % öffentl. Mittel – In über 60 Ländern wurden PPP-Projekte realisiert – nicht nur in Schwellenländern, sondern auch in LDC (vorwiegend Afrika) – Schwerpunkt der Partner sind kleine und mittelständische Unternehmen – Breite sektorale Vielfalt: von A (AIDS-Bekämpfung) bis Z (Zertifizierung) – ca. 80 % der Projekte waren erfolgreich.

Kriterien für PPP:

- Projekt muss den entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung entsprechen (keine reine Wirtschaftsförderung, wie oft unterstellt wird!)
- die Interessen beider Partner müssen kompatibel sein
- der private Partner muss einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung leisten (in der Regel mind. 50 %)
- es werden nur solche Projekte gefördert, die das Privatunternehmen nicht selbst hätte realisieren können (oft mangels know how vor Ort)

5) Das Instrument PPP ist auch dafür geeignet, um zur Bekämpfung humanitärer Notlagen und Katastrophen eingesetzt zu werden.

Das möchte ich kurz am Beispiel der Bekämpfung von HIV/AIDS in Südafrika erläutern. Südafrika zählt bekanntlich zu den am meisten von HIV/AIDS betroffenen Ländern der Welt. Zu Beginn des Projekts, im Jahr 2000 waren bereits ca. 4,7 Mio. Menschen in Südafrika mit HIV/AIDS infiziert. Unser Projektpartner, DaimlerChrysler (DC) South Afrika, zählt zu den größten und wichtigsten Arbeitgebern des Landes. In diesem Unter-

nehmen waren schätzungsweise mehr als 20 % der Belegschaft infiziert. Nicht nur das menschliche Leid der Betroffenen – allein schon Grund genug für Hilfe – sondern auch die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Folgewirkungen sind enorm; insgesamt hat HIV/AIDS zu einem Rückgang des Lebensstandards und der Lebenserwartungen in Südafrika geführt.

DC ist an die GTZ herangetreten mit der Bitte um Hilfe bei der Entwicklung und Umsetzung einer adäquaten Unternehmensstrategie zur AIDS-Bekämpfung und -prävention. Diese Strategie wurde seit 2000 erfolgreich entwickelt und umgesetzt. (Eine detaillierte Darstellung würde an dieser Stelle den zeitlichen Rahmen sprengen).

Die Gesamtkosten dieses vielschichtigen Projekts in Höhe von 2 Mio. DM teilen sich wie folgt auf: GTZ: 20 % DC 80 %.

Die erfolgreiche Entwicklung einer betriebsinternen HIV/AIDS- Strategie hat als Katalysator für ein weiterreichendes Engagement der deutschen Wirtschaft in Südafrika gewirkt. Es wurde ein mit 400 TDM dotierter PPP-AIDS-Fonds in Südafrika etabliert, der interessierten Unternehmen eine Kofinanzierung für Entwicklung und Durchführung ihrer AIDS-Strategie ermöglicht. Finanziert werden vor allem Beratungskosten (z.B. Fachexperteneinsätze), die dem Oberziel der AIDS-Prävention dienen. Die Unternehmen verpflichten sich dazu, mindestens 75 % der Projektkosten zu tragen. Inzwischen sind sieben Unternehmen daran beteiligt, darunter VW, Bosch und Siemens.

Zwei, wie ich finde, positive Beispiele, wie EZ und Privatwirtschaft gemeinsam die Bekämpfung eines der größten Entwicklungshemmnisse in Südafrika angehen können.

6) Das Instrument PPP hat erfolgreich begonnen und muss jetzt weiterentwickelt werden. Grundsätzliches Ziel ist dabei: von Einzelprojekten hin zu strategischen Partnerschaften, bei denen Wirtschaft, GTZ, Zivilgesellschaft und Träger vor Ort gemeinsam an der Lösung von Entwicklungsfragen arbeiten. (Bsp. Kaffee)

Offene Fragen (für die Diskussion): Sind strategische Partnerschaften auch auf dem Gebiet der humanitären Hilfe denkbar? In welchen Sektoren mit welchen Partnern?

7) Weltweit gibt es finanzielle Mittel in unbekannter Größenordnung, z. B. bei der wachsenden Zahl privater Stiftungen, die von Eigentümern /Anlegern für die Unterstützung sinnvoller Projekte auf dem Gebiet der EZ, der humanitären Hilfe, der Förderung nachhaltiger Entwicklung eingesetzt werden können. Oft fehlt es an Know how und Erfahrungen vor Ort, bei der Identifizierung geeigneter Projekte. Es ist eine Herausforderung, diese Finanzierungsquellen mit geeigneten Projekten zusammenzubringen. Nur durch das gemeinsame Engagement der öffentlichen Seite und der Privatwirtschaft wird es möglich sein, die dringend notwendigen Finanzmittel für eine Verbesserung der humanitären Hilfe und der EZ zu mobilisieren.

* * *

Wer gewinnt beim »win-win«?

Zur Kritik der Public Private Partnerships

Die so genannten Public Private Partnerships von privaten Unternehmen und öffentlichen Institutionen sind zu einem der wichtigsten entwicklungspolitischen Paradigmen des neuen Jahrtausends geworden. Sie versprechen, das Konfliktverhältnis zwischen unterschiedlichen Interessen harmonisch und zu alloseitigem Nutzen aufzulösen.

Nach dem Politikmodell der Public Private Partnerships basieren die Beziehungen zwischen privatwirtschaftlichen Akteuren einerseits und nationalen wie internationalen Institutionen des »öffentlichen Interesses« andererseits auf gegenseitigem Vertrauen und generieren wechselseitigen Nutzen. Dadurch entstehen – der Theorie nach – so genannte »win-win-Situationen«, in denen beide Seiten durch ihre Kooperation gewinnen. Für den Fall, dass dritte Parteien wie etwa Nichtregierungsorganisationen involviert sind, werden sogar »win-win-win-Szenarien« entwickelt. Besonders die UN haben sich diesem »neuen Denken« in den 1990er Jahren zunehmend geöffnet. Deutlichstes Symbol dieser Annäherung der UN an private Wirtschaftsunternehmen war 1999 die *Global Compact* Initiative des UN-Generalsekretärs Kofi Annan. Damit wurde Unternehmen die Möglichkeit geboten, im Gegenzug zur Zustimmung zu grundlegenden menschenrechtlichen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Standards, zu privilegierten »UN-Partnern« zu werden.

So viele Gewinner ohne Verlierer lösen allerdings Skepsis aus. Denn vieles von dem, was jetzt mit dem neuen Schlagwort bezeichnet wird, ist so neu nicht: Fundraising, Verhandlungen über Beschaffungen zu reduzierten Preisen, Forschungsk Kooperationen mit Unternehmen, gemeinsame Einsetzung von freiwilligen Verhaltensregeln (Codes of Conduct) oder das outsourcing von öffentlichen Diensten wie Wasserversorgung an kommerzielle Anbieter. Die Erfahrungen mit solchen Kooperationen von privatwirtschaftlichen und öffentlichen Akteuren haben gelehrt, dass sozial-, arbeits-, und menschenrechtlich verantwortliches Handeln von profitorientierten Unternehmen nicht im Vertrauen auf freiwilliges Einhalten von Regeln entsteht, sondern sorgfältige Kontrolle, kritisches Nachfragen und die Mobilisierung öffentlicher Proteste bei Nichteinhaltung erfordert.

Auch die Vorstellung des alloseitigen Vorteils ruft kritische Einwände hervor. Denn die Steigerung des Umsatzes, die Erhöhung des Gewinns für die Aktionäre und der Kampf um Marktanteile bleiben primäre Zielvorgaben jedes Unternehmens im kapitalistischen Wirtschaftssystem, will es im Konkurrenzkampf bestehen. Umgekehrt muss es einer am »Gemeinwohl« orientierten Politik gerade darum gehen, bei der Verteilung von Ressourcen auch die Interessen jener Menschen und Gesellschaften zu berücksichtigen, die nicht

über ausreichend Kaufkraft verfügen, um diese Ressourcen zu erwerben. Diese Ziele stehen im Konflikt zueinander und werden sich nur im Ausnahmefall harmonisch in einer wirklichen »win-win-Situation« realisieren lassen.

Nestlés Werbeetat ist achtmal höher als das Gesamtbudget der WHO

Schon die schiere Größe von einigen in PPP involvierten transnationalen Unternehmen stellt das Konzept gleichberechtigter Partnerschaft in Frage. Der an einigen solcher Kooperationen beteiligte Nestlé-Konzern beispielsweise verfügt über einen Werbeetat von jährlich 8 Mrd. US-Dollar. Das ist achtmal soviel wie das Gesamtbudget der Weltgesundheitsorganisation WHO. Auch einige der privaten Stiftungen verfügen über große Summen: die *Bill and Melinda Gates Foundation* beispielsweise, die Hauptsponsor einer ganzen Reihe von PPP im Gesundheitsbereich ist, hat eine Finanzbasis von 24 Mrd. US-Dollar.

Folgende konkrete Risiken weist das Modell der PPP auf: Erstens nutzen privatwirtschaftliche Akteure die Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen, um politischen und ökonomischen Einfluss zu gewinnen und um Wettbewerbsvorteile über Konkurrenten zu erlangen – zum Beispiel durch den Image-Gewinn als »Partner« angesehener UN-Organisationen. So richteten beispielsweise McDonald und UNICEF für den »Welt-Kinder-Tag« im November 2002 eine PPP ein.

Gekaperte UN-Organisationen

Zweitens nutzen Unternehmen die Zusammenarbeit, um globale öffentliche Diskussionen zu bestimmen. So wurde z.B. unmittelbar vor der Internationalen AIDS-Konferenz in Durban im Jahr 2000 von UN-Generalsekretär Kofi Annan mediengerecht eine gemeinsame Initiative mit den großen Pharmakonzernen vorgestellt, die Preissenkungen für ihre teuren Medikamente gegen AIDS versprachen, und kamen damit der drohenden Kritik an den Preisen der Medikamente zuvor.

Drittens können Unternehmen über PPP die supranationalen Organisationen personell »kapern«. Beispielsweise wurde 1999 eine Mitarbeiterin vom Pharmamulti Merck zur WHO nach Genf »versetzt«, um dort im Anti-Raucherprogramm mitzuarbeiten – und um möglicherweise mit WHO-Unterstützung Nikotin-Kaugummis als Entwöhnungsstrategie zu bewerben. Und viertens entwickeln in PPP verwickelte UN-Organisationen ein Klima der (Selbst-)Zensur, um Wirtschaftspartner nicht abzuschrecken. Beispielsweise wurden die im Mai 2001 auf einem hochrangigen WHO-UNICEF Fachseminar zur Kleinkinderernährung geäußerten kritischen Anmerkungen zur Aufweichung der Altersgrenzen für Babynahrung nicht im Protokoll aufgenommen.

Die Schlussfolgerung ist eindeutig: Die Risiken solcher »Partnerschaften« sind derart unübersehbar, dass es vielfach selbst unter rein pragmatischen Gesichtspunkten besser ist, sie gar nicht erst einzugehen.

Gesund durch Impfstoffe

Am Beispiel der derzeit größten globalen PPP im Gesundheitsbereich zeigen sich die Interessenskonflikte zwischen den öffentlichen und privaten Akteuren besonders deutlich.

Die *Global Alliance for Vaccines and Immunization* (GAVI) wurde im Jahr 2000 mit einer 750 Mio. Dollar Spende von der Gates Foundation auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eingerichtet. Als Partner fungieren WHO, UNICEF, Weltbank, die *Rockefeller Foundation*, die *Internationale Föderation der Pharmazeutischen Hersteller* und einige nationale Regierungen. Unmittelbares Ziel der Initiative ist die Ausweitung von Impfprogrammen zur Verhütung von Krankheiten und insbesondere die Einführung neuer Impfstoffe gegen *Hämophilus influenza* (ein häufiger bakterieller Erreger von Atemwegserkrankungen bei Kindern) und Hepatitis B. Anträge an den Fond müssen durch nationale Koordinierungs-Gremien gestellt werden, in denen Wirtschaftsrepräsentanten, Regierungsvertreter und Nichtregierungsorganisationen die Vorschläge bearbeiten.

An GAVI ist zu kritisieren, dass sich diese PPP vor allem auf die vorrangige Einführung neuer Impfungen (an denen die kommerziellen Impfstoffhersteller naturgemäß besonders interessiert sind) richtet. Gleichzeitig wird zu wenig Aufmerksamkeit auf die Stärkung der Gesundheitssysteme gerichtet, die diese neuen Impfungen in ihre Arbeit integrieren sollen. Denn schon bei den bisher verfügbaren kostengünstigen Impfungen gegen Kinderlähmung, Tuberkulose, Masern, Diphtherie, Keuchhusten und Tetanus klaffen seit den 90er Jahren zunehmende Lücken im Impfschutz bei den Kindern der ärmsten Länder, weil notwendige Impfstoffe, Kühlketten oder ausgebildetes Personal in den unterfinanzierten öffentlichen Gesundheitssystemen nicht mehr flächendeckend zur Verfügung stehen. Auch die Dauerhaftigkeit der neuen Impfprogramme ist keineswegs gesichert, wenn die großzügige Spende der *Gates Foundation*, die drei Viertel des Fonds ausmacht, einmal verbraucht ist. Die neuen teuren Mehrfach-Impfstoffe, die vom GAVI-Programm für fünf Jahre kostenlos zur Verfügung gestellt werden, müssen anschließend von den jeweiligen Empfängerländern selbst weiter finanziert werden – oder das Programm kollabiert wieder. In Ghana beispielsweise würden sich die Kosten für das landesweite Impfprogramm durch die Einführung der neuen Impfstoffe von 3,7 auf 11 Mio. US-Dollar verdreifachen.

Alternativen jenseits der Marktlogik bleiben unbeachtet

Der Schwerpunkt vieler PPP auf technische »Produktlösungen«, mit denen sich die Vorstellung einer »win-win-Lösung« am ehesten vereinbaren lässt, ist besonders bei der jüngsten Initiative im Gesundheitsbereich problematisch: der *Global Alliance for Improved Nutrition* (GAIN), die im Mai 2002 während der UN-Sondersitzung zu Lage der Kinder in der Welt ins Leben gerufen wurde. Die dramatische Krise der armutsbedingten Unter- und Fehlernährung von Kindern besonders in den Ländern Sub-Sahara Afrikas und Teilen Asiens soll durch diese Initiative mittels der Verbesserung der Versorgung

mit Vitaminen und Mineralien gemildert werden. Die privaten »Partner« von GAIN, die großen Nahrungsmittelkonzerne Procter & Gambler, Heinz und Unilever sowie der Pharmakonzern Roche, rechnen sich Chancen aus, neue Märkte für ihre mit diesen Mikronährstoffen angereicherten Produkte und Multivitaminpräparate zu finden. Dabei sind viele der ärmsten und von Hunger bedrohten Menschen selbst Bauern und die Ursache für Mangelernährung liegt viel eher in ungleicher Landverteilung und weltbankgeförderter Export-Produktion – und nicht im Mangel an angereicherten Fertigprodukten.

Solche reduktionistischen, marktwirtschaftlich orientierten »Lösungen« für komplexe gesellschaftliche Probleme sind charakteristisch für die PPP. Mögliche Alternativen jenseits der Marktlogik kommen gar nicht mehr in den Blick. Die PPP-Strategien beziehen sich vielmehr darauf, bislang verschlossene oder nicht existente Märkte für die Anbieter zu (er)öffnen. Oftmals geschieht dies mit öffentlichen Unterstützungen oder Steuererleichterungen, die in erster Linie die beteiligten Unternehmen subventionieren und die – wenn überhaupt – nur sehr mittelbar den eigentlichen Zielgruppen zugute kommen. Zugleich wird ein bedenklicher Aufteilungsprozess eingeleitet, der profitable Gesundheitsprojekte mit globalen Initiativen fördert, während die komplexe Aufgabe der Aufrechterhaltung und Verbesserung der Gesundheitssysteme den zunehmend ausgezehrt nationaler Gesundheitsbudgets und der immer weiter zurückgehenden internationalen Entwicklungshilfe überlassen bleibt.

Bescheidene finanzielle Mittel

Selbst die von den Befürwortern der PPP immer wieder geäußerte Hoffnung, dass durch öffentlich-private Globale Fonds zusätzliche finanzielle Mittel für Aufgaben wie Gesundheitsvorsorge bereitgestellt werden, muss in Frage gestellt werden. Der *Global Fund* zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria ist dafür ein herausragendes Beispiel: Trotz der großzügigen Einbindung der Privatwirtschaft in die Entscheidungsstrukturen des neuen Finanzierungsinstrumentes liegt ihr finanzieller Beitrag zum *Global Fund* bei weniger als einem Prozent – und davon sind wiederum 98 Prozent von der Gates-Stiftung. Aber auch die Beteiligung der staatlichen Akteure ist trotz vollmundiger Absichtserklärungen äußerst bescheiden geblieben. Insgesamt wurden zwar Zusagen von knapp 3,4 Mrd. US-Dollar gemacht. Aber vor allem auf längere Sicht reduzieren sich die real verfügbaren Mittel bis zum Jahr 2008 auf jährlich 200 Mio. Dollar. Weitere Gelder gibt es nur, wenn die Erfolgszahlen stimmen. Bei der engen Zeitvorgabe, die dem Fond auferlegt wurde (Erfolge müssen bis 2008 nachgewiesen werden), besteht allerdings die Befürchtung, dass die Ergebnisberichte aus den sechs Ländern, in denen Programmfinanzierungen bereits begonnen haben, schwerlich die hohen Erwartungen erfüllen können – oder dass sie massiv geschönt werden müssen.

Bemerkenswert ist auch, dass der Beitrag der sechs subsaharischen Länder, die in den *Global Fund* eingezahlt haben, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft dreimal so hoch ist wie der Beitrag der westlichen Industriestaaten. Noch wichtiger ist aber, die Brosamen des

Global Fund in Relation zu setzen mit den ökonomischen Realitäten in vielen Ländern des Südens. Viele arme Länder müssen bis zu einem Viertel aller Exportgewinne für den Schuldendienst aufwenden, darunter viele, die mit horrenden AIDS- und anderen Krankheitszahlen zu kämpfen haben, wie etwa Simbabwe, Kenia oder Uganda.

Die Antwort auf die Epidemien der Armut liegt daher nicht in den fragwürdigen Finanzierungsinitiativen wie dem Global Fund und anderen PPP, sondern vor allem in einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und in einem weit reichenden Schuldenerlass.

* * *



m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Dr. Rabana Merdon
Psychiaterin im Frauenklinikum FKH

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Thilo Labenz

Erkrankungslehre
für Studierende
der Fachrichtung
Psychiatrie

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Kyran Kopylova

Sonja-Birgit Leck
Klinische Psychiatrie

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Michael Labenz

geriatrischer Leitender Arzt
Klinik für Geriatrie

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Dominik Müller
medico international

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Christoph Nix

Franz Neunteufl
Arzt ohne Grenzen

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Dr. med. Ludger Noth

Norbert Ostschiano
Klinische Psychiatrie

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Christoph Pilgrim

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Dr. Helmut Riessbeck

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Gernot Rühnauer
Chefarzt Internist

Margitta Ruchbach
CAH Geriatrie & V

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Claudia Sauerhorn
Abteilung Tropenhygiene und Infektionskrankheiten
Gesundheitswesen

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Larissa Sabeltshchik
J.W. Goethe-Universität

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Asrid Schwarz

Dr. Ayoke Soballo
GIZ

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Dina Stein
Psychiatrisches Beratungszentrum
Friedrich-Ebert-Straße 100

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Jürgen Stetten
Friedrich-Ebert-Straße 100

Christa Sturmleis
Psych. Praxis

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Andreas von Schumann
GIZ Agence

Karin Schmidt

m Macht und Gewicht der Hille
Kontakt: Dr. med. Christiane Hille, 24.28, März 2002

Dr. Hans-Jürgen Weh
ZMA Dental AG

Ulrich Wehling
Hochschule Weingarten

Medica Mondiale

Resümee und Ausblick

Thomas Gebauer (medico international):

Hilfsorganisationen stehen vor der Entscheidung, entweder zur Stabilisierung des Status quo beizutragen oder ihn zu verändern. Da ich mit den Verhältnissen, die der Mehrheit der Weltbevölkerung nur Not und Schrecken bringen, nicht einverstanden sein kann, sind wir als politisch denkende und handelnde Organisation logischerweise dazu herausgefordert, über unseren Beitrag zur Veränderung des Status Quo nachzudenken.

Darin mag eine utopische Position zum Ausdruck kommen, die sich auch in dem Satz spiegelt: »Hilfe kann niemals Verbündeter von Krieg und Herrschaft sein.« – Wir haben das so formuliert, nicht weil wir nicht die oft entgegengesetzte Realität sehen würden, sondern um zu provozieren und ein kritisches Nachdenken herauszukitzeln. Und da ist viel geschehen in diesen anderthalb Tagen. Ich habe gespürt, dass eine Nachdenklichkeit entstand, und es schien mir auch das Bewusstsein für die Komplexität des Geschehens zu wachsen, bis hin zu der fundamentalen Frage: Was ist eigentlich Hilfe? Wir alle, wenn wir uns diese Frage stellen würden, müssten womöglich keine einfache Antwort, obwohl wir doch tagtäglich mit Hilfe zu tun haben,

In den Diskussionen über die Begriffe – Hilfe, Solidarität, Unterstützung, Beistand – sind ganz unterschiedliche Konzepte zum Ausdruck gekommen und das macht deutlich, welcher Klärungsbedarf noch besteht. Dabei stehen wir durchaus unter Zeitdruck. Denn wenn wir nicht aufpassen, werden die Verhältnisse etwas mit uns veranstalten, und nicht wir mit ihnen. Deshalb war ich heute froh, von Frau Füllkrug-Weizel, von Martin Salm und auch von anderen zu hören, dass Hilfe selbstverständlich so etwas wie eine gesellschaftspolitische Vision benötigt. Dass es selbstverständlich notwendig ist, eine eigene Strategie zu formulieren. Da habe ich eine gewisse Entschlossenheit gespürt und ich glaube schon, dass die anwesenden Vertreter der Hilfsorganisationen bereit sind, daran weiter zu arbeiten. Denn diese Konferenz konnte ja nur ein Start sein.

Ich bin der Auffassung, dass Hilfsorganisationen allerdings eine grundsätzlich andere Strategie verfolgen, als das Staaten tun. Dies ergibt sich aus ihrer gesellschaftlichen Position im eigenen Land und daraus, dass NRO auch im Süden in der Regel mit zivilgesellschaftlichen und nichtstaatlichen Strukturen kooperieren. Diese Zusammenarbeit wird von Solidarität und gesellschaftlicher Verantwortung geprägt und nicht von der Absicht der Kontrolle.

In der Debatte gab es einen Gegensatz, der das Verhältnis Hilfe und Politik betrifft. Frau von Pilar und andere sprachen davon, dass sie es als Bedrohung der humanitären Arbeit ansehen, wenn Hilfe politisiert wird. Ich sage, die aktuelle Gefahr liegt – genau umgekehrt – in der Entpolitisierung von Hilfe, denn nur eine entpolitisierte Hilfe, die sich selbst nicht mehr im politischen Kontext begreift, kann von außen instrumentalisiert werden. Hier sehe ich einen grundsätzlichen Widerspruch, über den wir weiter diskutieren sollten. Ich bin der Auffassung, dass Hilfe immer politisch ist, das hat auch Ruchama Marton deutlich gemacht, und deshalb ist diese Trennung nicht so zu ziehen, wie sie David Rieff gezogen hat: Hier die neutrale Hilfe der Organisation, und dort die politische Haltung der in dieser Organisation tätigen Person.

Es kommt darauf an, dass man seine eigene Politik definiert, seine eigene Strategie, um sich nicht zum Spielball anderer machen zu lassen – wenn wir genau hinschauen, dann ist das ja bereits der Fall. Auch die Organisationen, die heute behaupten, sie leisteten nur neutrale Hilfe, tun dies ja eigentlich nicht. Nehmen sie das Beispiel von Ärzte ohne Grenzen, die sich völlig zu Recht für den ungehinderten Zugang zu Arzneimitteln und damit auch gegen Pharma-Patente engagieren. Das ist nicht nur eine wichtige Sache, sondern eben auch ein politisches Engagement, das sich gegen Täterstrukturen richtet. Genau in einem solchem Handeln sehen wir die Parteinahme auf Seiten der Opfer gegen die Täter. Und warum sollte man nur zuschauen, wenn z.B. die pharmazeutische Industrie ihr Image-Problem zu verbessern hofft, in dem sie nun ihrerseits in die Hilfe einsteigt? Gleiches können Sie auch im Fall von Daimler-Chrysler beobachten oder in den Global Compact Bemühungen der UN bzw. in den hoch gelobten Konzepten der PPP. Seit einiger Zeit sind viele neue Akteure mit Hilfe befasst, die das nur tun, um eigene Interessen durchzusetzen. So wird Hilfe auch für vielerlei legitimatorische Zwecke vereinnahmt.

Wir stellen fest, dass in der Welt die Not zunimmt und der Bedarf an Hilfe wächst, in welcher Form auch immer. Wir sehen aber gleichzeitig auch, dass wir uns immer weiter von den Grundsätzen der Internationalen Konvention zum Schutz der sozialen, kulturelle und wirtschaftliche Rechte der Menschen entfernen, in denen festgeschrieben ist, dass alle Menschen ein Recht auf soziale Sicherung haben. Davon ist heute kaum etwas zu spüren. Im Gegenteil, wir reden stattdessen von Sozialabbau auch im eigenen Lande und erleben parallel die Rückkehr einer Hilfe, auf die es keinen Rechtsanspruch mehr gibt, sondern die allein auf Freiwilligkeit, Barmherzigkeit, auf Charity beruht. Statt über Unternehmenssteuern für tragfähige Systeme sozialer Sicherung zu sorgen, werden Unternehmen entlastet, die sich dann als Wohltäter der Menschheit gerieren zu Hilfsorganisationen aufschwingen.

Es mag sein, David Rieff, dass das in den USA anders ist, wo vielleicht Formen von Solidargemeinschaft und Sozialstaatlichkeit weniger bekannt sind als hier, aber wir erleben zur Zeit einen massiven Sozialabbau, obwohl wir eigentlich – und jetzt kommt das Utopische – darüber nachdenken sollten, wie – auf Grundlage der Menschenrechtsdeklaration – das Positive unserer sozialen Sicherungssysteme globalisiert

werden kann, so dass alle Menschen auf der Welt einen Zugang zu einem Minimum an sozialer Sicherung bekommen. Gemessen am Reichtum, der in der Welt besteht, wäre das durchaus möglich.

Das sind die Punkte, die uns bewegen, und wo wir nicht nachlassen wollen. Und ich sehe darin kein großes Versprechen, vielmehr einen Ausdruck unseres eigenen Interesses. Eine Überforderung, wenn nicht gar Hybris, sehe ich im Gegenteil in dem Versprechen, die humanitäre Hilfe als das Rettende schlechthin zu bezeichnen – die Parole »Tausend Fragen – eine Antwort: Helfen« ist doch eine maßlose Überschätzung von Hilfe. So plädiere ich also nur dafür, dass die Hilfe sich in ihrem politischen Kontext begreift, und ihren Beitrag dazu leistet, dass die Welt eine bessere wird.

Lassen Sie mich mit einem Beispiel aus unserer Arbeit schließen. Wie Sie vielleicht wissen, hat medico international dazu beigetragen, dass Antipersonenminen verboten wurden. Wir hätten auch einfach nur der Katastrophe hinterherlaufen können und die Opfer von Minenexplosionen mit Prothesen versorgen können. Das erschien uns zu wenig. Wir wollten verhindern, dass Menschen überhaupt auf diese Weise verstümmelt werden. Dazu mussten wir den Tätern, in diesem Fall den Waffenproduzenten und den Armeen dieser Welt, in den Arm fallen und auf ein Verbot von Minen hinwirken. Wie Sie wissen, ist das in einem beachtlichen Rahmen gelungen. Die internationale Ächtung von Landminen ist aber nicht nur ein Rüstungskontrollabkommen, sondern von unmittelbarer Bedeutung für die Menschen in vielen Teilen der Welt. Auch das ist Hilfe, die ohne politisches Handeln nicht zustande gekommen wäre.

Barbara Unmüßig (Heinrich-Böll-Stiftung):

Ich möchte einen kurzen Blick auf die vergangenen anderthalb Tage werfen. Wir selbst sind als Heinrich Böll Stiftung nicht in der Nothilfe und auch nicht in der klassischen und traditionellen Entwicklungshilfe in Dritte-Welt-Ländern tätig, sondern versuchen durch unsere Aktivitäten soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Strukturen und Demokratisierungsprozesse zu fördern. Als Mitveranstalterin hat die Heinrich Böll Stiftung mit diesem Kongress vor allem die Absicht gehabt, einen Selbstreflexionsprozess der Organisationen der humanitären Hilfe anzustoßen.

Ich denke, dass es wirklich höchste Zeit dafür ist, einen Selbstreflexionsprozess auf den Weg zu bringen, der eine Neubestimmung über die Frage vornimmt, die Thomas Gebauer ja am Anfang so deutlich formuliert hat: Inwiefern werden Hilfsorganisationen instrumentalisiert und funktionalisiert für Zwecke, die sie gar nicht beabsichtigen?

Ich sage es offen: Ich hätte mir gewünscht, dass die Beschäftigung mit dieser Frage einen größeren Raum in den Diskussionen der Konferenz einnimmt. Ich hätte erwartet, dass konkreter darüber gesprochen würde, wo und wie Instrumentalisierung



Thomas Gebauer, Nuruddin Farah, Christiane Knauf, Barbara Unmüßig und David Rieff

erlebt und wie ihr begegnet wird und in welcher Weise sie innerhalb der Organisation verarbeitet wird. Ich hätte mir die Konferenz als Ort für eine offenere Aussprache gewünscht.

Sehr eindrücklich wurde das Problem von Cornelia Füllkrug-Weitzel dargestellt. Die Frage, die sie formuliert hat, ist noch unbeantwortet geblieben. Sie hat sie an diejenigen adressiert, die in diesem Geschäft aktiv sind. Sie hat programmatisch formuliert, dass Hilfsorganisationen Rechenschaft ablegen müssen über ihre ethischen Grundlagen und über ihre Gesamtstrategie. Dies ist ein guter und wichtiger Vorsatz, den ich nur unterstützen kann. Mir geht es aber darum: wo findet eine solche Auseinandersetzung und Offenlegung denn nun statt? Ich denke, wir haben von hier aus die Verantwortung, die Fragen weiter zu bearbeiten und Antworten zu finden. Und wir müssen auch als Öffentlichkeit nach dieser Rechenschaft fragen und sie einfordern. Denn Rechenschaft ablegen ist ein wichtiges Kriterium, egal, ob wir private oder öffentliche Mittel verwenden.

Frau Füllkrug-Weitzel hat in bemerkenswerter Weise gesagt, »wir müssen dringend unter uns selbst die Spreu vom Weizen trennen«. Ich frage mich: wer tut das? Kann dieser Prozess selbstorganisiert unter den Organisationen laufen, wird der für Hilfsorganisationen bestehende code of conduct weiterentwickelt und spezifiziert, welche Mittel und Methoden gibt es dafür? Sollten diejenigen, die sich tatsächlich massiv

instrumentalisieren lassen, die funktionalisiert werden, in einem Reflexionsprozess ‚stigmatisiert‘, bzw. zur Rede gestellt werden? Ich denke, alle diese Fragen sind offen geblieben.

Oder soll es der Politik überlassen bleiben, die Spreu vom Weizen zu trennen? Soll sie es richten? Ich denke, dass Hilfsorganisationen selbst und miteinander nach Kriterien suchen müssen. Deutlich wurde in den vergangenen Tagen, dass es tatsächlich um einen Dialog mit der Politik geht, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, inwiefern humanitäre Hilfe auch Teil der Außenpolitik sein soll oder sein darf.

Es ist betont worden, dass humanitäre Hilfe in mittel- und langfristige Perspektiven integriert sein müsse. Ich glaube tatsächlich, dass sich humanitäre Organisationen nicht der Aufgabe entziehen können, solche Perspektiven in den Regionen zu entwickeln und auch vor Ort noch konsistenter als in der Vergangenheit nach Bündnisstrukturen zu suchen. Ich wünsche mir dies auch ganz konkret in der akuten Krisensituation im Irak. Ich denke es geht darum, für eine Gesamtregion nach Demokratisierungsmöglichkeiten und Mitteln zu suchen, damit sich alle an einem sozialen und politischen Findungsprozess beteiligen. Derzeit werden Weichen gestellt für eine zukünftige irakische Gesellschaft. Es ist wichtig, dass wir uns einmischen, wenn uns nicht gefällt, in welche Richtung sich diese Gesellschaft entwickelt, derentwegen Krieg geführt worden ist.

Deutlich wurde auf der Konferenz, dass die Unabhängigkeit humanitärer Organisationen notwendig ist. Dass es die Zivilgesellschaft, die sozialen Bewegungen, die verschiedensten Berufs- und Interessensgruppen sind, die in ihren jeweiligen Gesellschaften Demokratie und Menschenrechte, soziale und wirtschaftliche Entwicklung erstreiten müssen. Vor allem von Frau von Pilar wurde die Arbeitsteilung angesprochen. Die Organisationen sollten sich auf ihre Kompetenzen beschränken – das ist ein wichtiges Grundprinzip. Wenn es aber wirklich darum geht, politische Verantwortung mittel- und langfristig zu übernehmen, dann müssen tragfähige Netzwerk- und Bündnisstrukturen geschaffen werden, die langfristig und kooperativ angelegt sind.

Die große Frage bleibt: muss das Ziel der Arbeit von NRO nicht doch in der aktiven Solidarität mit sozialen Bewegungen liegen, denn diese sind es, die Trägerinnen für grundlegende und substanzielle gesellschaftliche Veränderungen in der Zukunft sind.



IV. Materialien



Leere Hilfscontainer im sahraischen Flüchtlingslager, Algerien. Foto: Sebastian Bolesch

Humanitarismus in der Krise:

Macht und Ohnmacht der Hilfe

Eine Konferenz über die Zukunft humanitären Handelns

28.–29. März 2003

Kasino im Pölzig-Bau (ehem. IG-Farben-Haus), Universität Frankfurt/Main

Freitag, 28. März 2003, 18.00–22.00 Uhr

Humanitarismus in der Krise

- **Begrüßung**

Katja Maurer (medico international)

Ingrid Spiller (Heinrich Böll Stiftung, Berlin)

Prof. Micha Brumlik (Universität Frankfurt/Main)

- **Das humanitäre Paradox**

Hilfe in Zeiten des Krieges und der Not

Thomas Gebauer (Geschäftsführer medico international, Frankfurt/Main)

- **Geschenk auf Leben und Tod**

Wer hilft eigentlich wem?

Nuruddin Farah (Schriftsteller, Kapstadt/Somalia)

- **Beispiel Naher Osten**

Internationale Hilfe und lokale Menschenrechts-Organisationen

Physicians for Human Rights – die israelische Perspektive

Dr. Ruchama Marton (Präsidentin PHR, Tel Aviv)

- **Diskussion**

Hilfe in Zeiten des Krieges

mit den beteiligten Referentinnen und Referenten

Samstag, 29. März 2003, 9.30–22.00 Uhr

Die Wirklichkeit der Hilfe

■ Begrüßung

Katja Maurer (medico international)

■ Hilfe – Eine rettende Idee, die nur mildern, aber nichts retten kann

David Rieff (Publizist und Journalist, USA)

Panel

■ Hilfe zwischen technischem Pragmatismus und politischem Handeln

Sabine Eckart (Projektkoordinatorin, medico international)

Dr. Ulrike von Pilar (Geschäftsführerin Ärzte ohne Grenzen)

David Rieff (Publizist und Journalist, USA)

Dr. Martin Salm (Direktor Caritas international)

Moderation: Christiane Grefe (Redakteurin, Die Zeit)

Panel

■ Hilfe – eine Geisel der Außen- und Sicherheitspolitik?

Prof. Dr. Lothar Brock (Universität Frankfurt/Main)

Cornelia Füllkrug-Weitzel (Direktorin Brot für die Welt/Diakonisches Werk)

Horand Knaup (Redakteur, Der Spiegel)

Claudia Roth (Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt)

Moderation: Brigitte Kols (Frankfurter Rundschau)

Satire

■ Kleines Zwischenspiel

mit Matthias Deutschmann

Perspektiven der Hilfe

3 parallele Arbeitsforen

Forum 1

■ Gibt es einen Rechtsanspruch auf Hilfe?

Keynote: Geschichte humanitärer Hilfe – Ethik und Interesse: Prof. Micha Brumlik (Universität Frankfurt/Main)

Input: Recht auf Hilfe? Gesetzliche Regelungen, Recht und Moral: Prof. Dirk Fabricius (Universität Frankfurt/Main)

Praxis: Menschenrecht auf Hilfe – Theorie und Praxis: Dr. Ruchama Marton (Präsidentin Physicians for Human Rights, Israel)

Forum 2

■ **Hilfe als gesellschaftliche Verantwortung**

Keynote: Soziale Sicherung bedarf der gesellschaftlichen Institutionalisierung. Spielräume nationaler vs. globaler Politikgestaltung: Jürgen Stetten (Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin)

Input: Partizipative Demokratie, Dezentralität, Subsidiarität – die Prinzipien nachhaltiger Gesellschaften gelten auch für den Bereich sozialer Sicherung: Barbara Unmüssig (Vorstandsmitglied Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin)

Input: Thesen zu einem globalen Projekt gezielter Gerechtigkeit: Thomas Seibert (medico international)

Praxis: Lokale und regionale Modelle sozialer Sicherung: Walter Schütz (medico international, Nicaragua)

Forum 3

■ **Ist Hilfe finanzierbar?**

Keynote: Woher das Geld für ‚die andere Welt‘?: Jens Martens (Vorstandsmitglied WEED)

Input: Die Rolle der Wirtschaft: Albrecht Graf von Hardenberg (GTZ, Leiter des Büros für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – Public-Private Partnership)

Input: Wer gewinnt beim win-win-Spiel? – Zur Bedeutung und Kritik von öffentlich-privaten Kooperationskonzepten wie GAVI und Global Fund: Andreas Wulf (medico international/Health Action International HAI)

Resümee / Ausblick

■ **Hilfe als Herausforderung des Status Quo**

Prof. Micha Brumlik (Universität Frankfurt/Main)

Nuruddin Farah (Schriftsteller, Kapstadt/Somalia)

Thomas Gebauer (medico international)

Jens Martens (Vorstandsmitglied WEED)

Dr. Ruchama Marton (Präsidentin PHR, Tel Aviv)

David Rieff (Publizist und Journalist, USA)

Barbara Unmüssig (Vorstandsmitglied Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin)

Moderation: Christiane Knauf (Hessischer Rundfunk, Frankfurt/Main)

Programmatische Gedanken zur Konferenz »Macht und Ohnmacht der Hilfe«

I. Der Rahmen

Die Konferenz will über Konzepte und Praxen von Hilfe nachdenken, die eine nachhaltige Überwindung akuter Notlagen zum Ziel haben. Es soll nicht um solche Hilfen gehen, die etwa im Kontext chronischer Erkrankungen und Gebrechen dauerhaft gegeben werden müssen.

Hilfen, die auf die Überwindung von Katastrophen, Gewaltumständen und Krankheiten zielen, haben eine teleologische Dimension, die den Augenblick des Helfens überschreitet. Ihr Ziel ist letztlich die (Wieder-)Herstellung von Eigenständigkeit, in der sich Hilfe wieder überflüssig macht.

Solche Hilfe befindet sich im Spannungsfeld zwischen unmittelbaren spontanen Hilfen auf der einen Seite und sozialen Sicherungssystemen auf der anderen. Erstere gehen vom moralischen Impuls des Helfenden aus und reagieren auf eine unmittelbar wahrgenommenen Notlage. In sozialen Sicherungssystemen dagegen ist Hilfe gesellschaftlich institutionalisiert. Für letztere spricht, dass erst die Institutionalisierung von Hilfe ihren Empfängern die Möglichkeit eröffnet, Subjekt eines Rechtsanspruchs auf Hilfe und nicht einfach nur Objekt eines Gnadenakts zu sein, der willkürlich verweigert werden kann.

Das Prinzip sozialer Sicherung ist, individuelle Risiken und ihre Folgen gesellschaftlich zu tragen und entsprechende Strukturen und Angebote bereitzustellen. Im besten Fall ergänzen und unterstützen solche institutionalisierten Angebote die unmittelbaren, meist »nachbarschaftlichen« Hilfen direkt beteiligter Menschen, die bei Krankheit, Unfällen und Katastrophen den größten, oft unsichtbaren Teil von Hilfe leisten. Vor allem in politischen Krisen und bei Naturkatastrophen können die Systeme sozialer Sicherung überfordert sein und zusätzliche Unterstützung (z.B. externe Hilfe) erforderlich machen.

II. Zurückdrängung einer »Re-Feudalisierung« von Politik und Hilfe

Im Zuge des neoliberalen Kahlschlags im Bereich staatlicher Sozialpolitik ist auch die Idee eines gesellschaftlich garantierten Beistands für Menschen in Not unter Druck geraten. Das Beziehungsgefüge zwischen unmittelbaren Hilfen und sozialer Sicherung hat sich zugunsten unmittelbarer Hilfen verschoben.

Zu beobachten ist, wie an die Stelle des in den einschlägigen UN-Konventionen niedergelegten Rechts eines jeden Menschen auf soziale Sicherung und damit den Zugang zu entsprechenden sozialen Diensten wieder die barmherzige Geste, freiwillige Partnerschaften und familiäre bzw. klientelistische Formen von Sicherung (Clans, informellen Gruppen, mafiose Strukturen, Warlordismus) als Regelfall von Hilfe getreten sind.

Dieser Re-Feudalisierung von Hilfe, die ihrerseits wieder Klientelismus befördert und Hilfe zu einem geeigneten Instrument politischer Kontrolle werden lässt, entgegenzuwirken, ist eines der Hauptanliegen der Konferenz.

Dabei gilt es deutlich zu machen, dass ein Recht auf Hilfe in Not und soziale Sicherung sowohl ethische Verpflichtung als auch politische Notwendigkeit ist.

Hilfsorganisationen werden ihre eigene Praxis überdenken müssen. Notleidende Menschen sind nicht nur Objekte einer möglichst effizienten Versorgung, sondern selbst die zentralen Träger des Bemühens um Überwindung von Not. Die Gewährleistung notwendigen Beistands und das Aktiv-Werden der von Not betroffenen Menschen gehören unmittelbar zusammen, auch in Katastrophensituationen: Früher nannte man das mit großer Emphase »Hilfe zur Selbsthilfe«.

III. Verteidigung des sozialen Charakters von Hilfe gegen ihre Kommerzialisierung

Hilfe ereignet sich immer im Kontext von sozialen Beziehungen und bedarf des Appells eines Hilfssuchenden. Als Teil eines sozialen Handelns ist Hilfe voller Eigensinn und von kaum vorhersehbarer Dynamik. Die Idee, Hilfsmaßnahmen ohne Hilfe suchendes Gegenüber und ohne Kenntnis des politischen, sozialen und kulturellen Kontexts planen zu können, führt in die Irre.

Hilfe verliert ihr auf nachhaltige Überwindung von Not zielendes Wesen, wenn sie sich von den Rechten notleidender Menschen löst und zum Selbstzweck der Helfer wird. Eine solche Zweck-Mittel-Verkehrung resultiert nicht zuletzt aus der Instrumentalisierung von Hilfe für allerlei eigennützige und legitimatorische Zwecke. Beispielsweise sucht Hilfe, die im Kontext der voranschreitenden Kommerzialisierung zum »Produkt« geworden ist, zwangsläufig nach einem stetig »wachsenden Absatz« und nicht mehr danach, sich entbehrlich zu machen.

Zugleich bedeutet die Ökonomisierung von Hilfe, dass es auch »Verlierer am Markt« gibt, beispielsweise solche Menschen, deren Not nichts Spektakuläres an sich hat und deshalb auch nicht mehr die Aufmerksamkeit der Medien erlangt.

Den sozialen Charakter von Hilfe deutlich zu machen, der nicht an technisch-ökonomischen Kriterien gemessen werden kann, ist ein weiteres Anliegen der Konferenz.

IV. Pochen auf Unabhängigkeit und Verhinderung der Indienstnahme von Hilfe für Zwecke der strategischen Steuerung und Verhaltenskontrolle

Der Krieg im Irak zeigt erneut, wie Hilfe Gefahr läuft, von einer komplexen Außen- und Sicherheitspolitik für strategische Zwecke instrumentalisiert zu werden. Im außenpolitischen Kontext kann Hilfe zur Befriedung von Gefahrenpotentialen und der Linderung von Kriegsfolgen beitragen und nach innen bei der Überwindung von Legitimationsdefiziten helfen.

Die Konferenz dient auch der Reflexion und Zurückweisung von Strategien, die Züge einer repressiven Armenfürsorge tragen und Opfer in gute und schlechte aufspalten. Hilfe darf nicht an politisches Wohlverhalten geknüpft werden («konditionierte humanitäre Hilfe»). Notleidende Menschen müssen sich Beistand nicht erst »verdienen«.

Eine auf dauerhafte Überwindung von Not zielende Hilfe kann niemals Verbündete von Krieg und Gewalt sein. Hilfe drängt auf Ausgleich und darf sich nicht auf die Früherkennung von Systemstörungen beschränken, die bekämpft werden, um die Spaltung der Welt in Reiche und Arme, Machtvolle und Machtlose, Privilegierte und Gedeemütigte aufrecht zu erhalten

Nicht-staatliche Hilfsorganisationen müssen deshalb grundsätzlich andere Strategien verfolgen als staatliche Institutionen. Das schließt ein komplementäres Verhältnis beider nicht aus, bindet solche Komplementarität aber an das Mandat der nicht-staatlichen Hilfsorganisation und nicht an die Intentionen des Staatshandelns.

V. Ausblick: Nachdenken über alternative Hilfskonzepte, die weder der Idee feudaler Gönnerhaftigkeit noch einem autoritären Wohlfahrtsstaat das Wort reden

Hilfe, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, unterliegt bestimmten grundsätzlichen Prinzipien wie Demokratie, Dezentralität, Subsidiarität und respektiert den jeweils besonderen Kontext, in dem sie sich ereignet.

Eine auf Überwindung von Not zielende Hilfe setzt zuallererst voraus, in notleidenden Menschen etwas anderes zu sehen als bloße Objekte einer möglichst effizienten Versor-

gung. Statt Hilfe auf die technische Bereitstellung von Hilfsgütern zu beschränken, muss es auch darum gehen, notleidenden Menschen zu ihren Rechten zu verhelfen (z.B. Genfer Konvention, UN-Flüchtlingskonvention, Recht auf soziale Sicherung). Schließlich bedarf solche Hilfe einer eigenen Strategie, deren Erarbeitung zu den vordringendsten Aufgaben von Hilfsorganisationen zählt.

Zu überlegen sind:

- eine Revision bestehender »Codes of Conduct«
- das Bemühen um eine Art Weltsozialpakt, der eine »Weltbürgerschaft« konstituiert, die jeden Menschen am Ort seines Aufenthalts zum Träger aller sozialen Rechte macht
- die Demokratisierung der globalisierten Welt als einzige Alternative zum machtpolitisch motivierten Krieg und zur millionenfachen ökonomischen Ausgrenzung



Über Neutralität können die Helfer trefflich streiten

Humanitäre Organisationen diskutieren in Frankfurt ihr Selbstverständnis/Missbrauch durch Kriegsparteien beklagt

Johannes Richert vom Berliner Generalsekretariat des Roten Kreuzes hält schon den Versuch für gefährlich: »Ich möchte davor warnen.« In Zeiten, da von anderer Seite die Axt ans Völkerrecht gelegt werde, dürften humanitäre Hilfsorganisationen nicht die Grundlage ihrer Arbeit anzweifeln: ihre Verpflichtung zur Neutralität. Dass das Rote Kreuz in Konfliktgebieten so viele Hilfsbedürftige erreiche, so Richert, »liegt vielleicht daran, dass wir so unmoralisch den Mund halten«.

Die Moral hat Thomas Gebauer ins Spiel gebracht. Der Geschäftsführer von *medico international* hat zur Konferenz über »Macht und Ohnmacht der Hilfe« nach Frankfurt am Main eingeladen, und fast alle durchaus konkurrierenden Organisationen sind dem Ruf gefolgt. Um sogleich von Gebauer mit dem Vorwurf eines »unpolitischen Pragmatismus« konfrontiert zu werden, der »keine Partei ergreifen möchte, sich um Linderung der ärgsten Not kümmert, aber die bestehende Ordnung nicht mehr in Frage stellt«. Zwischen Krieg und Frieden dürfe es keine Neutralität geben. Schwer, dem zu widersprechen.

Doch Ulrike von Pilar pocht auf Differenzierung. Eine Menschenrechtsgruppe müsse sich politisch mehr einmischen als etwa das Rote Kreuz, dessen Internationales Komitee für die Betreuung von Kriegsgefangenen zuständig ist – eine Arbeit, die strikte Wahrung von Neutralität zwingend voraussetze. »Neutralität angesichts der Leiden der Menschen« kann es für die Geschäftsführerin von *Ärzte ohne Grenzen* nicht geben – da trifft sie einen Grundkonsens unter den fast 300 Konferenzteilnehmern; wohl aber Unparteilichkeit. »Ich will mir nicht von den Koreanern sagen lassen, wer Hunger leidet und wer nicht.«

So wenig, wie sich Cornelia Füllkrug-Weitzel vom Diakonischen Werk während der Balkan-Konflikte der Forderung der rot-grünen Bundesregierung beugen mochte, »nur die demokratischen Kräfte in Serbien zu unterstützen«. Für Ulrike von Pilar ist es »eine der größten Errungenschaften«, dass Menschen mitten in Konflikten und Gewaltsituationen ein »Recht auf Hilfe« zukomme – ausschließlich nach ihrer Bedürftigkeit, ohne Ansehen ihrer politischen Anschauung, ihres ethnischen Status. »Die Rolle des Richters steht uns nicht zu«, sagt auch Caritas-Direktor Martin Salm und bezieht sich auf ein besonders schwieriges Beispiel: Ruanda nach dem Genozid, als ihre Hilfe Flüchtlingen galt, die oft genug selbst »Blut an den Händen« hatten.

Durch den Golfkrieg wird eine Gefahr offenbar, die sich zuvor eher den Fachleuten angekündigt hat: dass humanitäre Hilfe zunehmend zu politischen Zwecken ge- und missbraucht wird, letzten Endes gar dazu dienen kann, militärische Intervention zu legitimieren. In Ländern wie Angola, Liberia oder Afghanistan, sagt Thomas Gebauer, sei Nothilfe in einem Maß zur »Ressource von Kriegsparteien« geworden, »dass sie als integraler Bestandteil des Gewaltzyklus angesehen werden musste«. Ulrike von Pilar berichtet, dass die Hilfsorganisationen in Ruanda Flüchtlinge »im Stich lassen« mussten, »weil wir nicht verhindern konnten, dass Hilfsgeld unter den Augen der UN für Waffen und die nächsten Morde verwendet wurde«.

Was also tun? Auf langfristige Zusammenarbeit mit lokalen Partnern setzt medico. Ärzte ohne Grenzen wird, wie in Nordkorea oder Goma, »testen«, wie weit unabhängige Arbeit möglich ist; drei ihrer Ärzte leisten Schichtdienst in einem Bagdader Hospital. Doch letzten Endes brauche Hilfe »eine gesellschaftspolitische Vision«, sagt Caritas-Direktor Salm; sonst könne sie schaden.

Astrid Hölscher, Frankfurter Rundschau, 31. März 2003

* * *

Über Neutralität können die Helfer trefflich streiten

Humanitäre Organisationen diskutieren in Frankfurt ihr Selbstverständnis / Missbrauch durch Kriegspartei

Von Astrid Hölscher (Frankfurt a. M.)

„Johnannes Richert vom Berliner Generalsekretariat des Roten Kreuzes hält schon den Versuch für gefährlich: „Ich möchte davon warnen.“ In Zeiten, da von anderer Seite die Axt ans Völkerrecht gelegt werde, dürften humanitäre Hilfsorganisationen nicht die Grundlage ihrer Arbeit an zweifeln: ihre Verpflichtung zur Neutralität. Dass das Rote Kreuz in Konfliktgebieten so viele Hilfsbedürftige erreiche, so Richert, „liegt vielleicht daran, dass wir so unmoralisch den Mund halten“.

Die Moral hat Thomas Gebauer ins Spiel gebracht. Der Geschäftsführer von Medico International hat zur Konferenz über „Macht und Ohnmacht der Hilfe“ in Frankfurt am Main eingeladen, und fast alle durchaus konkurrierenden Organisationen sind dem Ruf gefolgt. Um so überraschender ist die Vorwürfe eines

politisch nicht einflussreiche Kreuz, dessen Internationales Komitee für die Betreuung von Kriegsgefangenen zuständig ist – eine Arbeit, die strikte Wahrung von Neutralität zwingend voraussetze. „Neutralität angesichts der Leiden der Menschen“ kann es für die Geschäftsführer von Ärzten ohne Grenzen nicht geben – da trifft sie einen Grundkonsens unter den fast 300 Konferenzteilnehmern; wohl aber Unparteilichkeit. „Ich will mir nicht von den Koranern sagen lassen, wer Heiliger ist“, sagt

zwei von Diakonischen Werk während der Balkan-Konflikte der Forderung der rot-grünen Bundesregierung beugen mochte, „nur die demokratischen Kräfte in Serbien zu unterstützen“.

Für Ulrike von Pilar ist es „eine der größten Eigenschaften“, dass Menschen in Konfliktsituationen Gewalt

dazu dienen können. „Das ist ein Recht auf legitime Selbstverteidigung“, erklärt Gebauer, sei es die „Ressource von Frauen“, „dass sie als in der Welt waltzyklus an der Spitze sind“.

„In den Augen der Machthaber sind Humanitäre Hilfe in Zeiten des Krieges / Konferenz zum Thema „Macht und Ohnmacht der Hilfe“

Rolle auch Caritas, die sich auf ein besonderes Beispiel: Ruanda nach dem Genozid, als ihre Hilfe Flüchtlingen galt, die oft genug selbst „Blut an den Händen“ hatten.

Durch den Golf-Krieg wird eine Gefahr offenbar, die sich zuvor eher den Fachleuten angekündigt hat: dass humanitäre Hilfe zunehmend für politischen Zwecken ge-

North Korea oder Nordkorea oder Ärzte leisten, dader Hospitäler die Hilfe „eine on“, sagt Caritas

„Helfer im Irak müssen einen lauten Ruf erheben“

Vertreter der Hilfsorganisationen fühlen sich hilflos / Nur wenige Helfer sind im Land

Der Krieg im Irak hat eine ganze Reihe von Hilfsorganisationen in die Luft geschlagen. „Nur wenige Helfer sind im Land“, sagt Thomas Gebauer, Geschäftsführer von Medico International.

Das humanitäre Versagen

Über Macht und Ohnmacht des Helfers

„Wir werden Chaos erleben“

Der Schriftsteller Nuruiddin Farah fürchtet die Folgen des Irak-Kriegs und warnt vor der anglo-amerikanischen Intervention

„Der Krieg gehen Hand in Hand“, sagt Nuruiddin Farah. Heimat Somalia verlassen musste, weil die Kulturen nicht verstanden. In Somalia leben die Menschen in einem Zustand der Unsicherheit. Die Kulturen sind unterschiedlich. Die Menschen sind unterschiedlich. Die Kulturen sind unterschiedlich. Die Menschen sind unterschiedlich.

„Viele Menschen werden sterben“, sagt Nuruiddin Farah. Die Menschen werden sterben. Die Menschen werden sterben. Die Menschen werden sterben.

die kein Problem mit dem Westen haben. Aber einige im Westen wollen offensichtlich einen solchen Krieg schüren. Wenn Sie hinter Osama bin Laden her sind im Kampf gegen den Terror, welchen Sinn hat es dann, Irak anzugreifen? Bin Laden ist nicht in Bagdad. Bush und seine Leute wollen diese Konfrontation mit der islamischen Welt in derselben Weise wie Saddam Hussein sie mit dem Westen sucht. Vielleicht werden Moslems bald erklären müssen, warum sie Moslems bleiben und jemand wie ich, warum ich darauf beharre, dass man nicht alle Amerikaner mit der Bush-Regierung gleichsetzt.

Ihre Heimat Somalia war Schauplatz der ersten so genannten humanitär-militärischen Intervention unter US-UN-Flagge. Es war ein Desaster. War es vorhersehbar?

Ja, ich denke, dass es eine Art Déjà-vu-Effekt gibt, wenn man jetzt auf den Irak-Krieg blickt. Die US-Intervention in Somalia hat nur den Krieg verlängert. Geweheit sind niemals die Lösung. Und wenn es tatsächlich um die Klärung einer politischen Frage geht, dann: Bitte, lasst die Waffen raus. Wie können die USA Irak wieder zusammenfügen, wenn es erst mal zerstört ist? Es ist nicht mal gelungen ist, Afghanistan

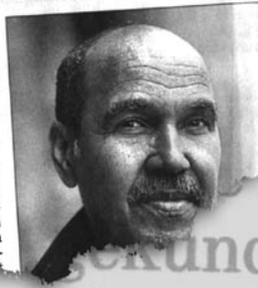
bedroht. Lehnen sie Intervention von außen in jedem Fall ab?

Ja, das lehne ich ab. Irak zum Beispiel bewegt sich nun auf einen Bürgerkrieg zu. Saddam Hussein ist sicher ein Tyrann, aber wenn die Menschen in Irak es nicht schaffen, ihn zu stürzen und man das von außen versucht, wird es Bürgerkrieg geben. Wenn erst einmal eine Waffe benutzt worden ist, verlängert dies die Krise. Es

wird viel schwieriger werden, sie zu beenden. Nicht nur für Irak, sondern für den Nahen Osten. Das israelisch-palästinensische Problem ist damit nicht das Problem bin Laden ist nicht so glaube nicht an die Befreiung Iraks kann nicht befreit werden, man muss sie selbst befreien.

Humanitäre Hilfe halten Sie immer für segensreich. Sie sprengen vergifteten Geschenken. Warum?

Die Helfer sollten nur sehr beschränkt und keine Abhängigkeiten schaffen stellt sich die Frage, warum sie unsere Probleme nicht ihr Volk. Man kann jemand Wasser geben. Durst hat, aber diese Gutmenschen den Leuten die Fähigkeit zu helfen weg. Krieg und Hunger sind die schlimmsten Dingen, die man machen kann.



„Ich bin ein Mensch“, sagt Nuruiddin Farah. Die Menschen sind unterschiedlich. Die Kulturen sind unterschiedlich. Die Menschen sind unterschiedlich.

Informationen zu den ReferentInnen

Brock, Lothar Prof.

Prof. Lothar Brock, geb. 1939, ist Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen in Frankfurt/Main. Er ist Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und seit 1992 Vorsitzender der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für Kirchlichen Entwicklungsdienst.

Brumlik, Micha Prof.

Prof. Micha Brumlik, geb. 1947, studierte Pädagogik und Philosophie in Jerusalem und Frankfurt/Main. Er ist Professor am Institut für allgemeine Erziehungswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main mit dem Schwerpunkt »Theorie der Erziehung und Bildung«. Daneben leitet er als Direktor das Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust in Frankfurt/Main.

Deutschmann, Matthias

Matthias Deutschmann, geb. 1958, macht politisches Kabarett seit »Strauß Kanzler werden wollte«. Er tritt sowohl mit Gruppen als auch als Solo-Kabarettist auf. Er erhielt im November 1992 den Deutschen Kabarettpreis des Burgtheaters Nürnberg, im November 1994 folgte der Deutsche Kleinkunstpreis.

Eckart, Sabine

Sabine Eckart ist Politologin und Pädagogin und seit 1998 bei medico zuständig für die Koordination von Nothilfemaßnahmen. Hier koordinierte sie bisher die umfangreiche Flüchtlingshilfe für die sahraischen Flüchtlinge im Süden Algeriens. Gemeinsam mit den lokalen Partnern bereitete sie die Nothilfe von medico nach dem Hurrican Mitch in Nicaragua (1998) und für Betroffene der Überschwemmungen in Mosambik (2000) vor. Aktuell ist sie bei medico für die Nothilfe in den Palästinensischen Autonomiegebieten und für den Irak zuständig.

Fabricius, Dirk Prof.

Prof. Dirk Fabricius studierte Rechtswissenschaft und Psychologie in Tübingen, Gießen und Berlin. An der Universität Hannover folgten die Promotion und Habilitation. Er ist Professor für Strafrecht, Kriminologie und Rechtspsychologie in Frankfurt/Main und Mitbegründer und -Herausgeber der Zeitschrift »Recht & Psychiatrie« (R&P).

Farah, Nuruddin

Nurrudin Farah, afrikanischer Schriftsteller, geb. 1945 in Südsomalia. Er ist ein Autor, der die Geschichte seines von äußeren Übergriffen und inneren Konflikten zermarterten Landes immer wieder in den Fokus seines Schaffens stellte.

Er studierte Philosophie, Soziologie und Literatur in Chandigarh, Indien, später Theaterwissenschaften in London. Heute lebt er in Kapstadt.

Farah erhielt zahlreiche Auszeichnungen und Preise, so den Tucholsky Preis für seine Arbeit als Exilschriftsteller, 1993 den Preis für den besten Roman in Zimbabwe (Titel: Gifts), den Premio Cavour Literaturpreis für die italienische Ausgabe von Close Sesame, den Neustadt-Literaturpreis (1998), den Fonlon-Nicholas- Award 2000 für sein Gesamtwerk und den English-Speaking Literary Award für seinen Roman Sweet and Sour Milk (1980).

Füllkrug-Weitzel, Cornelia

Cornelia Füllkrug-Weitzel, geb. 1955, studierte Ev. Theologie, Politikwissenschaft und Pädagogik. Cornelia Füllkrug-Weitzel ist Direktorin des Bereichs Ökumenische Diakonie des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland / EKD (Brot für die Welt, Diakonische Katastrophenhilfe, Hoffnung für Osteuropa). Darüber hinaus ist sie stellvertretende Vorsitzende von Action by Churches Together (ACT), Genf.

Gebauer, Thomas

Thomas Gebauer, geb. 1955, Diplom-Psychologe, Geschäftsführer von medico international, Co-Initiator der »Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen«, zahlreiche Veröffentlichungen zur Politik von Nichtregierungsorganisationen.

Hardenberg, Albrecht Graf von

Albrecht Graf von Hardenberg, geb. 1943, ist der Gründer und Leiter des GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH) Büros für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft/ Public Private Partnerschaft (PPP) in Berlin.

Knaup, Horand

Horand Knaup ist Redakteur beim Spiegel, Autor des Buches Hilfe, die Helfer kommen, Karitative Organisationen im Wettbewerb um Spenden und Katastrophen (1996).

Martens, Jens

Dipl. Volkswirt, geb. 1962, ist Vorstandsmitglied von »Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.« (WEED) und dort verantwortlich für die Programmbereiche Internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik und Investitionen / TNC's; er koordiniert ebenfalls die Projektgruppe Global Policy von WEED.

Marton, Ruchama Dr.

Dr. Ruchama Marton ist Psychiaterin, Feministin, Menschenrechtsaktivistin. Sie ist Gründerin und Präsidentin von Physicians for Human Rights-Israel (Tel Aviv), eine Organisation bestehend aus israelischen und palästinensischen Ärzten, aktiv seit 1988. Dr. Ruchama Marton erhielt zahlreiche Friedens- und Menschenrechtsauszeichnungen, unter anderem den Emil Grunzweig Award for Human Rights, überreicht von der Association for Civil Rights, Israel, und erst kürzlich den Jonathan Mann Award for Global Health and Human Rights, 2002.

Maurer, Katja

Katja Maurer, geb. 1957, ist Journalistin. Sie arbeitet seit 1998 bei medico international und ist dort Leiterin der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und verantwortlich für die Pressearbeit.

Pilar von, Ulrike Dr.

Dr. rer. nat., Geschäftsführerin der deutschen Sektion von Médecins Sans Frontières / Ärzte ohne Grenzen (MSF), studierte Mathematik. Zuvor war sie Vorsitzende von MSF in Deutschland, in ihrer jetzigen Funktion arbeitet sie seit 1997.

Rieff, David

David Rieff, Sohn von Susan Sontag, ist Publizist, Journalist und Politikanalytiker. Er lebt in Manhattan, New York.

Inhaltlich beschäftigt er sich umfassend mit Themen wie Krieg, Menschenrechte und humanitäre Hilfe in Afrika, Dritte-Welt-Immigration in Amerika und kulturellen Aspekten. Rieff ist Autor zahlreicher Bücher zu den Themen Krieg und Nothilfe.

Roth, Claudia

Claudia Roth, geb. 1955, ist Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt und Kulturpolitische Sprecherin. von Bündnis 90/Die Grünen. Zuvor war sie Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen (2001–2002).

Salm, Martin Dr.

Dr. Martin Salm, geb. 1955, studierte Altamerikanistik, Ethnologie und Volkswirtschaftslehre in Bonn und Berlin. 1997 übernahm er die Leitung von Caritas international und ist seitdem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des Deutschen Caritasverbandes. Seine Schwerpunkte sind Entwicklung einer neuen Vision und Strategie für Caritas international und deren organisatorische Umsetzung.

Schütz, Walter

Walter Schütz ist Mitarbeiter von medico international. Er ist Projektkoordinator und lebt in Managua, Nicaragua.

Seibert Thomas Dr.

Thomas Seibert ist Philosoph und Mitarbeiter der Öffentlichkeitsabteilung von medico international, er lebt in Frankfurt/Main.

Spiller, Ingrid

Ingrid Spiller, geb. 1956, studierte Geografie, Entwicklungssoziologie und Internationale Agrarentwicklung in Berlin. Seit Anfang der 80er Jahre engagiert sie sich in der Nord-Süd Politik, u.a. als Redakteurin bei der Entwicklungspolitischen Korrespondenz und als Öffentlichkeitsreferentin bei der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt (ASW). Sie ist bei der Heinrich-Böll-Stiftung als Referentin im Studienwerk tätig, zuständig für das Internationale Stipendienprogramm; seit 2001 arbeitet sie im Auslandsbereich.

Stetten, Jürgen

Jürgen Stetten ist Volkswirt und arbeitet seit 1992 für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), u.a. in Projekten in Vietnam und Südafrika. Seit 2001 arbeitet er für die FES in Berlin und koordiniert dort das Programm »Dialogue on Globalization«.

Unmüßig, Barbara

studierte Politische Wissenschaft an der FU Berlin und war wissenschaftliche Mitarbeiterin der MdB Uschi Eid und Ludger Volmer. 1993–2002 war sie Geschäftsführende Vorstandsvorsitzende bei Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V. (WEED). 2000 Gründungsmitglied des »Deutschen Instituts für Menschenrechte« (DIMR), seit Mai 2001 stellvertretende Vorsitzende des Kuratoriums des DIMR. Heute ist Barbara Unmüßig Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Wulf, Andreas Dr.

Andreas Wulf, geb. 1965, studierte Humanmedizin an der FU Berlin und arbeitet seit 1998 als medizinischer Projektkoordinator bei medico international. Er vertritt medico international u.a. im weltweiten pharmakritischen Netzwerk Health Action International HAL.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz

Nr.	Name	Vorname	Organisation
1	Aktas	Nesrin	
2	Arendt	Reinhard	
3	Arthen	Daniela	
4	Becker	Sabine	Kinderberg International
5	Behr		
6	Bender	Dr. Wolfgang	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
7	Bender-Szymanski	Dr. Dorothea	Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
8	Blankerts	Christine	
9	Blankerts	Hagen	
10	Blankerts	Renate	
11	Blume	Katrin	
12	Böhm	Julia	
13	Braunholz	Jan	Dritte-Welt-Haus
14	Brock	Prof. Lothar	medico international
15	Brumlik	Prof. Micha	medico international
16	Bünte	Michael	Terres des Hommes
17	Burckert	Rainer	Universität Frankfurt
18	Burian	Rosemarie	
19	Burse	Petra	
20	Carstensen	Angela	
21	Caspar	Sabine	GFSV
22	Cetin	Onur	
23	Chamberlain	Keith	
24	Chu	Tamira	
25	Deiniger	Heinz	
26	Dernehl	Martina	Hessischer Rundfunk
27	Dettmar	Ines	
28	Deutschmann	Matthias	Stipendiat der Heinrich Böll Stiftung
29	Diabate	Petra	
30	Doll	Bertram	Universität Frankfurt
31	Eckart	Sabine	
32	Edelkott	Elke	

33	Engel	Ute	medico international
34	Engelhardt	Bärbel	
35	Essayan-Abel	Madeleine	Deutsch-Armenische Gesellschaft e.V.
36	Fabircius	Prof. Dirk	medico international
37	Farah	Nuruddin	Physicians for Human Rights PHR
38	Felsen	Doris von der	Werkhof-Darmstadt
39	Fett	Roland	EED
40	Fies	Andrea	ARTE dt.-franz. Fernsehen
41	Fink	Matthias	Bayerischer Rundfunk
42	Finkernagel	Catrin	
43	Finkernagel	Dr. Holger	
44	Fister	Eckart	
45	Flock	Uwe	
46	Franke-Schuckardt	Ines	Universität Frankfurt / medico international
47	Franke-Schuckart	Ines	
48	Freiberg	Karl	
49	Freundlieb	Ursula	
50	Friedrich	Ruth-Maria	
51	Fuchs	Cornelia	Stern
52	Füllkrug-Weitzel	Cornelia	
53	Gebauer	Thomas	medico international
54	Gebhardt	Otto	
55	Genschow	Ulrich	
56	Gensler	Marlies	
57	Georg-Lilling	Rainer	
58	Glasenapp	Martin	medico international
59	Göttsche	Angela	Evangelischer Pressedienst
60	Grefe	Christiane	Die Zeit
61	Gresch-Bruder	Dr. Ramona	Deutsches Institut für Ärztliche Mission
62	Hachmuth	Christiane	Städtefreundschaft Frankfurt-Granada
63	Hackenbergl	Klaus	
64	Hahn	Vanda	agisra e.V.
65	Hammermeister	Juliane	BUKO
66	Hanka	Gabriele	WEED
67	Hansen	Heiko	
68	Happe	Sigrid	
69	Harth	Alexander	
70	Harth	Barbara	

71	Hartlaub-Klein	Cornelia	
72	Haunstein	Sebastian	
73	Hausigk	Torsten	Technologie Transfer Marburg
74	Hebel	Stephan	Frankfurter Rundschau
75	Hegelmaier	Prof. Christian	DTC
76	Heiliger	Anita	medico international
77	Heins	Volker	IFS
78	Henzschel	Thomas	Uni Jena, Inst. f. Politikwissenschaften
79	Heusser	Renata	medico international Schweiz
80	Hilgert	Christian	
81	Hirsch	Prof. Joachim	medico international
82	Hock	Beate	
83	Hoffmann	Heike	
84	Hoffmann-Volz	Ursula	
85	Hofmann	Gisela	
86	Höher	Wolfgang	
87	Hohmann	Rosemarie	
88	Hohmann	Sebastian	
89	Holler	Ulrike	HR 1
90	Hollp	Ursula	
91	Hölscher	Astrid	Frankfurter Rundschau
92	Horbach	Julia	BAGI
93	Hornbostel	Eike	Kinderberg International
94	Huber	Anna	medico international
95	Huber	Michael	
96	Hübner-Schmid	Katharina	GTZ
97	Ibrahim	Tanja	Dt. Zentralinstitut für soziale Fragen
98	Jahn	Walter	GTZ
99	Jamann	Dr. Wolfgang	WORLDVISION Deutschland e.V.
100	Joachim	Ingeborg	Traumhilfe Frankfurt
101	Jung	Anne	medico international
102	Kandulla	Maren	Ask!
103	Karl	Christina	
104	Keersmaecker	Francois de	
105	Kersting	Werner	Initiative Pro-Afrika
106	Kleefeldt	Esther	
107	Klein	Petra	
108	Klein	Thomas	Neues Deutschland

109	Klingshirn	Agnes	
110	Klissenbauer	Ute	
111	Knaf	Monika	
112	Knaup	Horand	Der Spiegel
113	Knittel	Michael	
114	Knoll	Dr. Barbara	
115	Kols	Brigitte	Frankfurter Rundschau
116	Korkmaz	Yücel	
117	Koschella	Annelie	medico international
118	Krämer	Barbara	GEW
119	Krampe	Eva-Maria	
120	Kreidler	Corinna	Deutsche Welthungerhilfe
121	Kremberg	Gisela	BNGI
122	Krines	Petra	
123	Kuch	Christine	
124	Kuhl-Greif	Martha	Friedensgruppe Busuk
125	Kühn	Brigitte	medico international
126	Küpers	Helga	
127	Larem	Werner	
128	Lauber	Johannes	Marburger Weltladen
129	Lautenschläger	Eva	
130	Lehner	Tanja	
131	Lehnert	Iris	
132	Leicht	Sepp-Dieter	Ökumenischer Friedenskreis
133	Leichtl	Sibylle	BRK, Kreisverband Regensburg
134	Leidinger Beierle	Bernadette	medico international
135	Leineweber	Anna	Nicaragua-Verein
136	Leonhardt	Marja	
137	Leszczynska	Anna	FPI
138	Lips	Georg	
139	Lock	Heide	EART e.V.
140	Lock	Peter	EART e.V.
141	Loy	Heidemarie	
142	Lübben	Sabine	Quäker-Hilfe e.V.
143	Luzar	Claudia	Opferperspektive e.V.
144	Mari	Francisco	Dachverband FairWertung
145	Martens	Jens	medico international
146	Martin	Nicholas	

147	Marton	Dr. Ruchama	medico international
148	Maurer	Katja	medico international
149	Mayer-Eppelsheimer	Ursula	medico international
150	Mecking	Angela	
151	Meinhold	Juliane	Solidaritätsdienst international
152	Merk	Usche	medico international
153	Merten	Martina	Deutsches Ärzteblatt
154	Merten	Dr. Peter	
155	Miketta	Marion	ASA-Programm
156	Mildenberger	Elisabeth	gtz GmbH
157	Mueller-Debus	Gerhard	
158	Müller	Annette	
159	Müller	Dieter	medico international
160	Müller	Dominik	
161	Müllerleile	Christoph Dr.	Büro f. Öff.arb. und Fundraising
162	Müller-Schöll	Christel	
163	Müller-Schöll	Jörg	
164	Naidoo	Lewellyn	
165	Naumann	Andreas	POS Dresden
166	Neckermann	Christina	GTZ
167	Neunteufl	Franz	Ärzte ohne Grenzen
168	Nfoh	Christopher	
169	Nikravesch-Quell	Shahla	
170	Nohr	Ludger Dr.med	
171	Nowak	Heinrich	AK Asyl Bitburg
172	Nowak	Monika	AK Asyl Bitburg
173	Obertreis	Rolf	Wirtschaftskorrespondent Tagespiegel u.a.
174	Oesch	Ulrike	Psychosoziale Infostelle
175	Orsi	Selina	GTZ
176	Pamuk	Ulrike	
177	Pamuk	Ulrike	
178	Päschke	Bernd	
179	Peppers	Catrin	
180	Peter	Ina	Diakonisches Werk d. EKD
181	Petermann	Wolfgang	
182	Pflaum	Kaspar	
183	Pflaum	Sabine	
184	Philipps	Eva	

185	Pilgrim	Christoph	
186	Plum	Gerrit	
187	Prange	Astrid	Rheinischer Merkur-Wirtschaftsred.
188	Prelle	Jörg	medico international
189	Quell	Uwe	
190	Quigley	Nicolette	
191	Reichardt-Herding	Helga	
192	Reinhard	Ines	GTZ
193	Reinhard	Johannes	medico international
194	Reker	Judith	Zeitschrift »mare«
195	Resch	Christian	Ärzte ohne Grenzen
196	Richert	Dr. Johannes	Deutsches Rotes Kreuz Generalsekretariat
197	Rickert	Monika	
198	Rieff	David	Rosa-Luxemburg-Forum Frankfurt/Main
199	Riessbeck	Dr. Helmut	
200	Rimli	Lisa	
201	Ritter	Barbara	GTZ
202	Ritthaler	Gernot	Caritas international
203	Roesler	Anna Gabriele	
204	Rossbach	Manuela	CARE Deutschland e.V.
205	Rössel-Cunovic	Marie	FATRA e.V.
206	Roßkamp	Hedi	Asylkontaktkreis
207	Roßkamp	Wolf	Asylkontaktkreis
208	Roth	Claudia	Beauftr. d. Bundesreg. F. Menschenrechte
209	Rothkegel	Sibylle	FU Berlin, OPSI
210	Ruchlak	Nicole	Bayern2Radio
211	Rudat	Helmut	
212	Rügge	Matthias	GTZ
213	Ruhemann	Heinrich	Red. »treffpunkt eine welt« bei Radar
214	Ruhemann	Ruth	results Germany
215	Rühl	Bettina	
216	Ruppel	Andrea	
217	Rütten	Christine	Hessischer Rundfunk-Fernsehen
218	Sagebiel	Astrid	GTZ
219	Salm	Dr. Martin	
220	Sattler	Christiane	Greenpeace
221	Sauerborn	Claudia	Abteilung Tropenhygiene und Öffentliches Gesundheitswesen, Heidelberg
222	Scheib	Hermann	

223	Schick	Kathrin	voice
224	Schiner	Sabine	Redaktion Kultur und Gesellschaft
225	Schmidt	Karin	
226	Schneiders	Cecile	
227	Schulzke	Regina	
228	Schumacher	Dr. Rudolf	
229	Schumann, von	Andreas	GTZ AgneZ
230	Schütz	Walter	medico international
231	Schwager	Bea	medico international Schweiz
232	Seibert	Thomas	medico international
233	Siebicke	Larissa	J.W. Goethe-Uni
234	Simons	Barbara	Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
235	Sobabjo	Dr. Ajoke	GTZ
236	Spann	Astrid	
237	Sparrer	Ulla	
238	Speiser	Dr. Sabine	
239	Spengler	Alicia	GTZ
240	Spiller	Ingrid	Heinrich-Böll-Stiftung
241	Spindeler	Kirsten	Medica Mondiale
242	Stein	Dina	Förderverein Jüdisches Beratungszentrum Ffm
243	Steinheimer	Uli	medico international
244	Stenner	Paul	University College, London
245	Stetten	Jürgen	Friedrich-Ebert-Stiftung
246	Sturmfels	Christa	Psych. Praxis
247	Syring	Ralf	
248	Taschek	Ingrid	Staatsministerium Baden-Württemberg
249	Thiel	Ingo	medico international
250	Thiel	Ingo	
251	Thiel	Reinhold E.	Entwicklung und Zusammenarbeit
252	Tobler	Stefan	
253	Tracht	Karl-Ludwig	
254	Tracht	Silke	
255	Trenkel	Stefan	Diskus-Frankfurter StudentInnenzeitung
256	Unmüssig	Barbara	Heinrich-Böll-Stiftung
257	van Baaijen	Andreas	medico international
258	Van de Loo	Jan	Helmholtzschule
259	van Ooyen	Frank	
260	Vogel	Andreas	

261	Volke	Dorothea	
262	Von Gierke-Kalinke	Barbara	
263	von Hardenberg	Graf Albrecht	GTZ-Büro f. d. Zusammenarbeit m. d. Wirtschaft
264	von Pilar	Ulrike	Ärzte ohne Grenzen
265	Vorwerk	Sonja	
266	Vuckovic	Dr. Myriam	GTZ
267	Wälther	Jürgen	medico international
268	Weber	Gabriela	WORLDVISION Deutschland e.V.
269	Weber	Jürgen	Dritte-Welt-JournalistInnennetz epd-Entwicklungspolitik
270	Wegmann	Heiko	iz3w
271	Weicker	Bernhard	Attac-Mitglied
272	Weise	Dr. Hans-Jürgen	ZMA Dental Aid
273	Weiss	Rainer	medico international
274	Widderich	Sönke	
275	Wienberg	Kirsten	Medica Mondiale
276	Wildangel	René	medico international
277	Wilke-Launer	R.	Dienste in Übersee
278	Winter	Bianca	IPPNW
279	Witte	Claudia	
280	Wittkowsky	Prof. Alexander	
281	Wolfinger	Gesine	Diakonie
282	Wolter	Frauke	Badische Zeitung, Freiburg
283	Wottgen	Karsten	
284	Wulf	Andreas	medico international
285	Yildiz	Gudrun	
286	Yüksel	Savas	
287	Zöllner	Ralf	

»Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.« (Heinrich Böll)

Ihre Ziele

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in den Hackeschen Höfen im Herzen Berlins ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Die Stiftung arbeitet in rechtlicher Selbständigkeit und geistiger Offenheit. Ihre Organe der regionalen Bildungsarbeit sind die 16 Landesstiftungen.

Vorrangige Aufgabe der Stiftung ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Die Heinrich-Böll-Stiftung will Kristallisationspunkt für grundsätzliche wie aktuelle Debatten sein, die Anstöße für gesellschaftspolitische Reformen geben. Dazu gehört z.B. die Frage nach Gestaltungsmöglichkeiten für eine nachhaltige und sozial gerechte Globalisierung.

Die Stiftung verwirklicht nicht nur viele eigene Projekte, sondern sie ermutigt und unterstützt auch Gruppen und Einzelpersonen, die ihre Verantwortung wahrnehmen, die Welt friedlicher zu gestalten, die natürliche Umwelt zu bewahren und den Menschenrechten weltweit zur Anerkennung zu verhelfen.

Die Stiftung will dazu beitragen, die Mechanismen der beiden totalitären Regime in Deutschland begrifflich zu machen und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Aktuelle Schwerpunkte der Bildungsarbeit sind u.a. die Gestaltung der Globalisierung, zivile Konfliktbearbeitung, die EU-Ost-Erweiterung und die neue Außen- und Sicherheitspolitik. Besondere Anliegen der Stiftung sind die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als ein von Abhängigkeit und Dominanz freies Verhältnis der Geschlechter. Beide Aufgaben sind maßgebliche Leitbilder für die interne Zusammenarbeit wie auch für die öffentliche Tätigkeit aller Bereiche der Stiftung.

Die Arbeit der Stiftung ist darauf gerichtet, den Respekt zwischen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlicher kultureller oder geschlechtlicher Identität und politischer Meinung zu fördern. Ebenso soll der Diskriminierung von Lesben und Schwulen entgegengewirkt werden.

Die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung sollen politisch motiviert und ethisch verantwortet sein sowie kulturelle Akzente setzen. Die Stiftung fördert Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung.

In der Hilfe für verfolgte Künstlerinnen und Künstler und in der Verteidigung der Meinungsfreiheit setzt die Stiftung das Erbe Heinrich Bölls fort. In Bölls ehemaligem Wohnhaus in der Eifel ist eine Arbeits- und Zufluchtsstätte für Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt entstanden.

In der internationalen Zusammenarbeit mit einer großen Zahl von Projektpartnern – zur Zeit sind es rund 200 Projekte in über 60 Ländern – will die Stiftung ökologisches und ziviles Handeln global stärken, den regionenübergreifenden Gedanken- und Erfahrungsaustausch intensivieren und die Sensibilität für Veränderungen wachhalten.

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung möchte eine Zukunftswerkstatt sein, die besonders begabte Studentinnen und Studenten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördert, gesellschaftspolitisch relevante theoretische Arbeiten unterstützt und die fachorientierte Abgrenzung von Diskursen überwindet.

Das Archiv Grünes Gedächtnis, Teil der Heinrich-Böll-Stiftung, hat die Aufgabe, die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen und der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu sammeln, zu erschließen, zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Von den rund 100 Nachlässen und Deposita privater Personen ist der Nachlaß von Petra Kelly der bedeutendste.

Die Organisation

Die Stiftung ist 1997 aus dem Stiftungsverband Regenbogen hervorgegangen. Die Heinrich-Böll-Stiftung, das sind rund 190 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch z.Zt. rund 350 Fördermitglieder, die die Arbeit finanziell und ideell unterstützen.

Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslands- bzw. Projektbüros im Arabischen Nahen Osten, in Bosnien-Herzegowina, Brasilien, El Salvador, bei der EU in Brüssel, in Georgien, Indien, Israel, Kenia, Nigeria, Pakistan, Polen, Rußland, Südafrika, Thailand, Tschechien, der Türkei und in den USA. Weitere Büros in Mexiko City und Beirut sind in Planung.

Kontakt

Heinrich-Böll-Stiftung
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Tel.: (030) 28 53 40
Fax: (030) 28 53 41 09
E-mail: info@boell.de
Internet: www.boell.de

Gesundheit – Soziales – Menschenrechte

Seit über 30 Jahren setzt sich *medico international* für das Menschenrecht auf Gesundheit ein. Gemeinsam mit Partnern in Afrika, Asien und Lateinamerika bemühen wir uns um Lebensverhältnisse, die ein Höchstmaß an Gesundheit ermöglichen. Gesundheit braucht mehr als medizinische Versorgung. Gesundheit bedarf der vollen Respektierung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse von Menschen. Dazu zählt auch die soziale Sicherung in Zeiten von Not. Mit der Kritik an den Ursachen von Armut und Gewalt und dem gleichzeitigen Aufzeigen von Alternativen will sich *medico* dem fortschreitenden Zerstörungsprozess entgegenstellen. 1997 wurde die von *medico international* gegründete Internationale Kampagne zum Verbot von Landminen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Kontakt:

medico international e.V.
Obermainanlage 7
60314 Frankfurt/Main
Tel. (069) 94 43 80
Fax (069) 43 60 02
Email: info@medico.de
www.medico.de

Spendenkonto 1800
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

Macht und Ohnmacht der Hilfe

Hilfe kann niemals Verbündeter des Krieges und der Gewalt sein. Sich untereinander beizustehen, setzt Einfühlungsvermögen voraus und dient der Überwindung von Not und Unmündigkeit.

Die Idee einer solchen Hilfe steht heute unter enormen Druck. Wo einmal die Beseitigung der Ursachen von Not zu den Zielen von Hilfe gehörte und gesellschaftliche Entwicklung angestrebt war, herrscht heute ein pragmatisches »Zupacken«, das kaum noch soziale, aber umso mehr technisch-ökonomische Kriterien kennt. Mehr und mehr drängen sich die Interessen der Geber in den Vordergrund und entscheidet gar die mediale Verwertbarkeit von Hilfe über ihr Zustandekommen. Hilfe droht zu einem »Produkt« wie jedes andere zu werden, das sich von den Bedürfnissen hilfeschender Menschen löst und nur noch die Folgen missglückter Politik abfedern soll. Hilfe – eine Geisel globaler Sicherheitspolitik und herrschender Gewaltmärkte? – Nicht zuletzt für Hilfsorganisationen höchste Zeit, die eigene Praxis und den voranschreitenden Strukturwandel von Hilfe kritisch zu reflektieren.

Dazu gab die Konferenz »Macht und Ohnmacht von Hilfe«, zu der medico international gemeinsam mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt/Main einlud, einen Anstoß. Der kritischen Bestandsaufnahme folgte die Frage nach möglichen elementaren Grundsätzen für eine Hilfe in Zeiten der Globalisierung. Denn eine andere Hilfe ist möglich – und notwendig.

ISSN 1430-9696

ISBN 3-935964-42-0 (Mabuse-Verlag)



medico international